A woman with dark hair, wearing a white protective suit and a white hood, is kneeling and painting a large mural. She is using a brush to apply paint to the lower part of the mural. The mural depicts a woman's face with large, expressive eyes and a colorful, abstract background. The woman's face is the central focus, with a blue and purple background behind her head. The overall scene is outdoors, and the mural is painted on a wall.

Jahresbericht 2021

**Aktivitäten und Analysen zu
Mexiko Honduras El Salvador
Nicaragua Kolumbien Brasilien**

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

7	Mexiko: Länderbericht
16	Aktivitäten
35	Honduras: Länderbericht
52	Aktivitäten
71	El Salvador: Länderbericht
79	Aktivitäten
83	Nicaragua: Länderbericht
93	Aktivitäten
97	Kolumbien: Länderbericht
113	Aktivitäten
123	Brasilien: Aktivitäten
127	Klimasolidarität
129	Tejiendo Solidaridad
131	Flucht & Asyl
136	Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung

Editorial

Politisch im Mittelpunkt des Jahres 2021 standen für uns die Wahlen in den beiden Nachbarländern Nicaragua und Honduras. Es wurde ein Wechselbad der Gefühle. Während in Nicaragua das Paar Ortega Murillo seine Wiederwahl inszenierte und mit zunehmender Repression das Land immer tiefer in die Diktatur führt, zeigte sich in Honduras nach langen Jahren der Finsternis mit der Wahl von Xiomara Castro ein Hoffnungsschimmer. Noch ist nichts entschieden, noch muss man bangen aber man darf schon hoffen. Diese Gefühle und auch, dass wir unsere weiteren Partnerländer, Mexiko, El Salvador und Kolumbien nicht aus den Augen verloren haben, und inzwischen sogar einen Blick nach Brasilien wagen, das möchten wir Ihnen/Euch, liebe Leser*innen(1), auf den folgenden Seiten zeigen.

Mexiko

Drei Jahre nach dem Amtsantritt von Manuel López Obrador breitet sich in Mexiko immer mehr Ernüchterung aus. Der versprochene politische Wandel basierend auf einer Verbesserung der Lage der Menschenrechte ist nicht zu erkennen. Es herrscht weiter eine allgemeine Straflosigkeit und Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, werden verfolgt und nicht die deren Vergehen sie anprangern. Die auf Megaprojekten und extraktivistischen Vorhaben basierende Wirtschaft bedroht weiter unangefochten die Landbevölkerung und die Indigenen. Geschlechterspezifische Gewalt ist nach wie vor an der Tagesordnung, 2021 ist die Zahl der Frauenmorde wieder gestiegen.

Honduras

Wir hoffen, dass die Geschichte des Jahres 2021 für Honduras vom Ende her geschrieben werden wird. Die Wähler*innen hatten es nach zwölf Jahren der Post-Putsch-Regime satt: Sie wollten die Ausplünderung des Landes, Korruption, Straflosigkeit und den bewussten Ruin staatlicher Institutionen zugunsten legaler wie illegaler Unternehmensinteressen nicht mehr hinnehmen, überwand ihre Angst, eilten in Massen zu den Urnen und wählten am 28. November 2021 die Hoffnung auf Veränderung: Xiomara Castro von der Mitte-Links-Partei LIBRE erreichte mit knapp über 50 Prozent der Stimmen einen überzeugenden Vorsprung vor ihrem Gegenkandidaten und große Legitimität. Ob ihre erst kurz vor der Wahl geschmiedete Regierungskoalition mit der rechten Partei PSH Bestand hat, wird sich zeigen müssen. Ob sie es schafft, an den strukturellen Problemen des nahezu bankrotten

Landes etwas zu ändern und ob es auch für die kleinbäuerlichen und indigenen Gemeinden, die um ihre territoriale Souveränität, Schutz und Gerechtigkeit geben wird, sind ebenfalls Fragen, die wir ins Jahr 2022 mitnehmen.

El Salvador

Im letzten Jahr haben sich die problematischen politischen Entwicklung in El Salvador, die wir seit 2019 beobachten und beschreiben, fortgesetzt. Diese hängen einerseits mit dem zunehmenden Aufstieg Nayib Bukeles und der damit verbundenen Machtkonzentration und dem Abbau demokratischer Institutionen zusammen sowie andererseits mit dem Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber den traditionell stärksten politischen Kräften, wie der linken Partei FMLN sowie der rechten ARENA-Partei.

Nicaragua

Das Jahr 2021 stand in Nicaragua vollständig im Zeichen der Präsidentschaftswahlen im November. Entschieden war die Wahl aber schon im Sommer, als die Regierung innerhalb weniger Wochen die meisten prominenten Oppositionspolitiker*innen, einige Medienschaffende und zum Schluss auch die Vorsitzenden des Unternehmerverbandes verhaftete und die entscheidenden Oppositionsparteien von der Wahl ausschloss. Die Bedingungen der Wahl am 7. November 2021 mit dem haushohen Wahlsieg der FSLN und der Wiederwahl des Präsidentenpaares Daniel Ortega und Rosario Murillo stießen auf breite internationale Ablehnung. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sprach der Wahl die demokratische Legitimität ab, worauf die nicaraguanische Regierung ihren Austritt aus der OAS bekannt gab. Im Land selbst verschärfte sich die Repression ständig.

Kolumbien

Es war ein bewegtes Jahr, mit einer neuen und offensichtlichen Konflikt- und Gewalteskalation in Kolumbien. Gewaltames Verschwindenlassen, Massaker und Vertreibungen waren wieder fast jeden Tag in den Schlagzeilen. Zusätzlich wurde die Regierung von mehreren Korruptions- und Justizskandalen erschüttert. Aus diesem Grund wurde die Stimme der Bevölkerung laut und viele gingen auf die Straße. "Wenn ein Volk mitten in einer Pandemie auf die Straße geht, um zu protestieren, dann deshalb, weil die Regierung gefährlicher ist als das Virus" war der Slogan bei den landesweiten Protesten 2021. Die Intensität dieser

Massenproteste, die größten seit den 1940er Jahren, ist ein Hoffnungs-schimmer für die Wahlen 2022.

Aktivitäten des Ökumenischen Büros

Das zweite Corona-Jahr brachte neben der schon vom Vorjahr bekannten Notwendigkeit ins Virtuelle auszuweichen für einige von uns leider auch die Bekanntschaft mit dem Virus selbst und den damit verbundenen Problemen. Wie im vergangenen Jahr konnte nicht alles so stattfinden, wie wir es geplant hatten. Unsere Hauptveranstaltung der Kongress „Tejiendo Solidaridad“ konnte leider nur online realisiert werden. Dass er trotzdem sehr gelungen war, kann man der Dokumentation auf unserer Webseite entnehmen. Um so mehr freuen wir uns trotzdem auch von einer Reihe positiver Erfahrungen berichten zu können. An erster Stelle gilt das für die Fertigstellung des neuen partizipativen Wandbilds in München, „Antworten in Farbe“. Bilder davon finden Sie/Ihr in diesem Heft. Außerdem war für uns eine sehr positive Erfahrung unsere erstmalig Teilnahme am Stipendienprogramm der Elisabeth-Selbert-Initiative (ESI). Dieses Stipendienprogramm für Menschenrechtsverteidiger*innen ermöglichte es uns, einen Verteidiger indigener Rechte nach München einzuladen und mehrere Monate mit ihm zusammen zu arbeiten. Was unsere weiteren Aktivitäten im Einzelnen betrifft, so wird in den Kapiteln zu unseren Partnerländern auf die einzelnen Veranstaltungen eingegangen.

Dass wir all dies machen konnten, dafür sind wir vielen zu Dank verpflichtet. An erster Stelle danken wir allen Hauptamtlichen ganz herzlich für ihren Einsatz. Das gilt auch für all die anderen, die auf unterschiedlichste Art zum Gelingen unserer Arbeit beigetragen haben: die ehrenamtlichen Mitarbeiter*innen, die Kooperationspartner*innen sowie unsere treuen und neuen Spender*innen.

Und schließlich möchten wir den Organisationen, die unsere Arbeit im Jahr 2021 finanziell unterstützt haben, herzlich danken. In alphabetischer Reihenfolge waren dies: Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, Engagement Global, Institut für Auslandsbeziehungen - Elisabeth Seibert Stiftung, Jesuitenmission, Katholischer Fonds, Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Misereor, Missionszentrale der Franziskaner, Netzwerk München, W.P. Schmitz Stiftung.

Allen, denen wir zu Dank verpflichtet sind und denen, die sich uns freundschaftlich verbunden fühlen, wünschen wir weiterhin ein erfolgreiches Jahr 2022.

(1) Leser*innen: Der in diesem Jahresbericht verwendete * ist ein Mittel der sprachlichen Darstellung aller Geschlechter und Geschlechtsidentitäten, einschließlich jener abseits der gesellschaftlich vorherrschenden Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit.



Länderbericht

Drei Jahre nach dem Amtsantritt von Manuel López Obrador breitet sich in Mexiko immer mehr Ernüchterung aus. Der versprochene politische Wandel basierend auf einer Verbesserung der Lage der Menschenrechte ist nicht zu erkennen. Es herrscht weiter eine allgemeine Straflosigkeit und Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen, werden verfolgt und nicht die deren Vergehen sie anprangern. Die auf Megaprojekten und extraktivistischen Vorhaben basierende Wirtschaft bedroht weiter unangefochten die Landbevölkerung und die Indigenen. Geschlechterspezifische Gewalt ist nach wie vor an der Tagesordnung, 2021 ist die Zahl der Frauenmorde wieder gestiegen.

2021: Straflosigkeit ist der wahre Virus in Mexiko

Dieser Rückblick auf die Situation in Mexiko im Jahr 2021 inmitten der großen Herausforderungen, die sich im komplexen Kontext des zweiten Jahres der Coronavirus-Pandemie stellen, ist nicht gerade optimistisch. Angesichts der kritischen Menschenrechtslage in Mexiko könnte man meinen, dass das gefährlichste Virus nach wie vor die Straflosigkeit ist, die durch ein strukturell ineffizientes Justizsystem verursacht wird.



In den Straßen Mexikos hängen zahlreiche Plakate, die Gerechtigkeit für alle Arten von Verbrechen fordern, die im Laufe der Jahre begangen wurden, ohne dass die Justiz Fortschritte gemacht hätte.

Drei Jahre nach dem Amtsantritt von Andrés Manuel López Obrador (AMLO) und einer Regierung, die von Beginn an aufgrund der vom Präsidenten selbst geäußerten Absichten einen echten politischen Wandel herbeizuführen und vor allem die Menschenrechtslage zu verbessern, und damit viele Hoffnungen weckte, offenbart die Realität heute mehr Enttäuschungen als Freuden.

Ein kurzer Blick in die verschiedenen Jahresberichte von Menschenrechtsorganisationen, Medien und sozialen Basisorganisationen in Mexiko genügt, um zu verstehen, dass die Dinge “überhaupt nicht gut” sind:

1. In allen mexikanischen Bundesstaaten herrscht Straflosigkeit. Menschenrechtsverteidiger*innen in den Territorien und Journalist*innen sind ständig Ziel von Verfolgung, Kriminalisierung und Mord. In Mexiko werden mit den Worten der mexikanischen Journalistin Marcela Turati “diejenigen, die Verbrechen aufklären, verfolgt, während diejenigen, die sie begehen, im Schutz der Straffreiheit leben.”

2. Die auf Megaprojekten, extraktivistischen und industriellen Vorhaben basierende Wirtschaft ist auf dem Weg zu einer unaufhaltsamen Verarmung, von der die so genannten einfachen Menschen, die Indigenen, die Kleinbäuer*innen und breite Schichten der Bevölkerung am meisten betroffen sein werden.

3. Geschlechterspezifische Gewalt ist nach wie vor an der Tagesordnung und führt dazu, dass viele Frauen missbraucht und ermordet werden. Im Jahr 2021 wurden in Mexiko rund 4.000 Frauenmorde registriert, die höchste Zahl von Frauenmorden in den drei Jahren der AMLO-Regierung⁽¹⁾.

Im Folgenden fassen wir einige der wichtigsten Themen zusammen, die sich im Jahr 2021 herauskristallisierten und die wir weiterverfolgt haben.

Gewaltsames Verschwindenlassen und der Kampf um die Identifizierung der Opfer

Die Einrichtung der Koordinierungsgruppe für den Mechanismus zur gerichtsmedizinischen Identifizierung (MEIF) am 30. August 2021 entzündete ein Feuer der Hoffnung bei den Familien der Vermissten in Mexiko im Jahr 2021. In Mexiko werden, seit 1964 bis heute, offiziell 94.426 Vermisste und 52.000 Verstorbene registriert, deren Identifizierung noch aussteht.

Der MEIF wurde im Dezember 2019 gegründet, hat aber erst anderthalb Jahre nach ihrer Gründung ihre Arbeit aufgenommen. Sie ist ein multidisziplinäres Gremium, welches sowohl in technischer als auch in wissenschaftlicher Hinsicht autonom agiert.

Seine Aufgaben sind:

1. Opfern des Verschwindenlassens, sowie ihren Angehörigen, die Möglichkeit zu bieten, die Wahrheit zu erfahren.
2. Den Betroffenen einen Zugang zur Justiz zu bieten.
3. Ihnen die Chance zu geben, eine vollständige „Wiedergutmachung“ für den Verlust zu erhalten.
4. Nicht-Wiederholung der Taten zu garantieren.
5. Straffreiheit zu vermeiden.



Protestcamp der Eltern der 43 Schüler aus Ayotzinapa in Mexiko-Stadt auf dem Paseo de la Reforma vor der Generalstaatsanwaltschaft. Die Zelte und Plakate mit den Gesichtern der jungen Verschwundenen vom 26. September 2014 sind ein Zeugnis für den Kampf der Opfer um Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung.

Es ist jedoch bekannt, dass solche Mechanismen nur greifen können, wenn sich der politische Wille in der Zuweisung von Haushaltsmitteln, geschultem Personal und einer transparenten interinstitutionellen Koordinierung niederschlägt.

Laut Ana Lorena Delgadillo, Direktorin der Stiftung für Gerechtigkeit und demokratische Rechtsstaatlichkeit, ist der MEIF bereits geschwächt entstanden. Er hat keine solide normative Grundlage, die die Behörden zum Ergreifen von Maßnahmen verpflichten könnte.

Der Mechanismus ging aus dem Nationalen Fahndungssystem hervor und ist in der Hierarchie der staatlichen Institutionen ziemlich weit unten angesiedelt, so dass er allein kaum in der Lage sein dürfte, eine Staatsanwaltschaft oder andere Institutionen in die Pflicht zu nehmen. Nach Meinung Delgadillos sollte der von der mexikanischen Regierung verworfene Vorschlag für ein allgemeines Gesetz über den außerordentlichen kriminaltechnischen Identifizierungsmechanismus, für den bereits ein Gesetzentwurf vorliegt, wieder aufgegriffen werden.⁽²⁾

Im Rahmen des Internationalen Tages der Opfer des Verschwindenlassens und während der Vorstellung der Koordinierungsgruppe der MEIF erklärte Graciela Pérez Rodríguez, Mutter eines der verschwundenen Opfer, dass “die Vorstellung der Koordinierungsgruppe einer der vielen Garantiemechanismen ist, die wir brauchen, um Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung Wirklichkeit werden zu lassen”, wobei sie daran erinnerte, dass das Opfergesetz und die MEIF dank des unermüdlichen Kampfes der Opfer, der Familien und der mehr als 90 Kollektive von Suchenden, die die “Bewegung für unsere Verschwundenen” in Mexiko bilden, zustande kamen⁽³⁾.

Im November 2021 stattete der UN-Ausschuss für das Verschwindenlassen dem Land seinen ersten offiziellen Besuch ab, nachdem seit 2013 mehrere Versuche gescheitert waren, an der Suche nach den Verschwundenen teilzunehmen. Ein Ansatz, der bisher von verschiedenen Regierungen⁽⁴⁾ verhindert wurde. Der UN-Ausschuss besuchte zwölf Bundesstaaten und traf sich nicht nur mit Bundesbehörden, sondern auch mit Suchkommissionen, Angehörigen von Opfern und Bürgerrechtsorganisationen.

Die Wahrheit verschweigen auf Kosten des Lebens von Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen

In Mexiko hat die Gewalt der letzten 15 Jahre eine Welle von systematischen Menschenrechtsverletzungen ausgelöst. Die Folgen des, fälschlicherweise als Krieg gegen die Drogen bezeichneten Vorgehens der Regierung von Felipe Calderón, das von Enrique Peña Nieto fortgesetzt wurde und die Erhöhung und Verstärkung der Militärpräsenz im Land beinhaltete, sind bis heute zu spüren.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist derweil durch systematische Gewalt bedroht. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen kann die Ausübung des Journalismus in Mexiko, wie in keinem anderen Land der Welt, das Leben kosten. Allein im Jahr 2021 wurden sieben Journalist*innen ermordet⁽⁵⁾. Diese Fälle kommen zu den 148 Morden an Journalist*innen und Medienschaffenden hinzu, die laut Berichten der



Plakat, das an den Fall der Journalistin Regina Martínez erinnert, die am 27. April 2012 in Xalapa, Veracruz, ermordet wurde.

Organisation Artikel 19 zwischen 2000 und 2021 an diesen, aufgrund ihrer journalistischen Arbeit, begangen wurden. Die überwiegende Mehrheit der Fälle blieb straflos.

Anfang 2021 erklärte das Center for Justice and International Law (CEJIL) gemeinsam mit anderen Organisationen, dass Mexiko mit 24 getöteten Menschenrechtsverteidiger*innen und sechs getöteten Journalist*innen das Land mit der viertgrößten Mordrate weltweit im Jahr 2020 sei. Ende 2021 war die Bilanz noch besorgniserregender. Das Jahr, das mit der Ermordung von Fidel Heras, dem Verteidiger des Grünen Flusses in Oaxaca⁽⁶⁾ begann, endete damit, dass 25 Menschenrechts- und Umweltaktivisten gezielt getötet worden waren.⁽⁷⁾

Die Bundesstaaten mit den meisten Fällen von außergerichtlichen Hinrichtungen sind Oaxaca, Chiapas, Sonora, Morelos und Guerrero, sowie Veracruz, Jalisco, Hidalgo, Colima und Campeche⁽⁸⁾.

Tötungen sind zwar der schlimmste Ausdruck von Gewalt gegen Journalist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen, jedoch sind auch andere Formen von Gewalt wie Kriminalisierung, Verfolgung und Stigmatisierung Teil ihres Alltags.

Im Jahr 2021 kam der Pegasus-Spionageskandal ans Licht. Dabei wurde eine Spionagesoftware der israelischen Firma NSO verwendet. Sie wurde von der Regierung Peña Nieto eingesetzt, um die Kommunikation von Politiker*innen, Menschenrechtsaktivist*innen, Anwält*innen, Aktivist*innen, Journalist*innen und anderen "Personen von Interesse" zu überwachen und abzuhören. Insgesamt wurden 15.000 Telefonverbindungen „angezapft“, dazu gehörten 25 Journalist*innen. Andere Opfer waren Angehörige der 43 verschwundenen Studenten aus Ayotzinapa und ⁽⁹⁾ Menschenrechtsaktivist*innen.

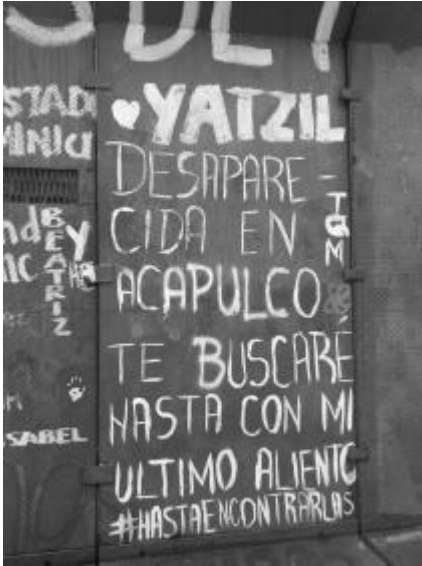
Das Verhältnis von Präsident López Obrador zur Presse ist schlecht. In seiner morgendlichen Konferenz greift der Präsident häufig zu öffentlichen Anschuldigungen gegen Journalist*innen und Kommunikator*innen, indem er sie als korrupt oder Feinde der Regierung bezeichnet. Dergleichen Anfeindungen gegen die Presse werden von Journalist*innen und Menschenrechtsorganisationen in Mexiko mit Besorgnis betrachtet, da die Anschuldigungen und Vorwürfe der Bundesexekutive Medienschaffende, die sich kritisch über die Regierung äußern, stigmatisieren und bloßstellen.

Vermeintliche Garantien zum Schutz für Journalist*innen sind mit Skepsis zu betrachten. Der 2012 auf Druck der Zivilgesellschaft eingerichtete staatliche Mechanismus zum Schutz von Journalist*innen und Strafverteidiger*innen ist überlastet und unterfinanziert. Mehr als ein

Dutzend Journalist*innen, die sich auf den Schutzmechanismus verlassen hatten, wurden getötet.

Etwa 1.500 Menschen stehen derzeit unter diesem Schutz. Darunter sind 500 Journalist*innen⁽¹⁰⁾.

Geschlechtsspezifische Gewalt: die andere Pandemie in Mexiko



„Yatzil, verschwunden in Acapulco. Ich werde dich mit meinem letzten Atemzug suchen“. Graffiti in Mexiko-Stadt.

Laut Berichten des Exekutivsekretariates des Nationalrates für öffentliche Sicherheit *Secretariado Ejecutivo del Sistema Nacional de Seguridad Pública* (SESNSP) haben die Verbrechen gegenüber Frauen deutlich zugenommen⁽¹¹⁾.

Von Januar bis Mai 2021 verzeichnete die Notrufnummer 911, 412 Femizide, insbesondere im Bundesstaat Mexiko, Jalisco und Veracruz.

In Mexiko werden die meisten Todesfälle von Frauen als vorsätzliche Tötung eingestuft, was bedeutet, dass die Justiz der Version des Täters folgt, der angibt, dass er die Tat nicht geplant hat. Dies mindert automatisch die Schuld und damit auch das Urteil.

Laut Patricia Olamendi, Feministin, promovierte Juristin und Mitglied der “Red Nosotras tenemos otros datos”, wurde für den Zeitraum 2020 und 2021 der nationale Notstand ausgerufen, da die Gewalt gegenüber Frauen stark zunahm. Von neun ermordeten Frauen im Jahr 2018 stieg die Zahl auf 20 ermordete Frauen pro Tag im Jahr 2021. Diese Daten stammen aus dem Exekutivsekretariat des Nationalrates für öffentliche Sicherheit.⁽¹²⁾ Olamendi berichtet, dass nur 701 Morde in Mexiko als Frauenmorde eingestuft werden, von insgesamt 5.247, die bis September 2021 registriert wurden. Die übrigen werden als vorsätzliche und schuldhaftige Tötung registriert.

Die Bundesstaaten mit den meisten Verbrechen gegen Frauen sind der Bundesstaat Mexiko, an erster Stelle (110 Fälle), gefolgt von Vera-

cruz (55), Jalisco (54), Mexiko-Stadt (45) und Nuevo León (42).

Die Antwort des Staates auf dieses Panorama der Gewalt ist Unterlassung, Fahrlässigkeit und Straflosigkeit.

Verheerende Folgen für die Wirtschaft: Tren Maya Ein Megaprojekt unter falschem Namen⁽¹³⁾

Eines der großen Projekte López Obradors ist der Entwicklungsplan „Tren Maya“ (Maya Zug). Das Ende 2018 angekündigte Projekt sieht den Bau von 1.500 Kilometern Straßen- und Schieneninfrastruktur vor; die fünf mexikanische Bundesstaaten – Chiapas, Tabasco, Campeche, Yucatán und Quintana Roo – sowie mehr als 50 Gemeinden umfassen wird. Die Gebiete, durch die die Trasse verlaufen wird, sind reich an biologischer und kultureller Vielfalt, bewohnt von indigenen und bäuerlichen Gemeinschaften, und umfassen diverse Ökosysteme wie Dschungel, Mangroven, Savannen, Cenoten (mit Wasser gefüllte Karsthöhlen), Küstendünen und viele andere mehr. Es existiert ein enormer Reichtum an Flora und Fauna, der aber teilweise vom Aussterben bedroht ist. Die von der Regierung López Obrador angeführten Vorteile des Plans bestehen in der wirtschaftlichen Entwicklung, die sich in der Schaffung tausender neuer Arbeitsplätze sowie der Stärkung und Öffnung Mexikos für die Moderne ausdrückt.

Die Kehrseite der Medaille zeigt jedoch die ungerechte Seite der Entwicklung: 2500 Hektar Regen- und Trockenwald sollen abgeholzt werden und gleichzeitig befinden sich 53 Prozent der Strecke des Tren Maya auf Ejido-Gebieten (Gemeindeland), was eine Reihe von Konflikten um Landbesitz auslöst. Das Megaprojekt hat somit erhebliche Auswirkungen auf geschützte Naturgebiete und beeinträchtigt dadurch nicht nur die einheimische Fauna, sondern auch archäologische Stätten und indigene Kulturen.

Die indigenen Gemeinschaften hatten keine Möglichkeit, frei und gemäß ihren eigenen Entscheidungsstrukturen und -prozessen zu entscheiden, ob sie dem Megaprojekt zustimmen, wie das Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation⁽¹⁴⁾ im Lichte der internationalen Jurisprudenz zu indigenen Rechten interpretiert werden müsste. Die sogenannte „Konsultation“ der indigenen Bevölkerung im Jahr 2019 umfasste jeweils nur eine informative und eine beratende Sitzung, an der die Behörden, sowie Angehörige der indigenen Gemeinschaften teilnahmen.

Das Projekt ist zwar im Nationalen Entwicklungsplan (Plan Nacional de Desarrollo PND) enthalten, die erforderliche Umweltverträglich-

keitsprüfung wurde allerdings erst Mitte 2020 veröffentlicht.

Einige kritische Positionen zum Projekt Tren Maya, die vom mexikanischen Zentrum für Umweltrecht (Centro Mexicano de Derecho Ambiental) dargelegt wurden, lauten wie folgt:

- Das Projekt Tren Maya verstößt gegen die Menschenrechte und trägt nicht zur Erhaltung des biokulturellen Erbes bei.

- Das Projekt Tren Maya muss die Offenlegung aller Informationen über ökologische und soziale Auswirkungen und Risiken gewährleisten. Der Zugang zu Gerichten und der Schutz von Umweltschützer*innen muss erleichtert und sichergestellt werden.

- Das Projekt des Tren Maya und die damit verbundenen Arbeiten haben große Auswirkungen auf die Natur und bergen die Gefahr schwerwiegender Umweltrisiken für den gesamten Südosten Mexikos, einem Gebiet großen biologischen Reichtums und großer Bedeutung für den Erhalt und den Schutz des Maya-Waldes, des Grundwassers und der biologischen Vielfalt.

- Das Projekt Tren Maya ist sozial nicht nachhaltig, da es vielfältige soziale Auswirkungen hat und haben wird, die bestehende Kultur verändert und das kulturelle Überleben der dort lebenden indigenen Gemeinschaften gefährdet.



Screenshot von der Website Red Ya Basta. Moment eines Protestes in Chiapas gegen das Megaprojekt Tren Maya.

- (1) Quelle: <https://www.infobae.com/america/mexico/2022/01/01/la-brutal-realidad-de-los-feminicidios-en-mexico-mas-de-10-mujeres-fueron-asesinadas-al-dia-en-2021/>
- (2) Quelle: <https://adondevanlosdesaparecidos.org/mecanismo-extraordinario-de-identificacion-forense-el-reto-de-regresar-el-nombre-a-miles-de-cuerpos/>
- (3) Quelle: <https://adondevanlosdesaparecidos.org/mecanismo-extraordinario-de-identificacion-forense-el-reto-de-regresar-el-nombre-a-miles-de-cuerpos/>
- (4) Quelle: <https://elpais.com/mexico/2021-11-15/el-comite-contras-las-desapariciones-forzadas-de-la-onu-visita-por-primera-vez-un-mexico-con-94426-desaparecidos.html>
- (5) Quelle: <https://rsf.org/es/noticias/rsf-aboga-por-la-proteccion-de-los-periodistas-y-contrala-impunidad-en-la-mision-internacional-de>
- (6) Quelle: <https://www.educaoaxaca.org/alerta-internacional-por-el-asesinato-de-fidel-heras-cruz-defensor-del-rio-verde-y-del-territorio/>
- (7) Quelle: <https://www.proceso.com.mx/nacional/2022/1/4/en-2021-asesinaron-25-defensores-de-derechos-humanos-comite-cerezo-278562.html>
- (8) Quelle: <https://www.proceso.com.mx/nacional/2022/1/4/en-2021-asesinaron-25-defensores-de-derechos-humanos-comite-cerezo-278562.html>
- (9) Quelle: <https://www.france24.com/es/america-latina/20210720-pegasus-es-pionaje-mexico-pena-nieto>
- (10) Quelle: <https://www.dw.com/es/cómo-proteger-a-los-periodistas-en-méxico/a-60568194>
- (11) Quelle: <https://www.zonadocs.mx/2021/11/22/la-otra-pandemia-que-no-cesa-la-violencia-de-genero-en-mexico-aumento-en-2021/>
- (12) Quelle: <https://www.eleconomista.com.mx/politica/Red-Nosotras-Tenemos-Otros-Datos-solicita-emision-de-alerta-de-violencia-de-genero--20211124-0139.html>
- (13) Weitere Informationen Red Ya Basta: <https://www.ya-basta-netz.org/tren-maya-made-in-germany/>
- (14) Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation: https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---americas/---ro-lima/documents/publication/wcms_345065.pdf

Aktivitäten zu Mexiko

Dienstreise nach Mexiko (vom 28.06.21 bis 24.07.21)

Dienstreisen sind eine der Aktivitäten des Ökumenischen Büros, um solidarische Beziehungen zwischen Organisationen, mit denen wir in unseren verschiedenen Schwerpunktländern kooperieren, zu ermöglichen.

Diese Besuche in verschiedenen Ländern beschränken sich nicht auf Reisen zur internationalen Beobachtung mit einem rein protokollarischen Auftrag. Stattdessen handelt es sich dabei vielmehr um Raum, der zur Stärkung von Solidarität zwischen Organisationen, Menschen und Gemeinschaften auf lokaler Ebene geschaffen wird. Jene ermutigen uns, das Ziel sie zu unterstützen, weiter zu verfolgen und Fenster und internationales Sprachrohr zu sein, um sowohl Regierungsbehörden, als auch der Gesellschaft in Deutschland und Europa, die Realitäten aufzuzeigen, mit welchen diese Gemeinschaften tagtäglich konfrontiert sind. Viele hängen mit der Verletzung ihrer Grundrechte zusammenhängen.

In diesem Rahmen hat unsere Mexiko-Referentin Patricia Rendón zwischen dem 28. Juni und dem 24. Juli 2021 eine Reihe von Besuchen bei Organisationen und Gemeinden in verschiedenen mexikanischen Bundesstaaten durchgeführt. Diese ermöglichten ihr, sich Organisationen, mit denen wir seit Jahren solidarisch zusammenarbeiten, persönlich vorzustellen und kennenzulernen, sowie Kontakte zu anderen neuen Organisationen und Kollektiven aufzubauen. Sie nahm die Zusammenhänge und die Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen, politischen Gefangenen, insbesondere im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie, wahr und identifizierte die Themen, Bedürfnisse und Interessen auf lokaler Ebene, auf die wir die Bemühungen und Ziele unserer Arbeit als Ökumenisches Büro konzentrieren.

Die Route der Dienstreise nach Mexiko im Jahr 2021 führte durch die Bundesstaaten Michoacán, Oaxaca, Chiapas und Mexiko-Stadt, wo strategische Treffen und Begegnungen mit Vertreter*innen der folgenden Organisationen und Kollektive stattfanden: *Servicios y Asesorías para la Paz*, SERAPAZ, *Red Periodistas de a Pie*, *Centro de Derechos Humanos Miguel Agustín Pro Juárez - ProdH*, dem feministischen Kollektiv *Técnicas Rudas*, Kollektiv *Mural Comunitario Participativo (MCP)*, *Servicio para una Educación Alternativa EDUCA*, *Consortio para el Diálogo Parlamentario Oaxaca*, *Centro de Derechos Humanos Fray Bartolomé de las Casas*, *SweFOR- Movimiento Sueco por la Reconciliación*, *Servicio Internacional para la Paz SIPaz*, *Colectivo Liquidambar*,



Treffen mit der Organisation "Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas", A. C. (Frayba).

Consejo Indígena de Arantepacua und indigene Frauen aus Arantepacua, sowie Verteidiger*innen von Feuchtgebieten in San Cristóbal de las Casas in Chiapas.

Besuch von politischen Gefangenen in Oaxaca und Michoacán

Ein Ziel von Dienstreisen nach Mexiko ist, die Fälle von Menschenrechtsverteidiger*innen, Anführer*innen indigener und bäuerlicher Gemeinschaften, Studentenführer*innen, Umweltschützer*innen, Frauen und LGBTIQ*-Personen, welche ihrer Freiheit beraubt werden, zu verfolgen und zu unterstützen. In den meisten Fällen werden diese kriminalisiert und es drohen ihnen Prozesse, die keine rechtliche Standards erfüllen.

Basierend auf dieser Zielsetzung des Ökumenischen Büros und trotz der Einschränkungen durch die Coronavirus-Pandemie hat unsere Mexiko-Referentin mehrere Gefängnisse in den Bundesstaaten Oaxaca und Michoacán besucht, wo die indigenen Verteidiger*innen Pablo López Alavez, Lucía Baltazar, sowie José Antonio Arreola Jiménez und José Luis Jiménez Meza, indigene Autoritäten des Indigenen Bürgerrates von Nahuatzen (CCIN), die im Gefängnis von Uruapán in Michoacán inhaf-

tiert waren. Nach drei Jahren ungerechtfertigter Inhaftierung befinden sie sich jetzt auf freiem Fuß.

Im Fall der indigenen Anführer José Antonio Arreola Jiménez und José Luis Jiménez Meza waren die unermüdlichen Aktionen und Bemühungen, die vor allem von der mexikanischen Organisation SERAPAZ und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen in Mexiko angeleitet und mit Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen auf internationaler Ebene durchgeführt wurden, entscheidend.



Besuch bei Pablo Lopez Alavez fand im Gefängnis von Villa de Etla, in Oaxaca. Auf dem Bild mit Pablo Lopez, Yolanda Perez, Patricia Rendon y Emilie De Wolf von „*Consortio para el Diálogo Parlamentario Oaxaca*“.

Am 22. Juli 2021 besuchte unsere Mexiko-Referentin in Oaxaca Pablo López Alavez⁽¹⁾, einen indigenen zapotekischen Umweltschützer, der sich für die Wälder und das Wasser seiner Gemeinde einsetzt und seit 11 Jahren politischer Gefangener ist und zu Unrecht verurteilt wurde. Der Fall von Pablo Lopez Alavez ist einer der emblematischen Fälle, den das Ökumenische Büro und die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko seit 2019 begleiten. Der Besuch bei Pablo Lopez Alavez fand im Gefängnis von Villa de Etla, in Oaxaca mit Hilfe des indigenen Verteidigers und Pädagoge Damián Gallardo und der Organisation *Consortio para el Diálogo Parlamentario Oaxaca* statt, die ihn juristisch unterstützen.

Darüber hinaus gelang es am 23. Juli 2021 trotz aller Zugangs- und Kommunikationsbeschränkungen, die zu diesem Zeitpunkt bestanden, und mithilfe der Unterstützung des Liquidambar-Kollektivs bei der Be-

antragung der Besucherlaubnis, die Künstlerin Lucía Baltazar im Frauengefängnis von Tanivet im Bundesstaat Oaxaca zu besuchen. Seit 2018 ist sie im Frauengefängnis von Tanivet im Bundesstaat Oaxaca inhaftiert.

Lucía Baltazar gehört dem indigenen Volk der Nahuja in Guerrero an und ist Künstlerin und Dichterin. Sie wurde 2015 willkürlich in Mexiko-Stadt festgenommen als sie nach ihrer Schwester Alejandra suchte, die zu diesem Zeitpunkt vermisst wurde. Nach der Festnahme wurde sie in das Hochsicherheitsgefängnis Nayarit gebracht.

Lucía Baltazar ist für ihre Führungsrolle als Studentin und ihrer aktiven Beteiligung am Kampf gegen das gewaltsame Verschwindenlassen, insbesondere im Fall des Verschwindens der 43 Studenten aus Ayotzinapa, bekannt. Ihre Kunst ist ein Ausdruck von Freiheit und Widerstandskraft des Kampfes der Frauen.

Lucía Baltazar wird seit 2018 im Frauengefängnis von Tanivet im Bundesstaat Oaxaca festgehalten, ohne dass ihr Recht auf ein ordentliches Gerichtsverfahren anerkannt wird.

Seit 2019 unterstützt das Ökumenische Büro den Fall von Lucía Baltazar gemeinsam mit Initiative Mexiko (Ini-Mex), Zapapres e.V., Mexico via Berlin e.V., Mexiko-Initiative Köln / Bonn, Partner Süd Mexikos e.V. und weiteren Mitgliedsorganisationen der Deutsche Menschenrechtskoordination México und hat ihn sichtbar gemacht. Das Ökumenische Büro erachtet den Fall als emblematisch für Kriminalisierung und Verfolgung von indigenen Aktivist*innen in Mexiko.



Fassade des Frauengefängnisses von Tanivet.



Besuch bei Lucía Baltazar im Frauengefängnis von Tanivet, in Oaxaca.

Der Besuch dauerte aufgrund bestimmter Gefängnisvorschriften

nicht länger als 30 Minuten, ermöglichte jedoch die Situation von Lucía Baltazar aus erster Hand kennenzulernen. Außerdem konnte ihr auf diesem Weg die Unterstützung und Solidarität mehrerer Menschenrechtsorganisationen in Deutschland, die ihren Fall unterstützen und verfolgen, direkt übermittelt werden.

Bei den Frauen von Arantepacua

Am 7. Juli 2021 besuchten wir die Gemeinde Arantepacua, eine indigene Gemeinde auf der Hochebene von P'urhépecha im Bundesstaat Michoacán de Ocampo, die zur Gemeinde Nahuatzen gehört.

Ziel der Reise war es, die Frauen der Gemeinde, ihre Geschichte und ihren Prozess der Resilienz, als Opfer der gewalttätigen Ereignisse vom 5. April 2017, kennenzulernen. Diese haben die indigene P'urhépecha-Gemeinde stark beeinflusst.

Eine Gruppe von Witwen, Müttern, Töchtern, Enkelkindern, Erzieher*innen und Mitgliedern des Indigenen Rates von Arantepacua erzählte uns am Holzfeuer über den Kampf um die territoriale Autonomie. Dabei kochten sie gemeinsam Churipo, eine traditionelle rote Randfleischbrühe.

Sie sprachen über das Leben nach dem Massaker, das von den staatlichen Akteuren in Michoacán verübt wurde, über ihre Traditionen als Gemeinschaft und über die Arbeit der Frauen als Holzschneiderinnen und Weberinnen, mit der sie das historische Gedächtnis von Arantepacua lebendig halten.

Auf diese Weise gedenken wir Luis Gustavo Hernández Cohenete, Santiago Crisanto Luna, Francisco Jiménez Alejandre und José Carlos Jiménez Crisóstomo, die am 5. April 2017 ermordet wurden.

Seit 2020 macht das Ökumenische Büro gemeinsam mit der Initiative Mexiko aus Deutschland und dem *Colectivo Liquidambar* aus Mexiko den Prozess der Forderung nach Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Opfer*innen von Arantepacua sichtbar.



In Arantepacua mit den Frauen der Gemeinde und Colectivo Liquidambar.

Hintergründe des Konflikts in Arantepacua⁽²⁾

Am 4. April 2017 begab sich eine Kommission von 38 Mitgliedern der indigenen Gemeinde Arantepacua in die Hauptstadt des Bundesstaates Michoacán, um mit dem Unterstaatssekretär der Regierung einen Dialog über ein Problem der territorialen Grenzen mit einer benachbarten Gemeinde zu führen. Der Dialog war herzlich und es wurden verschiedene „Vereinbarungen“ getroffen. Beim Verlassen des Treffens wurden die 38 Mitglieder der Gemeinde jedoch willkürlich verhaftet.

Angesichts dieser Ereignisse mobilisierte sich die Gemeinde und machte von ihrem legitimen Recht auf sozialen Protest Gebrauch. Dabei blockierten sie die Autobahn und forderten die Freilassung ihrer Gemeindemitglieder.

Die Regierung des Bundesstaates Michoacán verweigerte jedoch den Dialog. Anstatt das Menschenrecht der Gemeinde auf sozialen Protest zu gewähren, führte sie am 5. April 2017 eine ungerechtfertigte und illegale Operation durch. Dabei ermordete die Polizei vier Personen, darunter einen Minderjährigen (Luis Gustavo Hernández Cohenete, Santiago Crisanto Luna, Francisco Jiménez Alejandre und José Carlos Jiménez Crisóstomo).

Diese Repression, auch „eisernen Faust“ genannt fand im Zusammenhang mit der Mobilisierung der Bevölkerung im Jahre 2017 statt. Dabei unterstützten die Purepecha-Gemeinden, insbesondere die Gemeinde Arantepacua, die Bewegung der Lehrer*innen und Schüler*innen (*normalista*).

Nach diesen Ereignissen ist Arantepacua eine Gemeinde mit anerkanntem Selbstbestimmungsrecht. Das bedeutet, dass sie über eine eigene politische Organisation und Sicherheitsstruktur verfügt.

Präsentation des Berichts „Langanhaltende Inhaftierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Oaxaca“⁽³⁾

Am 17. August 2021 fand eine virtuelle Veranstaltung statt, um der UN-Sonderberichterstatterin für die Situation von Menschenrechtsverteidiger*innen, Mary Lawlor, den Bericht über die langanhaltende Inhaftierung von Menschenrechtsverteidiger*innen⁽⁴⁾ vorzustellen.

Im Rahmen des Berichts werden emblematische Fälle von Menschenrechtsverteidiger*innen, die kriminalisiert und willkürlich ihrer Freiheit beraubt wurden, dargelegt. Darüber hinaus enthält er eine Reihe von Empfehlungen, um weitere willkürliche Inhaftierungen zu ver-



Screenshot während der virtuellen Veranstaltung zur Veröffentlichung des Berichts "Langanhaltende Inhaftierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Oaxaca".

hindern und Freilassung zu gewährleisten. Dabei wird die Wichtigkeit hervorgehoben, die Zivilgesellschaft zu konsultieren, Mechanismen mit dem Ziel der Einhaltung internationaler Entscheidungen umzusetzen, als auch Haftbefehle, welche die Arbeit von Menschenrechtsverteidigern versuchen zu behindern, aufzuheben, und das Instrument „Amicus Curiae“ in den Prozessen gegen kriminalisierte Menschenrechtsverteidiger*innen zu nutzen und anzuerkennen.

Die Veranstaltung wurde von *Consortio para el Diálogo Parlamentario Oaxaca*, gemeinsam mit der Weltorganisation gegen Folter mit Sitz in Genf, Schweiz, Front Line Defenders mit Sitz in Dublin, Irland und dem Ökumenischen Büro für Frieden und Gerechtigkeit, München, Deutschland, organisiert. Der Bericht wurde von Vertreter*innen der entsprechenden Organisationen zusammen mit der Menschenrechtsverteidigerin Yolanda Pérez Cruz vorgestellt.

Online-Diskussionen über die Krise der Meinungsfreiheit in Mexiko

Eines der hervorzuhebenden Ziele unserer Arbeit als Ökumenisches Büro ist es, zivilgesellschaftliche und politische Akteur*innen in Deutschland auf die Menschenrechtssituation in unseren Schwerpunktländern aufmerksam zu machen und für diese zu sensibilisieren.

Das am häufigsten verletzte Grundrecht in Mexiko ist das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen⁽⁵⁾ ist Mexiko weiterhin eines der risikoreichsten Länder welt-

weit für die Ausübung von Journalismus. Nach Angaben der Internationalen Journalisten-Föderation wurden im Jahr 2021 neun Journalist*innen ermordet. Die Organisation ARTICLE 19 hat 145 Morde an Journalist*innen in Mexiko im Zeitraum von 2000 und 2021 dokumentiert, die möglicherweise im Zusammenhang mit ihrer Arbeit stehen.

Aus Sorge über diese Situation haben wir im Rahmen des Projekts *Perspectivas diversas* eine Reihe von Diskussionsrunden organisiert, um diese Problematik im direkten Austausch mit Journalist*innen und Medienschaffenden zu erörtern und zu analysieren.

Den Auftakt zu dieser Veranstaltungsreihe bildete das Online-Panel **"Wir werden nicht schweigen"**⁽⁶⁾, das am 26. März 2021 mit der mexikanischen Journalistin **Carmen Aristegui**, **Sara Mendiola**, Direktorin der Menschenrechtsorganisation *Propuesta Cívica*, und **Lucía Lagunes**, Direktorin der unabhängigen und feministischen Journalist*innenorganisation CIMAC, als Diskussionsteilnehmerinnen stattfand.

Die Veranstaltung bot einen Einblick in die Problematik der Gewalt und ständigen Bedrohungen, denen Journalist*innen in ganz Mexiko ausgesetzt sind, sowie eine Reflexion über die unwirksamen, vom Staat implementierten, Schutzmechanismen als auch Strategien, die Journalist*innen anwenden, um ihr Leben zu schützen. Ausgehend von der Erfahrung von Verfolgung und Bedrohung der Journalistin Carmen Aristegui im Jahr 2015 unter der Regierung Peña Nieto, sowie den Fällen von Miroslava Breach und Javier Valdéz, die 2017 ermordet und zu emblematischen Fällen im Kampf gegen Straflosigkeit in Mexiko geworden sind, beantworteten die Podiumsteilnehmerinnen unter anderem folgende Fragen: „Warum werden Journalist*innen in Mexiko ermordet? Was unternimmt der mexikanische Staat, um sie zu schützen und die Verantwortlichen für die Angriffe vor Gericht zu bringen, und welchen Beitrag leistet der staatliche Schutzmechanismus?“

Ermöglicht wurde die Veranstaltung durch die Zusammenarbeit von Amnesty International, Brot für die Welt, der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko, dem Ökumenischen Büro München und Reporter ohne Grenzen.

Erste virtuelle Diskussionsrunde im Rahmen der Reihe *Perspectivas Diversas*: "Mexiko: Journalismus gegen die Zonen des Schweigens".

(Durchgeführt am 20 Juli 2021)⁽⁷⁾

Die vorausgehenden Informationen zeigen, dass Journalist*innen in Mexiko nicht nur gegen das Schweigen, sondern auch gegen Straflosigkeit

keit und für den Schutz ihres Lebens kämpfen.



Veranstaltungsflyer der virtuellen Veranstaltung „Mexiko: Journalismus gegen Zonen des Schweigens.“

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie es ihnen gelingt, von den Gebieten aus, in denen die Gewalt am stärksten ist, ihre Arbeit der Berichterstattung und der Untersuchung komplexer Themen zu verrichten. Welche Garantien oder Alternativen haben sie in Bezug auf ihre Arbeit, aber auch in Bezug auf den Schutz ihres Lebens? Welche Rolle spielen die Journalist*innennetzwerke?

Wie kann angesichts dieser Krise erreicht werden, dass Mexiko nicht zu einem Land

des Schweigens wird?

Besondere Interesse galt Erfahrungen und Überlegungen von Journalist*innen, die Begründer oder Mitglieder regionaler oder nationaler Journalistennetzwerke sind. Ihre Arbeit trägt dazu bei, sowohl Menschenrechtsverletzungen in Mexiko, denen insbesondere indigene Völker, die Bevölkerung ländlicher Gegenden, Frauen und Menschenrechtsverteidiger*innen ausgesetzt sind, die Korruption auf Regierungsebene und die allgemeine Gewalt in der Öffentlichkeit, auf lokaler und internationaler Ebene, sichtbar zu machen und anzuprangern.

Um diese Aspekte zu diskutieren, luden wir die mexikanischen Journalistinnen **Norma Trujillo Báez** aus dem Bundesstaat Veracruz, **María Teresa Juárez** aus Mexiko-Stadt und **Patricia Mayorga** aus dem Bundesstaat Chihuahua ein. In einer zweistündigen Diskussion⁽⁸⁾, die durch Beiträge des Publikums aus Mexiko und Deutschland bereichert wurden, teilten die Diskussionsteilnehmer*innen ihre Analysen der Realität, ihre Perspektiven und den Kampf, den sie im Rahmen ihrer journalistischen Arbeit gegen Schweigen und Desinformation führen.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Vorstellung der Recherchearbeit **„Die sechsjährige Amtszeit, in der wir immer wieder sagten: „Sie werden uns töten“⁽⁹⁾** von **Norma Trujillo Báez**, die die schwere Menschenrechtskrise behandelt, mit der Journalist*innen in Veracruz während der sechsjährigen Amtszeit von Javier Duarte kon-



Screenshot während der virtuellen Veranstaltung „Mexiko: Journalismus gegen Zonen des Schweigens“, mit den Journalistin Norma Trujillo, Patricia Mayorga und María Teresa Juárez.

frontiert waren. Höhepunkt war die Ermordung der Journalistin Regina Martínez im Jahre 2012. Dieser Fall lenkte internationale Aufmerksamkeit auf die Gewalt, der Journalist*innen in Mexiko seit Jahrzehnten ausgesetzt sind. Ermöglicht wurde diese Veranstaltung durch die gemeinsame Arbeit und Unterstützung der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko, *Red de Periodistas de a Pie en México* und der DW Akademie México.

Zweite virtuelle Diskussionsrunde der Reihe *Perspectivas Diversas: Grundrecht unter Beschuss. Angriffe auf die Pressefreiheit. Fallbeispiele El Salvador, Honduras und Mexiko.*

(durchgeführt am 3. Dezember 2021)⁽¹⁰⁾

Das Panorama von Gewaltanwendung gegen Journalist*innen ist nicht auf Mexiko beschränkt. Die Fälle von El Salvador und Honduras bestätigen die bestehende Krise hinsichtlich Garantien und der Achtung des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und Information.

Diese konkreten Beispiele verdeutlichen diese Realität:

1. In El Salvador erklärte der Journalistenverband APES Anfang 2021, dass mehr als 90 % der Verletzungen von Pressefreiheit dem Staat zugeschrieben werden, vor allem den Beamten der Exekutive von Nayib Bukele (Quelle DW)⁽¹¹⁾.

2. In Honduras ist nach dem Staatsstreich von 2009 ein deutlicher Rückschritt zu verzeichnen. Seit 2001 sind mindestens 85 Journalist*innen Opfer von gezielten Morden geworden. Darüber hinaus wurden zwischen März und August 2020 etwa 400 Journalist*innen im Rahmen der Pandemie entlassen (Quelle: Contracorriente)⁽¹²⁾.



Veranstaltungsflyer der virtuellen Veranstaltung „Grundrecht unter Beschuss. Angriffe auf die Pressefreiheit Mexiko, El Salvador, Honduras“.

Veranstaltungsflyer der virtuellen Veranstaltung „Grundrecht unter Beschuss. Angriffe auf die Pressefreiheit Mexiko, El Salvador, Honduras“.

line-Zeitung *Pasos de Animal Grande*; **Sergio Arauz** aus El Salvador, Herausgeber und stellvertretender Chefredakteur der digitalen Zeitung *El Faro*, die sich auf Fragen der politischen Korruption spezialisiert hat; und **Pedro Vaca**, Sonderberichterstatte für Meinungsfreiheit der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (CIDH).

Im Rahmen dieses Austausches wurde über die politischen Szenarien in Honduras, El Salvador und Mexiko sowie über die Rolle des Journalismus in diesen Kontexten und die Bedingungen für kritischen investigativen Journalismus diskutiert und reflektiert. Besondere Aufmerksamkeit wurde den jüngsten Fällen von Cyberspionage gegenüber Journalist*innen und Medien seitens des Staates, welche die Integrität und Sicherheit der Berichterstatte*innen ernsthaft gefährden, gewidmet.

Die Diskussionsrunde bot Raum, um den konkreten Fall von Marcela Turati zu schildern, die während der Regierung von Enrique Peña Nieto Opfer von Verfolgung und Spionage wurde. Man verdächtigte sie des organisierten Verbrechens und der Entführung. Diese Vergeltungsmaßnahme sollte die Recherchen stoppen, welche Marcela Turati in fast

Um diese Realität und ihre Zusammenhänge in Mexiko, El Salvador und Honduras zu erörtern, luden wir verschiedene Diskussionsteilnehmer*innen ein: **Marcela Turati** aus Mexiko, Investigativjournalistin über Menschenrechtsverletzungen mit Fokus auf das Verschwindenlassen von Personen, und Mitbegründerin des *Red de Periodistas de a Pie* und der Plattform *Quinto Elemento Lab*; **Dina Meza** aus Honduras, Menschenrechtsverteidigerin und Mitbegründerin der On-

drei Jahrzehnten journalistischer Arbeit über Massaker, das Verschwindenlassen von Personen und die Opfer staatlicher Gewalt und des organisierten Verbrechens in Mexiko durchgeführt hatte.

Die Teilnahme des Berichterstatters Pedro Vaca bot die Gelegenheit, sich über die Position und Rolle der CIDH angesichts dieser Realität zu informieren und einen Überblick aus der Perspektive der entsprechenden Institution über den Stand der Meinungsfreiheit in El Salvador, Honduras und Mexiko zu erhalten. Diese Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit der Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko organisiert.



Screenshot aus der Online-Veranstaltung "Grundrecht unter Beschuss", mit Sergio Arauz, Dina Meza, Marcela Turati, Pedro Vaca und Françoise Greve.

Unterstützung der Aktivitäten in München im Rahmen der „Travesía por la Vida-Tour“ der zapatistischen Delegation.

(Juli bis Oktober 2021)⁽¹³⁾

Das Jahr 2021 wird vielen Organisationen, Kollektiven, Unterstützungsnetzwerken und basisdemokratischen, alternativen und linken Arbeitsgruppen in Europa, die die „Travesía por la Vida-Tour“ unterstützt haben und von der seit Ende 2020 geträumt und die Mitte 2021 Realität wurde, mit einem festlichen und hoffnungsvollen Gefühl in Erinnerung bleiben.

Diese Reise ermöglichte das Udenkbare inmitten einer Coronavirus-Pandemie: Das Empfangen und Begleiten einer Delegation von 180

Genossinnen und Genossen aus den zapatistischen indigenen Gemeinden und dem Nationalen Indigenen Kongress in Mexiko, die den Ozean überquert hat, um auf einer Tournee durch mehrere europäische Länder, darunter auch Deutschland, die Geschichten des Kampfes hier und dort für eine bessere Welt zu sammeln, zu erzählen und zu hören.

Hunderte von zapatistischen Frauen, Männern, Jungen und Mädchen, allesamt Indigene aus verschiedenen Regionen von Chiapas, kamen im Juli 2021 auf dem Kontinent an, den sie in „Slumil K'ajxemp'op“ oder „Ungehorsames Europa“ (Europa Insumisa) umbenannten. Bei der Vorbereitung der Tour wurde ein lokales Unterstützungsnetzwerk in München gegründet, das sich insbesondere aus jungen Aktivist*innen, Studierenden, Feminist*innen, Umweltschützer*innen, Migrant*innenkollektiven und Organisationen wie dem Ökumenischen Büro München zusammensetzt.

Der Auftrag der zapatistischen Delegation bestand darin, "denjenigen zuzuhören und von ihnen zu lernen, die auf jenem Kontinent kämpfen, und ihre eigene Geschichte des Kampfes und des Aufbaus von Lebensalternativen angesichts der Krankheit unserer Welt zu teilen".

Mit dieser Mission kamen sie auch nach München, wo wir den Besuch von fünf Genossen in Vertretung der zapatistischen Delegation empfingen, die sich zwischen dem 6. und 9. Oktober mit Organisationen, Menschen, Kollektiven und alternativen politischen Projekten in der Stadt trafen und austauschten, die mit ihren Kämpfen und Vorschlägen auf ein besseres Leben in Solidarität und Gerechtigkeit für alle setzen.



Plakat zu einer der Veranstaltungen im Rahmen des Travesía por la Vida-Tour der zapatistischen Delegation.

Wandbild **“Respuestas de Colores”**

(Vom 4. Oktober bis 10. November)⁽¹⁴⁾

Seit 2001 führt das Ökumenische Büro in München das Projekt der partizipativen Wandmalerei und das Festival „*Arte Popular México-Alemania*“ in Zusammenarbeit mit dem mexikanischen Wandmalereimeister Sergio "Checo" Valdez Ruvalcaba durch, der seit den 1990er Jahren die Methode des partizipativen Wandbildes propagiert und Hunderte von Wandmalereien in verschiedenen Teilen der Welt, insbesondere in Mexiko, nach dieser von ihm entwickelten Methode geschaffen hat⁽¹⁵⁾.

Diese jahrelange Zusammenarbeit hat der Stadt München ein gemeinsames Ergebnis hinterlassen: Sechs Wandgemälde an strategischen Punkten der Stadt, die nach dieser Methode der partizipativen und gemeinschaftlichen Gestaltung entstanden sind, sowie eine Basis von Menschen, die sich für gemeinschaftliche Wandgemälde einsetzen.

Für das Jahr 2021 hat das vom Ökumenischen Büro geförderte Wandmalereiprojekt erneut den Meister Sergio "Checo" Valdez Ruvalcaba als Workshopleiter des Wandmalereiprozesses eingeladen, ebenso wie den kolumbianischen Performancekünstler und Wandmaler Jorge Hidalgo und die Künstlerin Xochitl Edelvais Santiago aus Mexiko, die ebenfalls dem MCP-Kollektiv aus Mexiko-Stadt angehört.

Bei dieser Gelegenheit wurde der Entstehungsprozess des Wandbildes von der Reise der Delegation indigener Zapatist*innen aus Mexiko durch Europa "*Travesía por la Vida*" inspiriert. Aus diesem Grund versuchte das von vielen Händen geschaffene Wandbild, Antworten auf die Frage zu geben, welche die Zapatisten im Rahmen der Reise durch Europa gestellt hatten: "Was tut ihr für das Gemeinwohl?"

Die Antworten auf diese Frage führten zu Bildern, Austausch, Überlegungen, Diskussionen und Vorschlägen, die in einem etwa 45 Meter langen und zweieinhalb Meter hohen Wandbild festgehalten wurden, das im Werksviertel in der Atelierstraße neben dem Ostbahnhof in München zu sehen ist.

Das Wandbildprojekt hat es uns ermöglicht, uns aktiv mit den Realitäten auseinanderzusetzen, die uns weltweit betreffen. Damit konnten wir einen Beitrag zur Debatte über unsere Situation als Einwohner*innen der Stadt München und unsere Verantwortung leisten.

Zu Beginn des Projekts hatten wir die Gelegenheit uns in München direkt mit der Delegation indigener Zapatist*innen aus Mexiko auszutauschen. In den Workshops hatten wir die Gelegenheit zuzuhören, zu reden, gemeinsam zu zeichnen, verschiedene Aspekte der Situation in

Mexiko, insbesondere in Chiapas, in Bezug auf die indigenen Gemeinden kennenzulernen, sowie die Geschichte der zapatistischen Bewegung, den Kampf der autonomen Gemeinschaften in Chiapas zu reflektieren und uns in dem von der zapatistischen Bewegung inspirierten Lebensplan wiederzufinden.

Die Workshops des Projektes, an dem insgesamt vierzig Personen aus München teilnahmen, arbeiteten mit der Methode des MCP, *Mural Comunitario Participativo*.

Die Workshopleiter*innen und Lehrenden, die Künstler*innen Sergio Checo Valdéz, Xochitl Edelvais Santiago und Jorge Hidalgo regten die Teilnehmenden an, sich auf spielerische und kreative Weise mit folgenden komplexen Themen zu beschäftigen: Klimakrise, Migration und der Situation von Geflüchteten, Ernährungssouveränität, Rolle von Megaprojekten und Industrie bei der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verschlechterung in den Ländern des Globalen Südens, sowie Sicherheit und Kontrolle von Informationen und genderspezifische Ge-



Die Workshopleiter*innen Sergio Checo Valdéz, Xochitl Edelvais Santiago und Jorge Hidalgo, und die Teilnehmer*innen an den Workshops, die im Rahmen des Prozesses der gemeinsamen Erstellung des Wandbildes stattfanden.

walt, insbesondere gegen Frauen und LGBTIQ*-Personen.

Die Reflektion über unsere Lage in der Welt und die Suche nach Lösungsansätzen war Ziel aller Aktivitäten, die im Rahmen des Projektes, stattgefunden haben. Die Überlegungen der Teilnehmer*innen drückten sich in Skizzen und Zeichnungen aus, die gemeinsam besprochen wurden und als Grundlage für das gemeinsame Nachdenken über die Botschaften dienten, die dann an einem öffentlichen Ort in der Stadt „an die Wand gebracht“ wurden.



Momente des partizipativen Entstehungsprozesses des 45 Meter langen und zweieinhalb Meter hohen Wandgemäldes, dessen Endergebnis im Werksviertel in der Atelierstraße neben dem Ostbahnhof in München zu sehen ist.

Besonderer Dank an alle, die uns bei der Verwirklichung dieses Projektes unterstützt haben:

Kulturreferat der Landeshauptstadt München, Katholischer Fonds, Kreisjugendring München-Stadt (KJR), Haus der Jugendarbeit, Brot für die Welt, Engagement Global, Loomit (München), Werksviertel in München, *Mural Comunitario Participativo* - MCP (Mexiko), Che-cholate/ Jorge Hidalgo (Münster), *Gira Zapatista* Regionalvernetzung München, Netzwerk München e.V. und Aluna Minga e.V. (München).

Solidaritätsaktion für *Un Salto de Vida* (16)

Der Verein *Un Salto de Vida*, A.C. ist ein Kollektiv von Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger*innen unterschiedlichen Alters aus El Salto und Juanacatlán in Jalisco, im Westen Mexikos. Die beiden Gemeinden sind mit am stärksten von der Verschmutzung des Santiago-Flusses betroffen, in dessen Einzugsgebiet mehr als 700 nationale und transnationale Unternehmen an-

"UN SALTO DE VIDA"
BRAUCHT UNSERE UNTERSTÜTZUNG!



Collage mit Bildern des Colectivo Un Salto de Vida für die Solidaritätsspendenaktion.

sässig sind, die damit das zweitgrößte Industriekonglomerat des Landes bilden.

Das Kollektiv wurde 2005 mit dem Ziel gegründet, als Gemeinschaft für ihre Rechte auf eine saubere Umwelt, Gesundheit und giftfreie Luft zu kämpfen und sie einzufordern. Die Region der Gemeinden an den Ufern des Santiago-Flusses und der Lagune von Chapala weist die weltweit höchste Inzidenz von Nierenerkrankungen auf.

Der von Un Salto de Vida geführte Kampf zur Verteidigung der Umwelt und der Rechte der betroffenen Gemeinden ist mit hohen Sicherheitsrisiken für das Leben mehrerer seiner Mitglieder verbunden. Die jüngste direkte Bedrohung ereignete sich im April 2021, als mitten in der Nacht der Lieferwagen, den das Kollektiv für seine Gemeinschaftsarbeit nutzt, in Brand gesetzt wurde. Auch haben seitdem die Einschüchterungsversuche und Aggressionen nicht aufgehört.

Bei ihrer Arbeit zur Verteidigung des Gebiets ist es für das Kollektiv Un Salto de Vida wichtig, über ein Fahrzeug zu verfügen. Denn nur so können sie den Kontakt zu den Gemeinschaften in den Stadtvierteln aufrechterhalten.

Wir kennen Un Salto de Vida von der gemeinsamen Arbeit an der Karawane Toxitour Mexiko 2019⁽¹⁷⁾ und der Virtuellen Rundreise Toxitour in Deutschland 2020⁽¹⁸⁾, an der sie als Gastorganisation des Ökubüros teilgenommen haben⁽¹⁹⁾.

Aus diesem Grund organisierten wir zusammen mit Partner Südmexikos e.V. im Dezember 2021 eine Solidaritätsspendenaktion für den Kauf eines neuen Fahrzeugs, das es Un Salto de Vida ermöglicht, seine Aktivitäten zum Schutz der Gesundheit, der Umwelt und des menschenwürdigen Lebens der von der industriellen Verschmutzung betroffenen Gemeinden in El Salto und Juanacatlan in Jalisco fortzusetzen.

Die Resonanz auf die Solidaritätskampagne war sehr positiv. Es ist damit gelungen, etwas mehr als die Hälfte des für den Kauf des Fahrzeugs benötigten Geldes aufzubringen. Wir möchten uns bei allen bedanken, die sich an dieser Solidaritätsaktion beteiligt haben.

Vernetzung in Deutschland für Menschenrechte in Mexiko verstärken

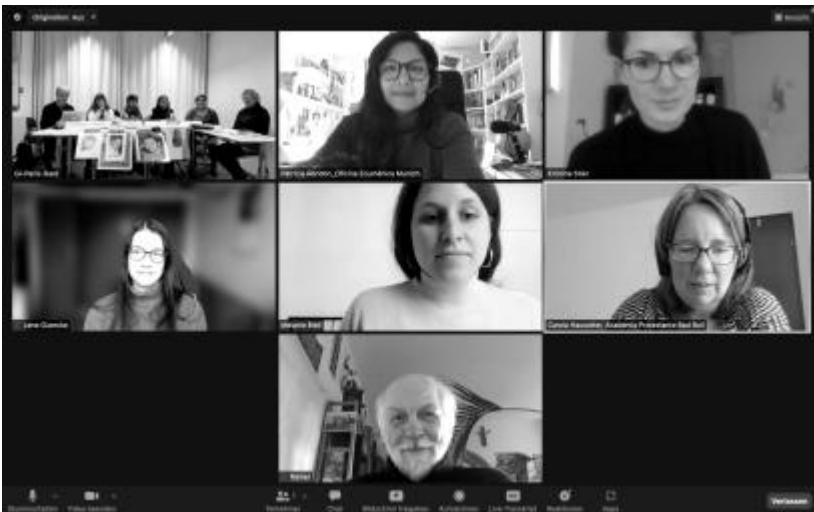
Unsere Arbeit wäre nicht möglich ohne den ständigen Austausch und die Unterstützung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Deutschland, die die Menschenrechtssituation in Mexiko beobachten und auch die Arbeit mexikanischer sozialer Basisorganisationen auf

vielfältige Weise unterstützen.

Im Jahr 2021 beteiligen wir uns weiterhin aktiv an den Treffen, Planungen und strategischen Aktionen der **Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko**, ein Netzwerk von 18 Hilfswerken, Nichtregierungsorganisationen und Initiativen, die in Deutschland zur Menschenrechtssituation in Mexiko arbeiten⁽²⁰⁾.

Im Rahmen der zapatistischen Reise durch Europa im Jahr 2021, *Travesía por la Vida*, beteiligen wir uns aktiv an dem Netzwerk, das für die Organisation der Aktivitäten des Besuchs der zapatistischen Delegation in München und Umgebung zuständig war: **Gira Zapatista Regionalvernetzung München**⁽²¹⁾.

Wir sind auch der **Koalition gegen Verschwindenlassen** beigetreten, um unsere Bemühungen von Deutschland aus im Kampf gegen die Problematik des Verschwindenlassens in Mexiko zu unterstützen. Die Koalition gegen Verschwindenlassen ist ein Bündnis von Nichtregierungsorganisationen, Forschungsinstitutionen und Individuen, das sich seit dem Jahr 2015 gegen das Verschwindenlassen von Personen einsetzt⁽²²⁾.



Screenshot des virtuellen Treffens der Koalition gegen Verschwindenlassen mit Mitgliedern der Bewegung für unsere Verschwundenen.

(1) Zum Fall von Pablo López Alavez: <https://www.oeku-buero.de/nachricht/mexiko-elf-jahre-zu-unrecht-im-gefaengnis-freiheit-fuer-pablo-lopez-alavez.html>

- (2) Weiterführende Informationen: <https://www.oeku-buero.de/nachricht/gerechtigkeit-für-arantepacua.html>
- (3) Artikel über die Veranstaltung: <https://consorciooaxaca.org/2021/08/a-11-anos-de-la-detencion-arbitraria-del-defensor-pablo-lopez-alavez-organizaciones-nacionales-e-internacionales-exigen-su-liberacion-inmediata/>
- (4) Bericht “Langanhaltende Inhaftierung von Menschenrechtsverteidigern in Oaxaca“: <https://www.omct.org/site-resources/legacy/InformeDetencionProlongadaPDDH.pdf>
- (5) Referenz zur Homepage von “Reporteras sin Fronteras México“: <https://rsf.org/es/mexico?nl=ok>
- (6) Informationen zur Veranstaltung: <https://www.mexiko-koordination.de/2021/03/15/wir-werden-nicht-schweigen/?l=de>
- (7) Informationen zur Veranstaltung: <https://www.oeku-buero.de/details/mexiko-journalismus-gegen-zonen-des-schweigens.html>
- (8) Video der Übertragung des Austausches, veröffentlicht auf der Website von “Red Periodistas de a Pie“: <https://youtu.be/DDnL--pdDYE>
- (9) Weiterführende Informationen: <https://piedepagina.mx/el-sexenio-en-el-que-los-periodistas-repetiamos-nos-van-a-matar/>
- (10) Informationen zur Veranstaltung: <https://www.oeku-buero.de/details/grundrecht-unter-beschuss.html>
- (11) Weiterführende Informationen: <https://www.dw.com/es/denuncian-aumento-de-violaciones-a-la-libertad-de-prensa-en-el-salvador/a-56389298>
- (12) Weiterführende Informationen: <https://contracorriente.red/2021/07/30/la-regulacion-de-la-libertad-de-expresion-en-honduras-un-nuevo-manual-para-periodistas/>
- (13) Weiterführende Informationen: <https://www.ya-basta-netz.org> und <https://www.oeku-buero.de/die-zapatistas-bereisen-europa.html>
- (14) Weiterführende Informationen: <https://www.oeku-buero.de/wandbild-im-muenchener-werksviertel.html>
- (15) Kommunale partizipative Wandbilder in München: <https://www.oeku-buero.de/wandbilder.html>
- (16) Weiterführende Informationen: <https://www.oeku-buero.de/un-salto-de-vida-braucht-unsere-unterstuetzung.html>
- (17) Über ToxiTour Mexiko 2019: <https://amerika21.de/2019/12/235485/toxi-tour-mexiko>
- (18) Virtuelle Rundreise ToxiTour México in Deutschland (2020): „Wirtschaft, die vergiftet“: <https://www.oeku-buero.de/jahresbericht-2020/articulos/mexiko-3316.html>
- (19) <https://www.oeku-buero.de/toxitourm%C3%A9xico-2020.html>
- (20) DMRK Mexiko-Website: <https://www.mexiko-koordination.de/?l=de>
- (21) Instagram-Profil des Gira Zapatista Regionalvernetzung München: <https://www.instagram.com/zapatistasmunich/>
- (22) Website der Koalition gegen das gewaltsame Verschwindenlassen: <https://gewaltsames-verschwindenlassen.de/ueber-uns>

Länderbericht

Das Jahr 2021 endete mit einem historischen Wahlsieg. Mit einem klaren und massiven Votum für die Präsidentschaftskandidatin Xiomara Castro von der Mittellinks-Partei *Libertad y Refundación* (Freiheit und Neugründung, LIBRE) setzen die Honduraner*innen ein Zeichen für das Ende einer knapp zwölf Jahre dauernden Ära, die seit dem Putsch 2009 geprägt war durch Repression, Wahlbetrug, Korruption und die Aushöhlung staatlicher Institutionen durch einen Klüngel aus Politik, Unternehmen, Oligarchie und organisiertem Verbrechen. Die Hoffnungen sind groß, die strukturellen Probleme ebenso.

Folgt dem Wahlsieg ein honduranischer Frühling?

Seit 1998 waren nicht mehr so viele Honduraner*innen in die Wahllokale geströmt, wie am 28. November 2021. Xiomara Castro erhielt mehr Wähler*innenstimmen als je ein Präsidentschaftskandidat vor ihr. Die Ehefrau des 2009 weggeputschten Präsidenten Mel Zelaya sollte am 28. Januar 2022 die erste Frau im höchsten Staatsamt von Honduras werden. Ihr Vorsprung fiel mit 51 Prozent der Stimmen vor 37 Prozent des Gegenkandidaten Nasry Asfura von der Nationalen Partei so deutlich aus, dass keine Zweifel an ihrem Wahlsieg aufkamen. Möglich wurde er durch ein spät geschlossenes Wahlbündnis: Im Oktober verzichtete Salvador Nasralla von der rechtskonservativen Partei „*Salvador de Honduras*“ (PSH) auf eine eigene Kandidatur und schloss ein Wahlbündnis mit LIBRE und einer sozialdemokratischen Kleinpartei.



Mobilisierte millionenfache Hoffnung: Xiomara Castro im Wahlkampf.

Trotz ihres großen Rückhalts in der Bevölkerung wird die Regierung von Xiomara Castro es nicht leicht haben, Veränderungen durchzusetzen. Bei der gleichzeitigen Wahl zum Ein-Kammer-Parlament, dem Kongress, erreichte LIBRE nämlich nur 50 Sitze, die mit ihr verbündete PSH 10 Sitze. Für die meisten Gesetzesvorhaben ist eine Mehrheit von 86 Stimmen nötig. Die Regierungskoalition kann für etliche Vorhaben wohl auf Zustimmung aus der Liberalen Partei rechnen. Deren maximal 22 Stimmen werden aber auch nicht ausreichen, um eine Mehrheit für Gesetzes- oder gar Verfassungsänderungen zu erreichen. Die auf der Präsidialebene so deutlich abgewählte rechtskonservative Nationale Partei von Präsident Juan Orlando Hernández stellt 44 Abgeordnete und kann damit den Kongress blockieren.

Bei den Kommunalwahlen eroberte LIBRE die Bürgermeisterämter der Hauptstadt Tegucigalpa und der Wirtschaftsmetropole San Pedro Sula, landete aber insgesamt nur auf dem dritten Platz. 142 Rathäuser gingen an die Nationale Partei, die damit weiter ihre Machtbastionen in den Territorien behaupten konnte, 90 an die ebenfalls von den traditionellen Eliten geprägte Liberale Partei.⁽¹⁾

Der Wahlkampf war geprägt von Versuchen der regierenden Nationalen Partei, sich gerade auch bei der verarmten Bevölkerung in den Stadtrandgebieten Sympathien zu erkaufen. Umgerechnet bis zu 300 US-Dollar pro Person wurden als „Zweihundert Jahre“-Bonus zur „Unabhängigkeit“ von Honduras im September ausbezahlt. Neben den „Wohltaten“ beherrschte auch Gewalt die Szenerie. Im Oktober-Bulletin des Honduras-Forums Schweiz war zu lesen: „Noch ein Monat bis zu den Parlamentswahlen. Es war eine gewalttätige Zeit vor den Wahlen, in der 24 Kandidaten und enge Verwandte ermordet wurden, mehr als 2017. Und es ist dringend notwendig, eine Wiederholung von 2017 zu vermeiden, als 36 Menschen auf der Straße getötet wurden. Nach Angaben der UNO können mindestens 16 dieser Morde direkt mit staatlichen Sicherheitskräften in Verbindung gebracht werden. Niemand wurde für diese Morde vor Gericht gestellt, und in dem einzigen Fall, der vor Gericht verhandelt wurde, gegen ein Mitglied der Militärpolizei, wurde die Anklage Anfang des Monats fallen gelassen ein sehr beunruhigendes Zeichen. Die Nationale Partei und ihre Verbündeten im Kongress erhöhten unterdessen die Strafe für sozialen Protest auf bis zu sechs Jahre Gefängnis und schützten sich gleichzeitig weiter vor Korruptionsermittlungen.“⁽²⁾

Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte verzeichnete 67 Vorfälle schwerer politischer Gewalt von den Vorwahlen im März bis zum Wahltag im November, darunter 30 gewaltsame Todesfälle.⁽³⁾



Das Ende der Post-Putsch-Regime:
„Vor zwölf Jahren waren wir Kinder,
heute sind wir Jugendliche, die
Geschichte schreiben.“

Deshalb ist verständlich, dass die meisten Beobachter*innen, auch aus NGOs und sozialen Bewegungen, dann ziemlich überrascht waren: Zum einen über die hohe Wahlbeteiligung von fast 70 Prozent und zum anderen über den ziemlich ruhigen und, zumindest was die Präsidentschaftswahlen angeht, verhältnismäßig transparenten Verlauf der Wahlen. Viele hatten schon nicht mehr geglaubt, dass die Menschen Angst und Resignation hinter sich lassen würden und an etwas anderes als einen fast schon sicher scheinenden erneuten Wahlbetrug glauben würden. Die Nationale Partei hatte sich angesichts der zersplitterten Opposition schon lange Zeit als Siegerin gesehen.

Als sie bemerkte, dass sich das Blatt zugunsten von Xiomara Castro wendete, trat sie eine massive Anti-Kommunismus und „Kindermörderinnen“-Kampagne los, die dann aber nicht mehr verfiel. Auch hunderte von Fake-Twitter-Accounts, die Oppositionskandidat*innen verleumdete und Aufrufe verbreiteten, die Menschen sollten nicht wählen gehen, konnten nicht mehr viel ausrichten. Es waren gerade auch junge Leute, die zu Zeiten des Putsches 2009 noch Kinder waren, die an den Urnen zeigten, dass sie die kleptokratischen Post-Putschregime nicht länger ertragen wollten.

Die Mehrheit der Honduraner*innen sucht nach einem Ausweg aus den multiplen Krisen, die sich auch 2021 vertieften: Die Zunahme von Armut und Hunger, die Krise im Bildungs- und Gesundheitswesen, multipliziert durch Klimakrise und COVID-Pandemie. Und sie haben den Narcostaat mit seinen Verflechtungen aus legaler und illegaler Ökonomie satt, die Korruption, die Straflosigkeit, die Ausplünderung des Landes zugunsten einiger reicher Familien und transnationaler Unternehmen.

Armut und Schulden steigen gleichzeitig

Die honduranische Wirtschaft schrumpfte weiter und die Armutsrate stieg 2021 auf 73,6 Prozent, ein fast zehnpromzentiger Anstieg innerhalb von zwei Jahren. Der Staat verschuldete sich weiter, mit dem Argument, die humanitäre Krise bekämpfen zu müssen, ohne dass von den aufgenommen Geldern etwas bei der betroffenen Bevölkerung angekommen wäre. Honduras ist eines der wenigen Länder, in denen die Auslandsschulden für soziale Ausgleichszahlungen gestiegen sind, während gleichzeitig Armut, Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, unsichere Ernährungslage und die Unterernährung von Kindern zugenommen haben. Eine Studie der Weltbank zeigt, dass jedes vierte Kind in Honduras nicht ausreichend und angemessen zu essen hat, 60 Prozent aller Kinder unter fünf Jahren leiden unter chronischer Mangelernährung.⁽⁴⁾

Etwa die Hälfte der Schüler*innen war das ganze Jahr 2021 mangels Internet und Computern von jeglichem Zugang zu Bildung ausgeschlossen.⁽⁵⁾ Kinder in indigenen Hochlandgemeinden hatten nur eine Option – bei der Kaffeeernte zu helfen, um die leeren Haushaltskassen ihrer Familien ein bisschen zu füllen.⁽⁶⁾



Teil des soziopolitische Desasters: Der Kollaps der Krankenhäuser. Hier der Eingang des Hospital Escuela im 2021veröffentlichten Dokumentarfilm „Al Borde de las sombras“ (Am Rande der Schatten).

Vor der Pandemie galt das Regime von Juan Orlando Hernández (JOH) als guter Schüler des Internationalen Währungsfonds (IWF): 2019 betrug das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes noch 2,7

Prozent, die Inflation war mit etwas über 4 Prozent niedrig, das Haushaltsdefizit gering. Die extreme und durch Korruption bedingte Krise des staatlichen Energieunternehmens ENEE war zwar schon offensichtlich, so der honduranische Wirtschaftswissenschaftler und Analyst Javier Suazo, auch das Handelsbilanzdefizit und der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion waren offensichtlich, ganz zu schweigen von der zunehmenden Ernährungsunsicherheit und der Umweltkrise. Aber es zählten ja nur die „gesunden Finanzen“.⁽⁷⁾

Mit den Folgen der Hurrikans Eta und Iota und der COVID-Pandemie nahm das Desaster dann immer schneller an Fahrt auf und Ende 2021 war klar, dass der IWF dann doch nicht mehr konform ging mit der zuvor für „stabil“ und „wachstumsorientiert“ befundenen honduranischen Wirtschaftspolitik. Und dass die Regierung von Xiomara Castro 2022 einen Staat übertragen bekommt, der hart am Bankrott entlang schrammt. Zu den Hauptproblemen, mit denen sie konfrontiert sein wird, gehört die hohe Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt. Sie betrug nach offiziellen Angaben im ersten Quartal 2021 umgerechnet etwas über 14,665 Mrd. US-Dollar. Davon sind 8,1625 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden; mit anderen Worten, der Anteil der Auslandsschulden liegt bei über 55 Prozent. Die Gesamtverschuldung des Staates beträgt, je nach Quelle, zwischen knapp 60 und 65 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.⁽⁸⁾

Der Schuldendienst, den das JOH-Regime der neuen Regierung hinterlässt, wird 2022 etwa zwei Milliarden US-Dollar betragen, etwa 30 Prozent des Staatshaushaltes.⁽⁹⁾

Der Thinktank FOSDEH schätzt, dass die Regierung in den letzten fünf Monaten ihrer Amtszeit mehr als eine Milliarde Dollar Schulden aufgenommen hat.⁽¹⁰⁾ Außerdem versuchten die Ministerien noch in den letzten Wochen des Jahres soviel Geld auszugeben wie möglich, in der Presse war von einer „*piñata*“ zu Gunsten der staatlichen Funktionär*innen die Rede.⁽¹¹⁾

Korruption und selektive Sanktionen

Das Jahr 2021 begann mit Plänen, mehr als 25 hochrangige Korruptionsfälle vor Gericht zu verhandeln. Zwei seien hier stellvertretend genannt. Auf einen weiteren, der typische Charakteristika der systematischen Kriminalität in Bezug auf Projekte mit internationaler Beteiligung zeigt, den „Betrug am Gualcarque-Fluss“, gehen wir im Aktivitäten Teil dieses Jahresberichtes ein.

2021 sollte das Wiederaufnahmeverfahren im Fall „Handkasse der First Lady“ beginnen. Die Ehefrau des von 2010 bis 2014 amtierenden Präsidenten Pepe Lobo, Rosa Elena Bonilla, war 2019 zu 58 Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie 12 Millionen Lempiras (über eine halbe Million Euro), die für Sozialprogramme gedacht waren, auf ihr persönliches Konto überwiesen hatte. Der Oberste Gerichtshof hob das Urteil 2021 mit fadenscheinigen Argumenten auf. Nun ist der Prozess für 2022 neu angesetzt.

Ähnliches passierte im Fall der „Büchse der Pandora“. Die internationale Kommission gegen Straflosigkeit und Korruption (MACCIH) hatte 38 Personen – darunter Beamte, ehemalige Beamte und Abgeordnete des honduranischen Nationalkongresses – beschuldigt, mehr als 282 Millionen Lempiras (etwa 10 Millionen Euro) aus dem Ministerium für Landwirtschaft und Viehzucht (SAG) abgezweigt zu haben, um politische Kampagnen zu finanzieren und sich persönlich zu bereichern.

Die Gelder waren für Programme gedacht, die insbesondere Frauen und Jugendlichen auf dem Land zugutekommen sollten. Die MACCIH stellte Amtsmissbrauch, Geldwäsche, Betrug und Veruntreuung öffentlicher Gelder fest. „Der Fall Pandora zeigt die Existenz einer systemischen Korruption, die den größten Teil des politischen Spektrums des Landes umfasst und deren Auswirkungen sich in der Aushöhlung des Begriffs der Rechtsstaatlichkeit selbst widerspiegelt. Zudem macht dieser Korruptionsfall deutlich, dass die Institutionen und Personen, die für den Schutz der öffentlichen Güter zuständig sind, im Dienst faktischer Mächte stehen und gleichzeitig zur systematischen Verschlechterung der Lebensbedingungen der honduranischen Gesellschaft beitragen, resümierte das Forschungsinstitut CESPAD.⁽¹²⁾ Dennoch stellte der Oberste Gerichtshof das Verfahren gegen 22 der Beschuldigten ein. 2021 wurde dann nur gegen drei Personen Anklage erhoben, der Prozess schließlich unterbrochen und nicht wieder aufgenommen. Auch dieser Fall gehört also zu dem Erbe, das ab 2022 mit Hilfe einer neuen Kommission gegen Straflosigkeit und Korruption, diesmal als CICIH unterstützt von den Vereinten Nationen, aufgearbeitet werden soll.⁽¹³⁾

Freilich fehlte es auch 2021 nicht an Anzeichen dafür, dass weiter öffentliche Gelder in großem Stil veruntreut wurden. Großen Ärger und Aufregung gab es um das Versprechen der Regierung, in der COVID-Krise 94 neue Krankenhäuser bereitzustellen. Stattdessen erwarb sie in einer dubiosen Transaktion für fast 50 Millionen US-Dollar sieben



Millionenbetrug: Mobile Krankenhäuser erwiesen sich als Schrott oder verschwanden gleich ganz. Filmstill aus „*Al Borde de las sombras*“ (Am Rande der Schatten) über Netzwerke des organisierten Verbrechens in Honduras.

mobile Krankenhäuser, im Volksmund auch „Schrottkarren“ genannt. *Proceso Digital* resümierte im Juli 2021 ein Jahr nach der Ankunft der ersten beiden mobilen Krankenhäuser. Von den sieben mobilen Kliniken, die im Voraus bezahlt wurden, behandeln nur zwei COVID-Fälle, drei sind komplett verschollen. Gleichzeitig nahmen die Triage-Zentren in vielen Landesteilen keine Patient*innen mehr auf und in Tegucigalpa fehlte Sauerstoff für die Schwerstkranken.⁽¹⁴⁾

Korruption und Kolumbianisierung der Territorien

Ebenfalls im Juli veröffentlichte der US-Kongress die so genannte Engel's Liste, über die in Korruption verstrickten Personen aus Guatemala, El Salvador und Honduras die Visa entzogen und mit weiteren Sanktionen gedroht wurde.⁽¹⁵⁾

In Honduras war die Enttäuschung groß: Zwar fanden sich Ex-Präsident Pepe Lobo und seine Ehefrau auf der Sanktions-Liste mit 21 Namen, nicht aber Mitglieder der aktuellen Regierung JOH. „Die Namen von Juan Orlando Hernandez und Co. sind nicht aufgeführt. Die Namen von Ebal Diaz, Reynaldo Sanchez, zum Beispiel, tauchen nicht auf. Es scheint, dass die Liste einem Pakt entspricht, den mit Pepe Lobo verbundenen Sektor zu entfernen und Juan Orlandos Bande und Geschäftsleute, die in Korruptionsfälle verwickelt sind, in der Schwebelassen zu lassen“, sagte der Jesuitenpater Ismael Moreno (Padre Melo), in einem Interview mit *Radio Progreso*.⁽¹⁶⁾



Juán Orlando Hernández (JOH), 2021 noch an den Hebeln der Macht, bestritt etwas mit Drogenhandel zu tun zu haben. New Yorker Staatsanwälte sahen das anders und bereiteten eine Anklage vor.

Die Mehrheit der Regierungspartei erließ 2021 eine ganze Reihe von Gesetzen, die dringend wieder rückgängig gemacht werden müssen.⁽¹⁷⁾ Das Büro der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) in Honduras äußerte Besorgnis über Änderungen des Strafgesetzbuches, der Strafprozessordnung und des Sondergesetzes zur Bekämpfung der Geldwäsche, die gegen die Menschenrechtsverpflichtungen des honduranischen Staates verstoßen, die zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume einschränken und die Möglichkeiten wirksamer Ermittlungen in Korruptionsfällen begrenzen. OACNUDH sprach von unzulässigen Einschränkungen des Rechts auf Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten, der Vereinigungsfreiheit, der Versammlungsfreiheit, Meinungsfreiheit und des Rechts, die Menschenrechte zu verteidigen. (...) Die Reformen der Strafprozessordnung ermöglichen präventive und sofortige Räumungen ohne gerichtliche Kontrolle. (...) "Wir sind besorgt, dass das Inkrafttreten dieser Reformen die Situation der Konflikte um den Zugang zu Land verschärfen wird, insbesondere für kleinbäuerliche Gruppen und indigene Völker. Sowohl unser Büro als auch internationale Menschenrechtsmechanismen haben Honduras empfohlen, die strukturellen Ursachen der Konflikte um Land und Territorien anzugehen und die Anwendung des Strafrechts als Antwort auf diesen Konflikt zu vermeiden. Die Reformen in Bezug auf das Bankgeheimnis

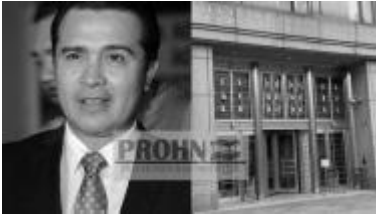
und die Funktionen der *Financial Intelligence Unit* (FIU) im Sondergesetz zur Geldwäsche schränken den Zugang zu Finanzinformationen ein, die für die Untersuchung von Fällen von Korruption und organisierter Kriminalität benötigt werden.“⁽¹⁸⁾

Soziale Bewegungen, kleinbäuerliche und indigene Organisationen legten Verfassungsbeschwerde gegen die Reformen ein.⁽¹⁹⁾ Sie kämpfen mit Problemen, die auch unter der neuen Regierung andauern werden. Dort gruppieren sich die Gruppen der Drogenmafia und des organisierten Verbrechens neu, die Kartelle, die mit Juan Orlando Hernández und weiteren Mitgliedern seines Netzwerkes zusammengearbeitet haben, sind geschwächt, so dass andere nicht weniger gewalttätige Akteur*innen nachrücken und um Einflussphären kämpfen werden. Unsere Partner*innen in verschiedenen Landesteilen befürchten eine weitere Kolumbianisierung ihrer Territorien. Dazu gehört auch die Arbeit von Paramilitärs, die z.B. an der Nordküste und im Flusstal des Aguan operieren. „Die Strategie der Paramilitärs beginnt damit, soziale Bewegungen zu infiltrieren, wichtige Mitglieder zu töten und dann bewaffnete Gruppen in den Gemeinden zu installieren, um die Bewohner ins Exil zu treiben oder zum Schweigen zu bringen. Dies geht aus Augenzeugenberichten, Interviews mit mehr als einem Dutzend Anwohnern und eidesstattlichen Erklärungen hervor, die im Namen von Asylsuchenden in den USA abgegeben wurden“, schrieb das US-Portal *The Intercept* im November 2021.⁽²⁰⁾

Mehr Details zu JOHs Narco-Verwicklungen

Anfang 2021 enthüllte ein 49-seitiges Memorandum der Staatsanwaltschaft des *Southern District* von New York Verstrickungen des amtierenden Staatschefs Juan Orlando Hernandez mit Drogenkartellen aus den Jahren 2013 und 2014. Demnach ließ Hernández unter anderem Drogentransporte durch Honduras und ein Drogenlabor in der Hafenstadt Puerto Cortés an der honduranischen Atlantikküste von Polizei und Militär schützen. Er soll dafür mehrfach mehrere Zehntausend Dollar an Schmiergeldern eingestrichen haben. Außerdem habe er Wahlkampfspenden aus Drogengeldern eingeworben und vor Zeug*innen über die Veruntreuung von Geldern aus der Sozialversicherung zugunsten seiner Nationalen Partei gesprochen. Er soll geprahlt haben, man werde den USA vorgaukeln, den Drogenhandel zu bekämpfen, in Wahrheit aber das Kokain „den Gringos in die Nase stopfen“. Auch der Name des amtierenden Generalstaatsanwalts tauchte in dem Memorandum auf: Hernández habe

Oscar Fernández Chinchilla angewiesen, die illegalen Aktivitäten zu schützen und eine Strafverfolgung zu verhindern.⁽²¹⁾



2021 in New York zu lebenslänglicher Haft verurteilt: JOHs Bruder, Juan Antonio, „Tony“ Hernández

Am 30. März 2021 wurde JOHs Bruder Juan Antonio „Tony“ Hernández vor dem New Yorker Gericht u.a. wegen Drogenhandels in großem Stil zu lebenslanger Haft plus 30 Jahren verurteilt. JOH selbst war im Prozess gegen seinen Bruder als Mit-Verschwörer Nummer 4 geführt worden. In den Wochen vor dem Urteilspruch gegen Tony

Hernández wurden in Honduras zwei Personen ermordet, die mit seinem Fall zu tun hatten: Am 5. März wurde sein Anwalt Melvin Bonilla erschossen⁽²²⁾, eine Woche zuvor ein Polizeibeamter, dessen Name in Tonys Prozess erwähnt wurde.⁽²³⁾ Die investigative Internetzeitschrift Criterio berichtete, dass das JOH-Regime versucht hatte, das Verfahren gegen JOHs Bruder zu beeinflussen, zum Beispiel durch die Drohung, US-Militärbasen in Honduras zu schließen.⁽²⁴⁾

Am 22. März wurde der Honduraner Geovanny Fuentes Ramírez wegen Handels mit 185 Tonnen Kokain und Waffenbesitz ebenfalls in New York schuldig gesprochen. Fuentes hatte mit schwer bewaffneten Arbeitern und mit honduranischen Polizei- und Militärangehörigen für die Sicherheit des Transports gesorgt. In dem zweiwöchigen Prozess sagte der bereits verurteilte Chef des Drogenkartells Los Cachiros, Devis Leonel Rivera Maradiaga, als Zeuge aus. 2012 habe er 250.000 US-Dollar an Hernández gezahlt und hätte im Gegenzug dafür nicht verhaftet und nicht an die USA ausgeliefert werden sollen. Ein weiterer Zeuge will 2013 gesehen haben, wie Fuentes 25.000 US-Dollar an Hernández übergeben hat.⁽²⁵⁾

„Palmerola ist ein illegaler Vertrag“

Während sich also 2021 bei der Staatsanwaltschaft und vor Gerichten in New York die Schlinge um Juan Orlando Hernández' Hals allmählich zuzog, stützten die USA unter der neuen Regierung von Joe Biden ihren langjährigen Verbündeten politisch weiter.⁽²⁶⁾ Und auch international war „*business as usual*“ angesagt. Im Juni stattete JOH zum Beispiel dem Münchner Flughafen, Geschäftspartner des honduranischen Unternehmens EMCO-PIA für den Bau und Betrieb des Internationalen Flughafens Palmerola Airport, einen Besuch ab

(siehe dazu auch das Kapitel Aktivitäten in diesem Jahresbericht). Am 11. Dezember landete das erste kommerzielle Flugzeug auf dem neuen Flughafen. Die designierte Präsidentin Xiomara Castro twitterte dazu: „Monopole sind verfassungsrechtlich verboten und schädlich für das nationale Interesse. Palmerola ist ein illegaler Vertrag und ein Monopol, das Toncontín schließt und die Menschen trifft, die mir ihr Mandat gegeben haben, es zu verteidigen. Dieser Vertrag schaltet den Wettbewerb aus und wird per Gesetz überprüft und geändert werden.“⁽²⁷⁾

JOH reiste von München aus nach Spanien und Israel weiter. In Jerusalem eröffnete er die Botschaft von Honduras, ein Zugeständnis, das er den USA 2017 unter Präsident Trump gemacht hatte. Das US-Außenministerium hatte ihn wenig später als Wahlsieger anerkannt, obwohl es während der Wahlen offensichtlich zu Wahlbetrug gekommen war. Israel ist wichtigster Waffenlieferant für Honduras, das binnen zehn Jahren mehr als 30 Millionen US-Dollar für Waffen und andere militärische Ausrüstung ausgegeben hat.⁽²⁸⁾



Präsident Hernández und der Geschäftsführer der Munich Airport International GmbH (MAI), Dr. Ralf Gaffal

Miriam Miranda von OFRANEH schreibt über die Rolle der Staaten des globalen Nordens, die insbesondere auch indigene Honduraner*innen dazu nötigt, ihr Land zu verlassen: „Unsere Lebensgrundlagen sind durch die Expansion der globalen Tourismusindustrie bedroht, durch Ölpalmpflanzungen, sogenannte 'Sonderzonen für wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigung' (auch Modellstädte genannt) und durch Drogenkartelle, die Kokain durch unser Land transportieren, das für den US-Markt bestimmt ist. Außerdem bedrohen uns von den USA und Kanada finanzierte Gated Communities für reiche Rentner*innen sowie Bergbau- und Wasserkraftprojekte, darunter auch solche, die von Entwicklungsbanken finanziert werden.“⁽²⁹⁾

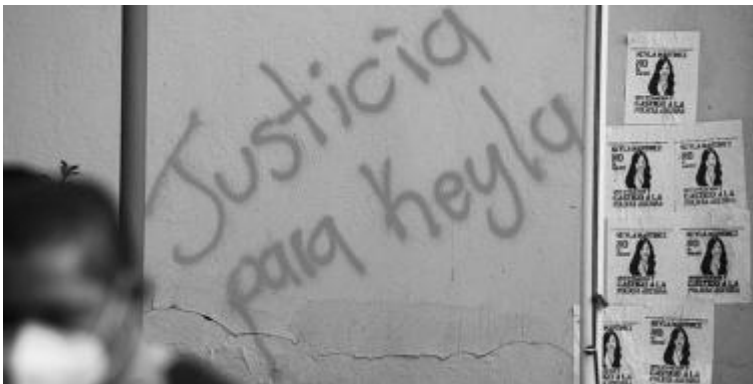
In 185 der 298 honduranischen Gemeindebezirke (Munizipien) bestehen Bergbaukonzessionen, in 81 Gemeinden Konzessionen für die Stromerzeugung, vor allem aus Wasserkraft. Weitere 25 Gemeinden an der Karibikküste könnten von der möglicherweise bald beginnenden Erdölförderung betroffen sein; es gab keine vorherige freie, informierte Konsultation der Garífuna und Miskito, so eine aktuelle Studie mit dem Titel „Territorien in Gefahr. Bergbau, Erdölförderung und Stromerzeugung in Honduras“.⁽³⁰⁾

2020 wurden laut *Global Witness* 17 Land- und Umweltverteidiger*innen in Honduras ermordet. Honduras stand damit weltweit an fünfter Stelle der Morde an dieser Gruppe von Menschenrechtsverteidiger*innen, in Relation zur Zahl der Einwohner*innen sogar an zweiter Stelle vor Kolumbien.⁽³¹⁾

Für 2021 lagen beim Verfassen dieses Rückblicks noch keine Zahlen vor, eine Revision der vom Honduras Forum Schweiz gebündelten Presseberichte lässt uns eine ähnliche Zahl vermuten, etwa 20 Ermordete.

Feminizide und Attacken gegen Frauenrechte

Für internationales Aufsehen sorgte im Februar 2021 der Tod der 26-jährigen Krankenpflegeschülerin Keyla Martínez in Polizeigewahrsam in der Stadt La Esperanza-Intibucá. Bereits in der Vergangenheit hatten junge Frauen von Übergriffen durch Polizisten in La Esperanza berichtet. Keyla wurde während der COVID-Ausgangssperre festgenommen und in der Haftzelle erdrosselt. Die diensthabenden Polizisten hatten behauptet, sie habe versucht, Suizid zu



„Gerechtigkeit für Keyla!“ Die Krankenpflegeschülerin wurde im Polizeiarrest in La Esperanza-Intibucá erdrosselt.

begehen und sei nach einem Rettungsversuch im Krankenhaus verstorben. Die Aussagen der Krankenhausärzt*innen und die Autopsie zeigte, dass das nicht stimmen konnte. Bis Jahresende wurde nur ein diensthabender Polizist angeklagt, das Gericht stufte sein Delikt von Feminizid auf einfache Tötung herunter. Keylas Familie kämpfte das ganze Jahr über weiter darum, dass gegen mögliche Mittäter und Mitwisser ermittelt wird.⁽³²⁾

Mindestens 322 Frauen wurden laut dem Zentrum für Frauenrechte CDM 2021 in Honduras Opfer von Feminiziden. 44 mehr als im Jahr zuvor.⁽³³⁾

Gegen die Rechte von Frauen und Mädchen gab es gleich zu Jahresbeginn auch eine schwerwiegende gesetzgeberische Attacke: Im Januar verankerte der honduranische Kongress das absolute Verbot von Abtreibungen in der Verfassung. In einer virtuellen Parlamentssitzung stimmten alle Abgeordneten, außer LIBRE, ohne längere Diskussion dafür. Honduras hatte bereits seit mehreren Jahren den Schwangerschaftsabbruch verboten. Nun wurde dieses Verbot durch eine schwer rückgängig zu machende „Petrifizierung“ in der Verfassung verstärkt. Es gilt absolut, auch nach Vergewaltigung oder Inzest, auch wenn Leben und Gesundheit der Schwangeren in Gefahr sind oder wenn absehbar ist, dass der Fötus schwere Missbildungen aufweist und nach der Geburt nicht lebensfähig sein wird. Schätzungen zufolge werden jährlich zwischen 51.000 und 82.000 unsichere, illegalisierte Schwangerschaftsabbrüche durchgeführt. Es gibt in Honduras keine Notfallverhütungsmittel. Die „Pille danach“ ist seit 2009 gesetzlich verboten.

Wenige Tage nach dem neuerlichen Schlag gegen die, auch international garantierten, Rechte von Frauen und Mädchen nahm der Kongress in einem ähnlichen Verfahren auch das Verbot der gleichgeschlechtlichen Ehe in die Verfassung auf.⁽³⁴⁾



Zehn Tage nach Präsident Hernández' vielzitiertes „Haßrede“ gegen LGBTIQ+ erstochen: Die Trans*Frau Ericka Tatiana betrieb einen kleinen Laden in Santa Rosa-Copán und war selbst Mitglied der regierenden Nationalen Partei.

Repression gegen Flüchtende

Die großen Hoffnungen tausender Honduraner*innen, sie hätten mit Antritt der Regierung Biden bessere Chancen, aus Gewalt und

Elend ihres Heimatland in USA entkommen, haben sich im Lauf des Jahres nicht erfüllt. Die US-Regierung kündigte zwar zunächst das Ende von Trumps „Bleib in Mexiko“-Politik an, kehrte aber rasch zu den gleichen Mechanismen der Migrationsabwehr zurück wie ihre Vorgängerin. Ganz Mexiko und Guatemala wurden für die Flüchtenden zu Grenzgebieten.

Im Januar startete in Honduras die größte Karawane seit Beginn der COVID-Pandemie in Honduras mit der Erwartung, nun ans Ziel kommen zu können. Erste Schätzungen gingen von drei- bis viertausend Menschen aus, die sich gemeinsam auf den Weg machten. Später waren es sogar bis zu 9000.⁽³⁵⁾ Und



An der Grenze zu Honduras-Guatemala: Ein massives Polizeiaufgebot versuchte – zunächst erfolglos – die erste Karawane des Jahres zu stoppen.

sie ließen sich nicht aufhalten. Zunächst durchbrachen sie erfolgreich die Polizeibarrikaden in Honduras und konnten dann später die Grenze nach Guatemala überqueren.⁽³⁶⁾ Die guatemaltekische Regierung forderte Honduras auf, „die massenhafte Abwanderung seiner Einwohner einzudämmen“.⁽³⁷⁾ Einen Tag später gingen die guatemaltekischen Sicherheitskräfte gewaltsam gegen die Teilnehmer*innen der Karawane vor. In der Facebook-Live-Übertragung von *Radio Progreso* war zu sehen, wie am Boden liegende Menschen verletzt und von der Armee festgenommen wurden.⁽³⁸⁾ Der guatemaltekische Ombudsmann für Menschenrechte Jordán Rodas, äußerte sich empört⁽³⁹⁾, während die US-Botschaft Guatemala für seine „Bemühungen“ dankte⁽⁴⁰⁾.

Infolgedessen wurde die gewaltsame Repression am nächsten Tag fortgesetzt.

Spätere, kleinere Karawanen wurden bereits in Honduras oder von honduranischer Polizei an der Grenze zu Guatemala zurückgehalten. Guatemala und Mexiko schlossen ihre Grenzen, die Menschen mussten erneut alleine oder in kleinen Gruppen auf gefährlichen Wegen versuchen, an ihr Ziel zu kommen.

Mehr als 48.000 Honduraner*innen wurden von Januar bis November 2021 abgeschoben, über ein Drittel mehr als 2020. Die meisten Abschiebungen – fast 85 Prozent – fanden von Mexiko aus statt, der Rest aus den USA.⁽⁴¹⁾ Rekordzahlen von Migrant*innen und von

Todesfällen entlang der Grenze zwischen den USA und Mexiko kennzeichneten das Jahr 2021 und machten es zu einem der bisher schlimmsten für diejenigen, die Schutz und ein besseres Leben außerhalb ihrer Länder suchen. Nach offiziellen Angaben der US-Customs and Boarder Protection (CBP) wurden bis 30. September insgesamt 557 Todesfälle an der Grenze zu Mexiko registriert.⁽⁴²⁾ Als Reaktion auf das alarmierende Ausmaß der geschlechtsspezifischen Gewalt im Norden Zentralamerikas forderte das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, wirksamere, innovative und sofortige Maßnahmen zum Schutz von Frauen, Mädchen und LGBTIQ*-Personen, die in der Region unterwegs sind.⁽⁴³⁾

- (1) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/wahlergebnisse-in-honduras-designierte-praesidentin-castro-muss-mehrheiten-suchen.html>
- (2) https://honduras-forum.ch/wordpress/wp-content/uploads/2021/11/2110_AnotherMonthInHonduras.pdf
Wir bedanken uns bei Daniel Langmeier vom Honduras Forum Schweiz, dessen täglichen und monatlichen Zusammenfassungen von Nachrichten aus und über Honduras wir viele Anregungen und Quellen für dieses Resümee entnehmen konnten.
- (3) http://oacnudh.hn/wp-content/uploads/2021/12/20211210_Discurso-Dia-DDHH.pdf
- (4) <https://criterio.hn/hambre-desnutricion-pandemia-y-miseria-honduras/> <http://cespad.org.hn/2021/03/09/coyuntura-desde-los-territorios-honduras-cuando-la-crisis-alimentaria-se-promueve-y-se-refuerza-desde-los-decretos-ejecutivos/>
- (5) http://oacnudh.hn/wp-content/uploads/2021/12/20211210_Discurso-Dia-DDHH.pdf
- (6) <https://contracorriente.red/2021/03/06/el-trabajo-infantil-que-cosecha-el-cafe-de-exportacion/>
- (7) <https://www.alainet.org/es/articulo/214078>
- (8) <https://www.alainet.org/es/articulo/214278>
- (9) <https://www.laprensa.hn/honduras/nuevo-gobierno-de-honduras-enfrentara-deuda-deficit-electrico-y-subempleo-DI4192324> <https://confidencialhn.com/fosdeh-calcula-que-servicio-de-deuda-superara-los-56-mil-millones-de-lempiras-en-2022/>
- (10) <https://radioprogreso.hn.net/aplicacion-movil/en-mas-de-mil-millones-en-dolares-se-endeudo-gobierno-en-los-ultimos-cinco-meses/>
- (11) <https://elpulso.hn/2021/12/08/al-descubierto-pinata-de-contratos-permanentes-en-cancilleria-al-cierre-de-actual-gobierno/> Eine *piñata* ist ein traditionelles Fest, bei dem eine mit Süßigkeiten gefüllte Pappmaché-Figur zerschlagen wird.
- (12) <http://cespad.org.hn/wp-content/uploads/2021/01/Caso-Pandora-WEB-corregido.pdf> (dort auch weitere Quellen zu diesem Thema)

- (13) <http://cespad.org.hn/2021/01/27/sentencias-de-los-casos-pandora-y-caja-chica-de-la-dama-justicia-o-impunidad/> <https://cespad.org.hn/2021/03/03/pandora-el-despilfarro-de-12-millones-de-dolares-la-colusion-politica-y-las-victimas-que-nunca-se-beneficiaron-con-los-proyectos/>
- (14) <https://proceso.hn/triajes-y-hospitales-los-otros-detonantes-de-la-pandemia-en-honduras/>
- (15) <https://www.state.gov/u-s-releases-section-353-list-of-corrupt-and-undemocratic-actors-for%20-guatemala-honduras-and-el-salvador/>
- (16) <https://radioprogreso.hn/portada/padre-melo-lista-engel-es-pirrica-no-compensa-niveles-de-corrupcion-en-honduras/>
- (17) <https://www.elheraldo.hn/pais/1500608-466/cobran-vigor-polemicas-reformas-penales-ley-lavado-de-activos>
- (18) <https://oacnudh.hn/oacnudh-expresa-preocupacion-por-recientes-reformas-legales-que-contravienen-obligaciones-de-derechos-humanos-y-restringen-el-espacio-civico-en-honduras/>
- (19) <https://copinh.org/2021/11/pronunciamento-publico-no-mas-criminalizacion-por-reivindicar-nuestros-derechos-territoriales/>
- (20) <https://theintercept.com/2021/11/06/honduras-paramilitaries-land-rights/>
- (21) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/bestechung-und-schutz-der-pr%C3%A4sident-von-honduras-und-die-drogenmafia.html>
- (22) <https://confidencial.hn.com/asesinan-al-exabogado-de-tony-hernandez-en-colonia-la-alameda-de-la-capital/>
- (23) <https://prohondurasnetwork.com/2021/03/04/trasciende-el-asesinato-en-la-colonia-alameda-de-melvin-bonilla-abogado-defensor-de-tony-hernandez-y-rosa-elena-de-lobo/>
<http://www.web.ellibertador.hn/index.php/noticias/nacionales/2737-honduras-urgente-en-seis-dias-matan-a-dos-personas-vinculadas-a-tony>
- (24) <https://criterio.hn/con-cierre-de-bases-militares-estadounidenses-en-honduras-firma-de-abogados-intento-influir-en-caso-contr-a-tony-hernandez/>
- (25) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/pr%C3%A4sident-von-honduras-wegen-aussagen-vor-us-gericht-in-erkl%C3%A4rungsnot.html> <https://prohondurasnetwork.com/2021/12/28/geovanny-fuentes-se-enfrenta-a-la-misma-condena-de-tony-hernandez-cadena-perpetua-mas-treinta-anos/>
- (26) Siehe dazu auch <https://www.washingtonpost.com/opinions/2021/03/03/biden-honduras-juan-orlando-hernandez-corruption-dea/>
- (27) <https://www.elheraldo.hn/pais/1506057-466/presidenta-xiomara-castro-planca-revisar-contrato-palmerola-monopolio-ilegal-aeropuerto> <https://tiempo.hn/ccit-pide-revision-contrato-palmerola/>
- (28) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/prasident-von-honduras-reist-nach-muenchen-und-israel.html>
- (29) <https://fpif.org/indigenous-peoples-like-mine-are-fighting-for-our-homelands/>
- (30) <https://pasosdeanimalgrande.com/es-co/contexto/item/3263-honduras-es-una-mina-de-oro-para-megaproyectos-pero-un-reservorio-de-pobreza-y-desplazamientos-para-comunidades> <https://fosdeh.com/publicacion/territorios-en-riesgo-iii-mineria-hidrocarburos-y-generacion-de-energia-electrica-en-honduras/>

- (31) <https://www.globalwitness.org/en/press-releases/global-witness-reports-227-land-and-environmental-activists-murdered-single-year-worst-figure-record/>
- (32) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-gewaltsamer-tod-in-polizeigewahrsam.html>
- (33) <https://proceso.hn/violencia-contr-la-mujer-otro-ano-en-numeros-rojos/>
- (34) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/verfassungs%C3%A4nderung-gegen-rechte-von-frauen-und-m%C3%A4dchen-in-honduras.html>
- (35) <https://www.elheraldo.hn/minisitios/hondurenosenelmundo/1436210-471/caravana-migrante-honduras-guatemala-2021-frontera-biden/>
- (36) <https://proceso.hn/caravana-de-migrantes-rompe-cercos-policiales-hondurenos-y-cruza-a-guatemala/>
- (37) <https://proceso.hn/guatemala-le-pide-a-honduras-que-detenga-la-salida-masiva-de-su-poblacion/>
- (38) <https://radioprogreso.hn.net/instante/reprimen-caravana-de-migrantes-hondurenos-en-chiquimula-guatemala/>
- (39) <https://radioprogreso.hn.net/instante/procurador-de-derechos-humanos-en-guatemala-condena-represion-contr-migrantes-hondurenos/>
- (40) <https://twitter.com/usembassyhn/status/1350873733272109058> <https://twitter.com/usembassyguate/status/1350958685288345613>
- (41) <https://www.radiohrn.hn/deportados-inmigrantes-deportaciones-honduras-aumento-2021-mexico-estados-unidos>
- (42) <https://proceso.hn/record-de-cruces-y-muertes-de-migrantes-marcaron-frontera-sur-de-eeuu-en-2021/>
- (43) <https://www.acnur.org/noticias/press/2021/12/61ac44eb4/acnur-insta-a-que-se-emprendan-acciones-mas-eficaces-contr-la-violencia.html>



Fordern Gerechtigkeit und Nicht-Wiederholung des Verbrechens an ihrer Mutter: Zwei Töchter von Berta Cáceres, Bertha und Laura, in ihrer Heimatstadt La Esperanza-Intibucá.

Aktivitäten zu Hondura

Causa Berta Cáceres

Das Ökubüro ist seit 2010 in stetigem Austausch und Kontakt mit dem Bürgerschaftlichen Rat für indigene und Volksorganisationen von Honduras (COPINH). Öffentlichkeitsarbeit und Advocacy zum Widerstand der indigenen Lenca gegen das Wasserkraftwerk Agua Zarca und ab März 2016 die Forderung nach umfassender Aufklärung des Mordes an Berta Cáceres gehörten all die Jahre zu den Schwerpunkten unserer Arbeit. 2021 stand einer der Autoren des Mordkomplotts, der ehemalige Geschäftsführer des Wasserkraft-Unternehmens DESA, David Roberto Castillo, vor Gericht. Wir beobachteten den Prozess online und berichteten darüber. Begonnen haben wir das Jahr jedoch mit einer musikalisch von der Schwarzen Aktivistin Tãmara David aus Brasilien begleiteten Veranstaltung zum

Gedenken an Marielle Franco und Berta Cáceres: Gegen jede Form von Rassismus, Sexismus und Klassismus

Zum fünften Jahrestagen der Ermordung von Berta und der Ermordung der brasilianischen Schwarzen Aktivistin Marielle Franco forderten wir Gerechtigkeit. Die brasilianische Feministin und Mitstreiterin von Marielle, Renata Souza und Bertha Zúniga, Tochter von Berta Cáceres und Koordinatorin des COPINH, wiesen auf die Strukturen hinter den Morden hin: Auf Rassismus, Patriarchat, Klassismus und globalen Kapitalismus, in Brasilien, in Honduras und weltweit. Die Veranstaltung war zu gleich Auftakt der 2021 beginnenden Brasilienarbeit



Berta Cáceres, Marielle Franco

des Ökubüros (zu weiteren Aktivitäten und Veranstaltungen zu Brasilien siehe das entsprechende Kapitel in diesem Jahresbericht).

Padre Melo: Präsident Hernández wusste vom Mordplan gegen Berta Cáceres

Vier Wochen vor dem Beginn des Prozesses gegen David Castillo, berichteten wir, über einen Aspekt, der damals von den Medien nicht aufgegriffen wurde: Honduras' Präsident, Juan Orlando Hernández wusste, dass Berta Cáceres wegen ihres Widerstandes gegen das Wasserkraftprojekt Agua Zarca ermordet werden sollte. Das sagte der Jesuitenpater Ismael Moreno Coto SJ (Padre Melo) bei der Gedenkfeier zum fünften Jahrestag ihrer Ermordung am 2. März 2021 in La Esperanza-Intibucá. Hernández habe die genauen Details der Planung nicht gekannt, er sei jedoch darüber informiert gewesen, dass Berta Cáceres „eliminiert“ werden würde. ⁽¹⁾

Am 6. April begann die Hauptverhandlung gegen Roberto David Castillo Mejía, einen honduranischen Unternehmer, Geschäftsführer des Unternehmens Desarrollos Energeticos SA (DESA) des staatlichen Energiekonzerns ENEE, Absolvent der US-Militärakademie in West Point und ehemaliger honduranischer Offizier des militärischen Geheimdienstes. Das Wasserkraftprojekt Agua Zarca, das Castillo vorantrieb, wurde u. a. von den europäischen Entwicklungsbanken FMO und Finnfund unterstützt. Langjähriger Geschäftspartner der DESA war das Siemens-Joint Venture Voith Hydro aus Heidenheim.

Überzeugt, dass es auch von der weltweiten Aufmerksamkeit und dem Druck der internationalen Öffentlichkeit abhängt, ob nach einem möglichen Schuldspruch gegen Castillo weiter ermittelt und aus einem Prozess gegen einen vermeintlichen Einzeltäter ein erster Schritt gegen die institutionalisierte Straflosigkeit krimineller Netzwerke in Honduras würde, veröffentlichten wir dazu eine Pressemitteilung und eine Meldung beim Nachrichtenportal amerika21 sowie auf unserer Website. ⁽²⁾

Zum ersten Mal in der Geschichte von Honduras gab es die Chance, bei einem Strafprozess das kriminelle Geflecht zwischen Eliten und staatlichen Institutionen aufzudecken, das unter anderem Drohungen, Bestechung, Kriminalisierung und Angriffe bis hin zum Mord benutzt, um Wirtschaftsinteressen gegen den Willen von indigenen und kleinbäuerlichen Gemeinden durchzusetzen.

Prozessbeobachtung und Übersetzung der täglichen Protokolle

Die COVID-Pandemie machte es unmöglich, vor Ort in Honduras zu sein, zudem waren im Gerichtssaal selbst auch keine Beobachter*innen zugelassen. Wir schalteten uns also bei der Online-Übertragung des Prozesses zu und kompilierten und übersetzten gemeinsam mit Mitgliedern des Menschenrechtskollektivs Honduras (CADEHO) aus Berlin die Dokumentationen der 48 Prozesstage, die verschiedene Prozessbeobachter*innen täglich erstellten. Sie sind auf unserer Website und dem Blog unseres Netzwerks HondurasDelegation nachzulesen. ⁽³⁾



Mutmaßlich in das Mordkomplott gegen Berta Cáceres verwickelt: Mitglieder der Unternehmerfamilie Atala Zablah. Angeklagt und verurteilt wurde bisher nur DESA-Geschäftsführer David Castillo (Mitte)

David Castillo wurde schuldig gesprochen. Er sei Mitverursacher des Mordes, so das Gericht, indem er das Team von Auftragskillern und Mittelsmännern koordinierte. Er habe sich mit weiteren DESA-Führungskräften sowie mit dem pensionierten Militärleutnant Douglas Bustillo, dem aktiven

Major Mariano Diaz Chavez sowie dem Auftragskiller Henry Hernández abgestimmt, um Berta das Leben zu nehmen und den Widerstand von COPINH gegen das Wasserkraftwerk Agua Zarca zu brechen.

Kurz vor Ende der Verhandlung hatten wir die Möglichkeit zu einem längeren Interview mit Bertha Zúniga Cáceres, das in der Zeitschrift Lateinamerika-Nachrichten und auf unserer Website erschien. Bertha sagte: „Für den Staat ist Castillo derjenige, der geopfert wird. Er wird als der Autor des Verbrechens präsentiert, als die Person, die allein über den Mord entschieden hat. Das macht uns Sorgen. Wir haben in den vergangenen Jahren Informationen über die Finanzen des Unternehmens (...) analysiert. Wir sehen klare Auffälligkeiten, Anzeichen von Korruption, sogar von Geldwäsche. Dazu müsste viel mehr ermittelt werden. Dann könnten auch die vielen Fragen zur Realisierung des Wasserkraftwerks Agua Zarca aufgeklärt werden. (...) Wir haben immer betont, dass die Ermordung von Berta Cáceres mit der illegalen und illegitimen Konzession für das Wasserkraftwerk Agua Zarca zusammenhing, mit Unregelmäßigkeiten innerhalb des Konzessionsverfahrens und die Verletzung von Grundrechten bei der Umsetzung des Projekts. Eine

Staatsanwaltschaft, die wirklich an einer umfassenden Gerechtigkeit interessiert wäre, hätte die Möglichkeit, neben dem Mord weitere Verbrechen aufzudecken. (...) Der Staat hat eine große Bringschuld, dieses Komplott aufzuklären, auch was die eigene Verantwortung betrifft.“⁽⁴⁾

Betrug am Gualcarque-Fluss

Einige Aspekte des Komplottes könnte der Betrugsprozess zum Wasserkraftwerk Agua Zarca ans Licht bringen, der im August 2021 begann. Angeklagt sind neben David Castillo hochrangige Beamte des Umweltministeriums und des staatlichen Energieversorgers ENEE. Die honduranische Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption (UFERCO) beschuldigt sie unter anderem des Amtsmissbrauchs, der Korruption und Urkundenfälschung. Wir veröffentlichten dazu einen Überblick:⁽⁵⁾

COPINH errang einen Etappensieg, als die Organisation sich mit viel internationaler Unterstützung (auch in Form von Amicus Curiae-Rechtsgutachten) die jahrelang verwehrte Nebenklage in dem Verfahren erkämpfte. Viel weiter voran kam der Prozess im Jahr 2021 jedoch nicht, lediglich die Zahl der Angeklagten wurde reduziert.

Ermittlungen gegen den DESA-Finanzchef



Planung und Ausführung des Mordes an Berta Cáceres wurden 2021 vor Gericht verhandelt: David Castillo als Schlüsselfigur zwischen der Unternehmerfamilie Atala Zablah und den ausführenden Militärs und Auftragskillern.

Darüber und über die beunruhigende Tatsache, dass im Strafprozess gegen David Castillo am Jahresende, sechs Monate nach der Urteilsverkündung immer noch kein schriftliches Urteil vorlag, sprachen wir kurz vor Jahresende gemeinsam mit einer Mitstreiterin von CADEHO (Berlin) mit dem honduranischen Anwalt Victor Fernández. Er erläuterte uns auch den Stand der Ermittlungen gegen Mitglieder der Familie Ata-

la Zablah, Hauptaktionäre und Führungspersonal der DESA, die als Drahtzieher hinter dem Mord an Berta vermutet werden:

„Gegen Daniel Atala (DESA-Finanzchef, d.Red.) ermittelt die Sonderstaatsanwaltschaft gegen Korruption (UFERCO) im Fall ‚Betrug am Gualcarque-Fluss‘. Wir haben die Extraktion der Informationen aus seinen Computern beantragt, die bereits im Mai 2016, zwei Monate nach Berta Cáceres' Ermordung, konfisziert wurden. Das wurde nun, im Dezember 2021, vom Anti-Korruptionsgericht angeordnet (...). Die Informationen auf den Computern werden aber sicherlich noch andere Hinweise enthalten, die für die Causa Berta Cáceres relevant sein könnten. Die Staatsanwaltschaft für Mordfälle hat (...) weitere Untersuchungen beantragt, um Informationen aus Mobiltelefonen zu erlangen, die bei David Castillo bei seiner Festnahme beschlagnahmt wurden. Im Laufe der Verhandlung gegen Castillo stellte sich heraus, dass die Staatsanwaltschaft nicht über ausreichende Technik verfügt, um die Informationen aus seinen Telefonen zu extrahieren. Die Verhandlung wurde beendet, ohne dass das nachgeholt wurde. Anschließend schlug die Staatsanwaltschaft im Rahmen der Ermittlungen gegen Daniel Atala dem Gericht vor, die bei David Castillo sichergestellten Telefone in die USA zu schicken, um sie dort auslesen und analysieren zu lassen. Dagegen legte Daniel Atalas Verteidigung Widerspruch ein.“⁽⁶⁾



Planung und Ausführung des Mordes an Berta Cáceres wurden 2021 vor Gericht verhandelt: David Castillo als Schlüsselfigur zwischen der Unternehmerfamilie Atala Zablah und den ausführenden Militärs und Auftragskillern.

Totalkapitalistische Privatstädte – ZEDE

Honduras als Versuchslabor für Privatstädte radikal neoliberaler, „libertärer“ Investor*innen war auch 2021 eines der wichtigsten Themen

unserer Arbeit. Zu der bisherigen Sonderzone für Beschäftigung und Entwicklung (ZEDE) – ZEDE Próspera auf der Karibikinsel Roatán kamen im Lauf des Jahres zwei neue Projekte hinzu: Morazán City nahe Choloma, einer Stadt im Industriegürtel der Wirtschaftsmetropole San Pedro Sula und ZEDE Orquídea, eine agroindustrielle Privatstadt im Süden von Honduras nahe der Grenze zu Nicaragua. Sie werden offensichtlich von Investor*innen aus Europa, den USA und Honduras vorangetrieben. Das zunächst ebenfalls als ZEDE beschriebene Projekt Guanaja Hills von schweizer und deutschen Investoren änderte im Laufe des Jahres sein öffentliches Profil in das eines „normalen“ Ressorts.

Während also, wie 2020 befürchtet, weitere Filet-Stücke aus dem „Kuchen“ honduranischen Territoriums herausgeschnitten und eigenen Spielregeln der Investor*innen unterworfen wurden, wuchs auch der landesweite Widerstand gegen die ZEDE über's Jahr enorm an. Wir führten dazu mehrere Hintergrundgespräche mit Partner*innen in Honduras und mit Journalist*innen in Deutschland.

Im Juli besuchte der deutsche Botschafter in Honduras gemeinsam mit einer Vertreterin der deutschen Außenhandelskammer ZEDE Próspera und veröffentlichte dazu einen Tweet. Mit Bewohner*innen der benachbarten Gemeinde Crawfish Rock oder weiteren Kritiker*innen der ZEDE auf Roatán sprach er nicht. Wir fragten in einem Offenen Brief nach. ⁽⁷⁾



Proteste gegen Privatstädte dehnten sich 2021 auf ganz Honduras aus.

Veranstaltungsreihe und Dokumentation

Im Herbst 2018 befassten wir uns gemeinsam mit Referent*innen von OFRANEH Europa

in mehreren Online-Veranstaltungen intensiv mit verschiedenen Aspekten der ZEDE, den lokalen Auswirkungen, internationalen libertären Netzwerken und den Strategien des Widerstands. Die Ergebnisse dokumentierten wir jeweils ausführlich auf unserer Website, weshalb wir uns hier auf kurze Angaben und die jeweiligen links beschränken:

9.10. Seminar: Tejiendo solidaridad – Solidarische Allianzen. Für die Verteidigung der Gemeingüter, Selbstbestimmung und ein Gutes Leben für alle

Jessica Fernández Norales und Randolpho García Sandoval, Aktivist*innen der Garífuna-Organisation OFRANEH aus Honduras und Wissenschaftler*innen an den Universitäten Lissabon bzw. Cork berichten über die Auswirkungen der neoliberalen Modellstädte und das Gegenmodell der neugegründeten Gemeinde Vallecito.

Ihr Beitrag zur Semindokumentation erschien unter dem Titel: Libertäre Dystopien gegen das Leben. Zonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung (ZEDEs) verschärfen die existentielle Bedrohung der Garífuna-Gemeinden in Honduras. ⁽⁸⁾

Eine Langversion wurde in der 50. Ausgabe des Magazins Hinterland des Bayerischen Flüchtlingsrates veröffentlicht: Vallecito (Faya) – Symbol der Hoffnung Eine neu gegründete Garífuna-Gemeinde in Honduras trotz dem neoliberalen Landraub und der libertären Dystopie totalcapitalistischer Privatstädte. ⁽⁹⁾

25.10. Abendveranstaltung Bitcoin in El Salvador: Chancen und Risiken der Kryptowährung

Randolfo García (OFRANEH) hielt einen kurzen Input zum Zusammenhang zwischen Blockchain-Währungen und Privatstädten in Honduras und auf den kleinen Antillen.

13.11. Seminar: Honduras: Privatstädte und „libertäre“ Netzwerke – Entwicklungschancen für wen?

Referent*innen waren: Andreas Kemper (Soziologe, Experte für Faschismus, Anti-Feminismus und Klassismus) Randolpho García und Jessica Fernández (Organización Fraternal Negra de Honduras, OFRANEH) Oscar Hendrix (Anwalt, Mitglied des Runden Tisches für

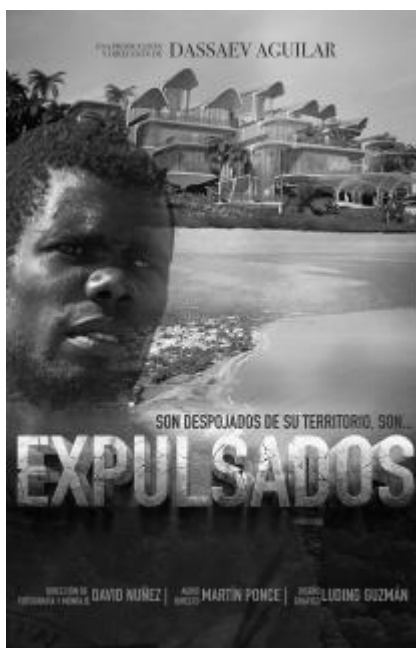
die Verteidigung der Bay Islands)

Die Dokumentation des Vortrags: Ideologien und Netzwerke der Privatstadt-Lobby von Andreas Kemper findet sich auf unserer Website.⁽¹⁰⁾

21.12. Abendveranstaltung mit Dokumentarfilm **Expulsados – Vertrieben**

Der honduranische Filmemacher Dassaev Aguilar hat die Orte besucht, an denen die ZEDE Próspera und die ZEDE Morazán entstehen. Er hat deren Betreiber interviewt, mit Einwohner*innen der betroffenen Gemeinden gesprochen und die Protestbewegung gegen die ZEDEs porträtiert. In der 43-minütigen Dokumentation wird deutlich: Auch wenn die ZEDEs ein relativ neues rechtliches Konstrukt sind, reichen das Phänomen der Vertreibung für private Investorenprojekte und der Widerstand dagegen schon sehr lange zurück.

Wir erstellten gemeinsam mit Jutta Blume (HondurasDelegation) und der Radio- und Filmemacherin Erika Harzer Transkript und Übersetzung für die deutschen Untertitel zum Film:⁽¹¹⁾



ZEDEs in Honduras: „Wenn der Baum verrottet ist, sind auch die Früchte verdorben“

Die designierte honduranische Präsidentin Xiomara Castro versprach, die totalkapitalistischen Privatstädte in Honduras zu stoppen. Doch diese sind durch eine illegale Verfassungsänderung, ein Gesetz und internationale Verträge ziemlich gut abgesichert. Honduranische Jurist*innen meinen, es gibt dennoch Wege, das äußerst unpopuläre Projekt auszuhebeln – aber nur, wenn der politische Druck aus den Gemeinden und von den sozialen Bewegungen weiterhin groß bleibt. Wir veröffentlichten Auszüge aus Gespräch und Publikumsdiskussion mit dem Filmemacher Dassaev Aguilar und den Anwält*innen Andrea Nui-

la und Joaquín Mejía (ERIC SJ) über die Zukunft der Privatstädte.⁽¹²⁾

Zusammenarbeit mit OFRANEH & SUNLA

Die Organisation OFRANEH vertritt über 40 afroindigene Garífuna-Gemeinden an der Atlantikküste im Norden von Honduras. Wie im Vorjahr arbeiteten wir eng mit OFRANEH zusammen, insbesondere zum Thema der ZEDEs (siehe oben), aber auch zur Aufklärung eines Verbrechens, dem gewaltsamen Verschwindenlassen von vier Garífuna aus der Gemeinde Triunfo de la Cruz im Juli 2020. Wir beteiligten uns an den regelmäßigen Besprechungen der Arbeitsgruppe für Menschenrechte der unabhängigen Garífuna-Untersuchungskommission SUNLA, an Brief- und Eilaktionen. Und wir versuchten, etwas dazu beizutragen, das Thema durch Veröffentlichungen und Übersetzungen von Artikeln präsent zu halten.

„Wider das Vergessen! Lebend wollen wir sie zurück!“

Am 18. Januar waren sechs Monate vergangen seit vier Aktivisten der Garífuna-Gemeinde Triunfo de la Cruz gewaltsam verschwinden gelassen wurden, darunter der Gemeinderatsvorsitzende, Alberth Sneider Centeno. Schwer bewaffnete Männer in Uniformen der Ermittlungspolizei DPI waren frühmorgens in die Gemeinde eingedrungen. Außer Sneider Centeno verschleppten die Uniformierten auch Milton Martínez, Suami Mejía und Gerardo Róchez aus ihren Häusern.



„Lebend wollen wir sie zurück“: Internationale Solidarität beim Münchner Treffen von ESI-Stipendiat*innen und Unterstützer*innen für die verschleppten Garífuna aus Triunfo de la Cruz.

2020 hatte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte interveniert und die honduranische Regierung aufgefordert, umgehend alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Verbleib der jungen Männer zu ermitteln. Zudem müsse das Recht auf Leben und Unversehrtheit der Bewohner*innen der Gemeinden Triunfo de la Cruz und Punta Piedra geschützt werden.

Der UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen verlangte seinerseits von den honduranischen Behörden, "eine umfassende Strategie zu entwickeln, die einen Aktionsplan für die erschöpfende und sofortige Suche und unparteiische Untersuchung des Verschwindenlassens beinhaltet".

Es folgten zahlreiche internationale Appelle an Präsident Juan Orlando Hernández und weitere staatliche Stellen. In ihnen wurde auch die Einhaltung des Beschlusses des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte gefordert, der 2015 den Staat Honduras dazu verurteilt hatte, den Gemeinden Triunfo de la Cruz und Punta Piedra die Gebiete zurückzugeben, die ihnen durch die Ausweitung von Ölpalmpflanzungen und den Bau von Tourismus-Großprojekten widerrechtlich genommen wurden.

Dennoch gab es auch ein halbes Jahr später, zu Beginn des Jahres 2021, keinerlei Ergebnisse.

„Der Staat Honduras versäumt es weiterhin, zuverlässige und wahrheitsgemäße Informationen über den Verbleib unserer Brüder zu liefern. Die Berichte, die er vorgelegt hat, sind lächerlich. Sie zeigen nicht nur das Desinteresse der Behörden an dieser Barbarei, sondern auch ihre Mitschuld und Verantwortung“, sagte Miriam Miranda, Koordinatorin von OFRANEH. Bei einer Protestaktion vor dem Gebäude der Staatsanwaltschaft in Tegucigalpa prangerte die Garífuna-Organisation am 18. Januar „die Verachtung, den Rassismus und den völkermörderischen Plan der derzeitigen Narco-Regierung gegen das Volk der Garífuna“ an. Mindestens 40 Mitglieder der Garífuna-Gemeinden wurden in den vergangenen zwei Jahren ermordet. Eine weitere große Zahl musste ihre Gemeinschaften aufgrund von Bedrohungen, Kriminalisierung und Verfolgung verlassen. Hunderte von Garífuna schlossen sich auch den Karawanen an, die immer wieder in Richtung USA aufbrechen, auf der Flucht vor Elend, Gewalt, der Klimakrise und fehlenden Zukunftsperspektiven.

„Der Staat betreibt in Absprache mit dem großen nationalen und transnationalen Kapital eine Politik, die dazu führt, dass indigene Völker ausgerottet, ihre Territorien übernommen und die Gemeingüter ge-

plündert werden. Das Verschwindenlassen unserer Brüder passt genau zu diesem Plan der systematischen Gewalt und der Entvölkerung der Territorien. Wir werden nicht lockerlassen, bis wir die Wahrheit kennen und die Verantwortlichen bestraft sehen", betonte Miriam Miranda. ⁽¹³⁾

Die Garífuna-Kommission SUNLA (Garífuna für „Es reicht!“) konstituierte sich im Februar auf Initiative der Familienangehörigen der Verschwundenen, der Gemeindebewohner*innen und von OFRANEH und forderte ihr legitimes, international anerkanntes Recht ein, an den staatlichen Aktionen zur Aufklärung des Verbrechens beteiligt zu werden. Für die Aufklärung aller Verbrechen gewaltsamen Verschwindenlassens in Honduras solle zudem eine Sonderstaatsanwaltschaft eingerichtet werden, so die zweite Forderung von SUNLA.

SUNLA blieb ausgeschlossen, die Sonderstaatsanwaltschaft wurde abgelehnt, die Angehörigen zurück an die lokale Staatsanwaltschaft verwiesen. Die Botschaft des Staates war unmissverständlich: „Ein minder schwerer, gewöhnlicher Fall – kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“

Im Mai warben wir für die Veranstaltung

Honduras: Institutioneller Rassismus und die Verweigerung von Partizipation ⁽¹⁴⁾

Im Juni gaben wir gemeinsam mit 200 Menschenrechts- und sozialen Organisationen weltweit die Pressemitteilung heraus. **Gewaltsames Verschwindenlassen in Honduras: Rechte der Opfer müssen gewahrt werden!** ⁽¹⁵⁾

Im September veranstalteten wir anlässlich einer Tagung des Runden Tisches Zentralamerika einen **Workshop mit Miriam Miranda und Don Pablo Centeno Pitio**, dem Vater von Albert Sneider Centeno. Hauptthema waren die Forderungen der Familienangehörigen und der Garífuna-Gemeinden nach Teilhabe, Wahrheit, Sicherheit und Gerechtigkeit. ⁽¹⁶⁾

Das Resümee für 2021 fällt frustrierend und schmerzhaft aus: Es war und blieb bis zuletzt ein Jahr des offiziellen Schweigens über das Schicksal der Verschleppten, ein Jahr des Leidens und der Ungewissheit für die Angehörigen und die Garífuna-Gemeinden, denen die Botschaft des Verschwindenlassens galt.

Währenddessen übte sich der Staat in willkürlichen Festnahmen und der juristischen Verfolgung von Garífuna-Aktivist*innen. Gegen 29 weitere Personen, die die Landrechte der afroindigenen Gemeinschaft verteidigen, liegen Haftbefehle vor, mehrere davon gegen OFRANEH-Koordinatorin Miriam Miranda. Über der Organisation

schwebte stets das Damoklesschwert, sie jederzeit auf „legalem“ Weg ausschalten und mundtot machen zu können. Wir beteiligten uns im März an der Eilaktion „Freiheit für Marianela und Jennifer!“

Jennifer Sarina Mejía Solorzano und Marianela Mejía Solorzano, beide Aktivist*innen von OFRANEH, waren von der Ermittlungspolizei DPI aufgrund von Anschuldigungen im Zusammenhang mit Landkonflikten in der Bucht von Trujillo (Departement Colón) festgenommen und von einem Haftrichter in U-Haft genommen worden. Glücklicherweise kamen sie nach intensiven Protesten wieder frei. Neben ihrer Tätigkeit als Verteidiger*innen von Landrechten der Garífuna war Jennifer Vor-Kandidatin der Partei LIBRE für die Kongresswahlen 2021, Marianela ist auch Menschenrechtsverteidigerin der LGBTIQ*-Community. ⁽¹⁷⁾



„Freiheit für Jennifer und Marianela Solorzano. Sie sind keine Verbrecherinnen, sondern sie verteidigen Garífuna-Territorien.“

Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen

Der Runde Tisch Zentralamerika präsentierte ebenfalls im März die Publikation *Aus Recht wird Unrecht! Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen in Zentralamerika*, an der wir 2020 intensiv mitgewirkt hatten, bei einer Online-Diskussion mit mehreren Fallbeispielen. Wir beteiligten uns mit der

Einladung des honduranischen Aktivisten und ehemaligen politischen Gefangenen Edwin Espinal und freuten uns sehr über seine Zusage trotz immer noch vorhandener gesundheitlicher Probleme. Edwin war im Januar 2018 nach Protesten gegen den Wahlbetrug gemeinsam mit Raul Álvarez für 20 Monate in einem Hochsicherheitsgefängnis festgehalten worden und erst nach einem Hungerstreik und massivem internationalen Druck freigekommen. Wir waren Teil der internationalen Kampagne für seine Freilassung. Ein Livemitschnitt der Veranstaltung findet sich auf unserer Website. ⁽¹⁸⁾



Freispruch: Die ehemaligen politischen Gefangenen Raúl Álvarez (links) und Edwin Espinal wurden 2021 von allen Anklagepunkten entlastet. Sie waren wegen konstruierter Delikte im Hochsicherheitsgefängnis. Entschädigung haben sie bis heute nicht erhalten.

Umweltschützer aus Guapinol und Sector San Pedro weiter in Haft

Im September 2021 fand in München die Internationale Automobil-Ausstellung (IAA) statt. Ein guter Grund für Proteste (nicht nur) der Klimaschutzbewegung. Wir beteiligten uns an der Begleitpublikation „IAA 2021 – Rassismus, Kolonialismus, Sexismus und Faschismus am Beispiel der Automobilindustrie verstehen!“ mit dem Beitrag Mobilität der anderen Art: Stahl für den globalen Norden – Knast für den globalen Süden. Umweltschützer*innen in Honduras kämpfen für sauberes Trinkwasser und ernten Repression und Kriminalisierung.⁽¹⁹⁾

Acht Umweltaktivisten aus dem Aguán-Tal, die sich mit ihren Gemeinden gegen zwei Eisenerztagebaue in einem Wasserschutzgebiet im Nationalpark Carlos Escaleras zur Wehr setzen, waren das zweite Jahr in Untersuchungshaft. Die UN-Arbeitsgruppe gegen willkürliche In-



Freiheit für Guapinol: Honduranische Gerichte ließen acht Umweltschützer rechtswidrig das in U-Haft.

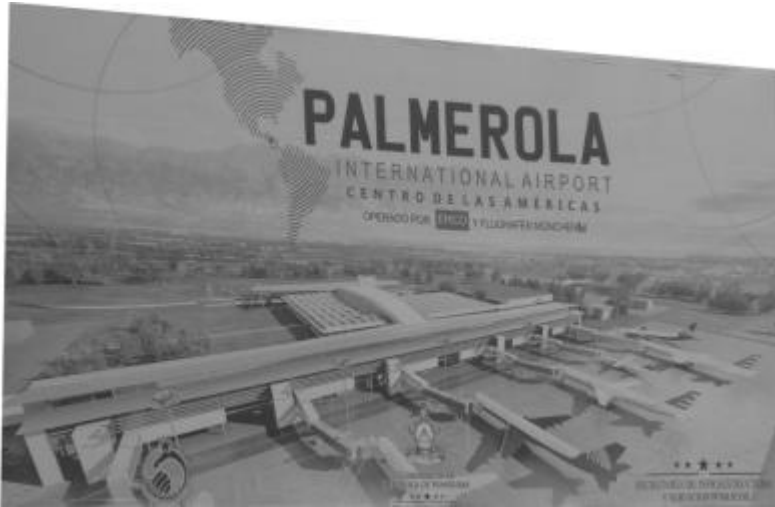
haftierungen veröffentlichte am 8. Februar eine Stellungnahme, in der sie die Haft als willkürlich einstufte. Sie fordert die sofortige Freilassung der acht, Wiedergutmachung und „eine gründliche und unabhängige Untersuchung“ der Verantwortlichen für diesen Willkürakt und für die Verletzung rechtsstaatlicher Normen durch die honduranische Justiz. Aufgrund der Schwere des Falls sollten zudem die UN-Sonderberichterstatter*innen über die Unabhängigkeit von Richter*innen und Anwält*innen sowie über Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung eingeschaltet werden. ⁽²⁰⁾

Wir berichteten wie in den Vorjahren mehrfach über den Fall, informierten in Koordination mit dem Brüsseler Advocacy-Netzwerk immer wieder auch Abgeordnete des EU-Parlamentes und Mitglieder des Deutschen Bundestags und baten sie um Aktionen zugunsten der Inhaftierten und für die Sicherheit ihrer verleumdeten und bedrohten Angehörigen und Mitsstreiter*innen. ⁽²¹⁾

Menschenrechtsverletzungen, Korruption, Narcostaat: Kooperation um jeden Preis?

Anfang Dezember 2021 begann die Gerichtsverhandlung gegen die acht Umweltschützer. Nebenkläger und treibende Kraft war das Bergbauunternehmen Inversiones Los Pinares, das zur EMCO Unternehmensgruppe gehört. Die Eigentümer von EMCO, Lenir Pérez und Ana Facussé, sind mit ihrem Unternehmen EMCO/PIA Partner*innen des Münchner Flughafens beim Bau und Betrieb des umstrittenen neuen honduranischen Flughafens Palmerola International Airport. Seit 2021 arbeitet der Münchner Flughafen auch mit dem EMCO-Tochterunternehmen Adimex bei der Erweiterung des Frachtflughafens im benachbarten El Salvador zusammen. Dort sorgten im August Nachrichten für Aufsehen, Perez habe zuvor den Wahlkampf des autokratischen Präsidenten Nayib Bukele 2019 mit einer Million US-Dollar gesponsert. Eine Bestätigung aus einer zweiten unabhängigen Quelle für diese Annahme steht noch aus. Wie auch bei Palmerola International Airport gab es bei der Ausschreibung des Frachtflughafens in San Salvador (ein PublicPrivate Partnership) keine Mitbewerber. ⁽²²⁾

Im Juni 2021 traf sich Honduras' Präsident Juan Orlando Hernández in München mit der Leitung des staatlichen Münchner Flughafens. Ob auch, wie von seiner Pressestelle angekündigt, weitere Unternehmer*innen und Investor*innen zugegen waren, blieb offen. Wir veröffentlichten eine Pressemitteilung: „Angesichts der miserablen Bilanz von Honduras was Menschenrechte und Korruption angeht sowie der nach-



Palmerola International Airport ging zum Jahresende in Betrieb. Das Partnerunternehmen Flughafen München erwies sich als wichtiger Türöffner für die expandierenden Geschäfte des honduranischen Geschäftsmanns Lenir Pérez.

weislichen Unterwanderung staatlicher honduranischer Institutionen durch das organisierte Verbrechen fragen wir uns, was in aller Welt hiesige Unternehmen dazu bewegt, sich mit Präsident Hernández an einen Tisch zu setzen. Dies umso mehr, als Hernández selbst in gut begründetem Verdacht steht, mit Drogenkartellen gemeinsame Sache gemacht zu haben.“^(22a) (Mehr dazu und die links zu weiteren Artikel, die wir 2021 verfassten im Länderbericht Honduras 2021)

Im November 2021 veröffentlichten wir unter dem Titel Honduras: Bruchlandung für die Menschenrechte ein kleines Dossier über die Zusammenarbeit des Münchner Flughafens mit Lenir Pérez.⁽²³⁾

Begleitung der LGBTIQ*-Community

Interamerikanischer Gerichtshof verurteilt Honduras wegen Mordes an Trans*frau

Ende Juni fällte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) ein historisches Urteil zum Mord an Vicky Hernández, einer 26-jährigen Trans*-Aktivistin des Colectivo Unidad Color Rosa, die zur Zeit des Putsches am 28. Juni 2009 von Mitgliedern der Sicher-

heitskräfte getötet wurde. Der Gerichtshof ordnete an:

- die Verantwortlichen für die Ermordung der Menschenrechtsverteidigerin zu ermitteln, zu verfolgen und zu bestrafen;
- ein jährliches Stipendium zu schaffen, das Vickys Namen trägt und der höheren Schulbildung von Trans*-Frauen zugutekommt;
- für die Verabschiedung eines Gesetzes zur Anerkennung der Geschlechtsidentität in Personaldokumenten und Melderegister in Honduras zu sorgen;
- Verfahrensschritte für die Ermittlungen und die Anwendung des Rechtes während Strafverfahrens für Fälle von LGBTIQ*-Gewaltopfern festzulegen;
- Ein System zur Erfassung von Daten und Zahlen zu Fällen von Gewalt gegen LGBTIQ*-Personen einzurichten.

Nun ist es an der Regierung der 2021 gewählten Präsidentin Xiomara Castro diese Punkte umzusetzen. Wir werden die Stimmen der honduranischen LGBTIQ*-Organisationen, die das einfordern, auch nach Deutschland tragen, wo es in Bezug auf die Menschenrechte z.B. geflüchteter Trans*Personen enorme Defizite gibt. (Siehe das Kapitel „Flucht und Asyl“) in diesem Jahresbericht).

Verurteilung wegen Angriff auf Trans*Aktivist*innen in München

Am 7. Juli 2021 ging vor dem Münchner Amtsgericht das Verfahren wegen eines trans*feindlichen und rassistischen Angriffs gegen mehrere internationale Menschenrechtsaktivist*innen zu Ende. Die Transgender-Aktivist*innen (alle Gäste des Ökubüros) waren am Abend des 22. November 2019 im Münchner Stadtteil Haidhausen beleidigt, massiv bedroht und zum Teil tätlich angegriffen worden. Der angeklagte Haupttäter, ein Gastwirt, akzeptierte nach einer längeren



„Stolz. Menschlich. Queer.“ und solidarisch miteinander: Die bayerische Landtagsabgeordnete Tessa Ganserer und José Zambrano, Urgestein der honduranischen LGBTIQ+-Bewegung, beim CSD in München.

Beratung – wohl auf dringendes Anraten des Gerichtes – den Strafbefehl über eine Geldstrafe zu 120 Tagessätzen wegen sexueller Belästigung, Körperverletzung und Beleidigung. Er hat damit die Taten eingeräumt. Die Geschädigten, die als Zeuginnen geladen waren, mussten somit nicht nochmals über die traumatischen Ereignisse aussagen.
(24)

Wir bedanken uns bei der Beratungsstelle für Betroffene von rechter und gruppenbezogen menschenfeindlicher Gewalt und Diskriminierung BEFORE in München, bei ehrenamtlichen Aktiven und Sympathisant*innen des Ökubüros und beim queerfeministischen Netzwerk München für ihre Begleitung im Vorfeld und zur Verhandlung.

Wir hatten erwartet, dass dem Gastwirt nach der Verurteilung auch seine Konzession entzogen würde und stellten eine Anfrage an den Bezirksausschuss darüber. Bisher können wir nur konstatieren, dass der Betrieb des Lokals augenscheinlich weiterläuft.

Besuch von honduranischen Menschenrechtsverteidiger*innen

Als uns im Sommer die vorübergehend abflauende COVID-Pandemie endlich eine kleine Atempause vom endlosen Homeoffice, ewigen Online-Meetings und -Veranstaltungen bescherte, hatten wir zwei Stipendiat*innen der Elisabeth-Selbert-Initiative (ESI) zu Gast in München (siehe auch den Bericht im Kolumbien-Teil dieses Jahresberichtes): Hedme Castro, Direktorin der honduranischen Menschenrechtsorganisation ACI Participa, die ein Jahr beim Nürnberger Menschenrechtszentrum verbrachte und José Zambrano von der Organisation APUVIMEH, eine der „historischen“ Führungsfiguren der LGBTIQ*-Bewegung in Honduras, ESI-Stipendiat beim Lesben- und Schwulenverband LSVD in Köln. Mit José besuchten wir in München die AIDS-Hilfe, das Sub und die städtische Koordinierungsstelle LGBTIQ* zu jeweils ausführlichen Gesprächen. Außerdem trafen wir am Rande der CSD-Pride-Aktivitäten die damalige Landtags- und heutige Bundestagsabgeordnete Tessa Ganserer zu einem kurzen Austausch.

Sonstiges

Zum 22. Zentralerikatag der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern unter dem Motto Zentralamerika – wie weiter? Corona-Krise, Hurrikans und Wahljahr steuerten wir einen Workshop zu Honduras

bei Joaquín Mejía, Menschenrechtsanwalt und Analyst des jesuitischen Thinktanks ERIC-SJ, referierte. ⁽²⁵⁾

- (1) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/padre-melo-pr%C3%A4sident-hern%C3%A1ndez-wusste-vom-mordplan-gegen-berta-c%C3%A1ceres.html>
- (2) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/prozess-gegen-mutma%C3%9Flichen-auftraggeber-des-mordes-an-berta-c%C3%A1ceres-beginnt.html>
<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/mord-an-berta-cáceres-mutmaßlicher-auftraggeber-in-honduras-vor-gericht.html>
- (3) <https://www.oeku-buero.de/mordprozess-berta-c%C3%A1ceres.html>
- (4) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/dieses-komplott-muss-aufgekl%C3%A4rt-werden.html>
- (5) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/in-honduras-beginnt-der-betrugsprozess-zum-wasserkraftwerk-agua-zarca.html>
- (6) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/mord-an-berta-caceres-in-honduras-dahinter-koennen-alle-moeglichen-machenschaften-stecken.html>
- (7) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/offener-brief-zum-besuch-des-deutschen-botschafters-bei-zede-prospera-am-28-7-2021.html>
- (8) <https://www.oeku-buero.de/tejiendo-solidaridad/articulos/libertaere-dystopien-gegen-das-leben.html>
- (9) <https://www.hinterland-magazin.de/wp-content/uploads/2021/12/hinterland-magazin-HL50-55.pdf>
- (10) <https://www.oeku-buero.de/charter-cities-zede/articulos/ideologien-und-netzwerke-der-privatstadt-lobby.html>
- (11) <https://www.youtube.com/watch?v=pmRZxYIoI2g>
 Reproduktion auch unter: <https://amerika21.de/video/256764/expulsados-vertrieben>
- (12) <https://www.oeku-buero.de/charter-cities-zede/articulos/zede-in-honduras-wenn-der-baum-verrottet-ist-sind-auch-die-fruechte-verdorben.html> Radiobeitrag mit O-Tönen aus der Veranstaltung: <https://www.fdcl.org/publication/2022-01-10-privatstaedte-in-honduras-und-die-neue-regierung/>
- (13) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-wider-das-vergessen-lebend-wollen-wir-sie-zur%C3%BCck.html>
- (14) <https://www.oeku-buero.de/details/institutioneller-rassismus-und-die-verweigerung-von-partizipation.html>
- (15) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/gewaltsames-verschwindenlassen-in-honduras-rechte-der-opfer-muessen-gewahrt-werden.html>
- (16) <https://www.oeku-buero.de/details/desaparicion-forzada-como-pueden-alcanzar-justicia-las-familias-y-comunidades-afectadas-el-ejemplo-del-comite-garifuna-sunla-en-honduras.html>
- (17) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/urgent-action-freiheit-f%C3%BCr-marianela-und-jennifer.html>
- (18) <https://www.oeku-buero.de/menschenrechte.html>

- (19) https://bayern.rosalux.de/fileadmin/ls_bayern/dokumente/202109_sr-42-block-iaa-diskussion.pdf
- (20) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/un-arbeitsgruppe-prangert-willk%C3%BCr-der-justiz-in-honduras-an.html>
- (21) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/politischer-gefangener-in-honduras-frei-wasserschuetzer-von-guapinol-weiter-in-haft.html>
<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/politische-justiz-in-honduras-gericht-entscheidet-gegen-umweltaktivisten.html>
<https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/umweltaktivisten-in-honduras-weiter-in-haft.html>
- (22) <https://www.elsalvador.com/noticias/nacional/asamblea-avala-asocio-publico-privado-empresa-dono-1-millon-gana/869853/2021/>
- (22a) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/menschenrechtsverletzungen-korruption-narcostaat-kooperation-um-jeden-preis.html>
- (23) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-506/honduras-bruchlandung-fuer-die-menschenrechte.html>
- (24) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-512/verurteilung-wegen-angriff-auf-trans-aktivist-innen.html>
- (25) Der Workshop ist auf Spanisch hier abrufbar: https://youtu.be/J_gjm-BA3pk
 Auf Deutsch: <https://youtu.be/RGsdMK2z2Us> Die deutsche Übersetzung der Präsentation findet sich hier: https://mission-einewelt.de/wp-content/uploads/2021/04/Menschenrechte_Honduras.pdf



Länderbericht

Im letzten Jahr haben sich die problematischen politischen Entwicklung in El Salvador, die wir seit 2019 beobachten und beschreiben, fortgesetzt. Diese hängen einerseits mit dem zunehmenden Aufstieg Nayib Bukeles und der damit verbundenen Machtkonzentration und dem Abbau demokratischer Institutionen zusammen sowie andererseits mit dem Vertrauensverlust der Bevölkerung gegenüber den traditionell stärksten politischen Kräften, wie der linken Partei FMLN sowie der rechten ARENA-Partei.



Präsident Bukele geht gestärkt aus den Parlamentswahlen hervor

Nachdem Nayib Bukele im vergangenen Jahr die Präsidentschaftswahlen gewonnen hatte, gelang es ihm nun auch noch bei den Parlamentswahlen am 28. Februar, sich mit seiner Partei *Nuevas Ideas* eine qualifizierte Mehrheit im Parlament zu sichern. Die dadurch erlangte Machtfülle ermöglicht es ihm, fast alle Vorhaben ohne institutionelle Widerstände durchsetzen zu können. Die traditionell stärksten Kräfte wie die linke FMLN (*Frente Farabundo Martí para la Liberación Nacional*) sowie die rechtsgerichtete ARENA Partei wurden von den Wähler*innen abgestraft.⁽¹⁾

Der Wahlkampf selbst war von Spannungen der verschiedenen Lager untereinander gekennzeichnet. Den traurigen Höhepunkt bildete

dabei ein Angriff auf eine Wahlkampfveranstaltung der FMLN, bei dem zwei Menschen starben und fünf weitere verletzt wurden. Nach der Tat verhaftete die Polizei drei mutmaßlich Beteiligte. Nach vorläufigen Informationen war einer der Festgenommenen ein Mitglied der Nationalpolizei, aus der Abteilung für den Schutz wichtiger Personen (PPI).

Der Präsident versuchte, den Vorfall als Gefecht zweier bewaffneter Gruppen darzustellen. Via Twitter behauptete er, ein weiterer Angreifer hätte notoperiert werden müssen, nachdem dieser mehrere Schusswunden im Bauchbereich erlitten habe.

Die Abgeordnete Cristina Cornejo bestritt jedoch, dass die Opfer der Attacke Waffen getragen hätten. Auch Generalstaatsanwalt Raúl Melara widersprach der Version des Präsidenten. Bei einer Pressekonferenz erklärte er, es gebe keinerlei Anzeichen dafür, dass es sich bei dem Vorfall um einen Zusammenstoß zweier bewaffneter Gruppen gehandelt hätte.⁽²⁾

Suspendierung einer kritischen Mitarbeiterin des Instituts für den Zugang zu öffentlichen Informationen

Wie befürchtet begann Nayib Bukele nach den Wahlen, mögliche Widerstände gegen seine Politik aus dem Weg zu räumen. Zu nennen wäre dabei einerseits die Entlassung der kritischen Transparenz-Kommissarin Claudia Liduvina Escobar. Dieser wurde vorgeworfen, „Handlungen unternommen zu haben, die das ordnungsgemäße Funktionieren“ der Institution untergraben würden. Als eigentlicher Grund für die Suspendierung werden jedoch politische Motive vermutet. So hat die Kommissarin kurz vor ihrer Entlassung eine Verfassungsklage gegen eine Reform eingereicht, die die Macht innerhalb des Instituts für den Zugang zu öffentlichen Informationen (IAIP - *Instituto de Acceso a la Información Pública*) weiter zentralisieren sollte.

Das IAIP wurde unter der Regierung Mauricio Funes (FMLN) gegründet und nahm im Jahre 2013 seine Arbeit auf. Ziel war es, die Arbeit des Staates und dessen Funktionär*innen für die Öffentlichkeit transparenter zu gestalten.

Bereits einige Tage vor ihrer Entlassung beklagte Escobar innerhalb der Institution eine Kampagne gegen ihre Person durch Mitarbeiter*innen des IAIP, die der Partei des Präsidenten nahestehen. Diese hatten in der Vergangenheit die Offenlegung des Einkommens und des Vermögens des Präsidenten Nayib Bukeles verhindert. Ein Vorgehen, mit dem Claudia Escobar nicht einverstanden war. Insofern sieht Escobar ihre Entlassung nicht als Folge eines möglichen Fehlverhaltens, sondern in

ihrer Haltung begründet, dem Gesetz zum Zugang zu öffentlichen Informationen Geltung zu verschaffen.⁽³⁾ Nach ihrer Suspendierung erhielt Claudia Liduvina Escobar weitere Drohungen und sah sich gezwungen, ihre Familie zu verlassen und in die USA zu flüchten.

Suspendierung der Obersten Richter*innen

In der Vergangenheit gab es für Menschen wie Claudia Escobar die Möglichkeit, sich gegen solche Ungerechtigkeiten beim Obersten Gerichtshof juristisch zur Wehr zu setzen. Allerdings zögerte Nayib Bukele mit seiner *Partei Nuevas Ideas* (NI) nicht lange, die neuen Mehrheitsverhältnisse im Parlament dafür zu nutzen, auch diese staatlichen Institutionen unter seine Kontrolle zu bringen. In diesem Zusammenhang wurde Anfang Mai die erste Sitzung des neu zusammengesetzten Parlaments dazu genutzt, sämtliche Richter*innen des Obersten Gerichtshofs sowie den Oberstaatsanwalt aus ihren Ämtern zu entfernen.⁽⁴⁾

Sicherlich ist es so, dass diese Institutionen in der Vergangenheit nicht wirklich als unabhängig zu betrachten waren und immer wieder im Verdacht standen, politisierte Entscheidungen im Interesse bestimmter Gruppen der ökonomischen Elite zu fällen. Dennoch waren sie Bukele ein Dorn im Auge, unter anderem deshalb, weil die Verfassungskammer im vergangenen Jahr mindestens 15 Verordnungen des Präsidenten, die er im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie erlassen hatte, blockiert hatte.⁽⁵⁾

Dass es Bukele bei diesem Manöver nicht lediglich darum ging, mögliche Blockaden aus dem Weg zu räumen, zeigt eine Entscheidung der neu eingesetzten Verfassungsrichter im September. So war bisher die erneute Kandidatur und Wiederwahl eines Präsidenten durch die Verfassung ausgeschlossen. Die von Bukele neu eingesetzten Richter*innen interpretierten die Verfassung dahingehend um, dass eine erneute Kandidatur des Präsidenten nun doch möglich wäre, sollte dieser mindestens sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen von seinem Amt zurückgetreten sein.⁽⁶⁾ Die Suspendierung der Transparenz-Kommissarin Claudia Liduvina Escobar sowie der Obersten Richter*innen thematisierten



Vom Dienst suspendiert: Claudia Escobar

wir im Juni im Rahmen der Veranstaltung „Que pasa en el Salvador? Demokratische Institutionen unter Druck“. Auf unserer Webseite stehen die Vorträge zum Nachhören bereit.⁽⁷⁾

Politische Gefangene

Leider machte Bukele bei seinem Griff nach uneingeschränkter Macht auch nicht bei seinen politischen Widersacher*innen halt. So wurden im Juli fünf ehemalige Regierungsmitglieder der linken FMLN unter dem Vorwurf der Korruption verhaftet worden. Fünf weitere Personen, darunter der ehemalige Präsident Sanchez Cerén, konnten sich der Verhaftung durch die Flucht ins Ausland entziehen. Sanchez Cerén lebt mittlerweile wie sein Vorgänger Mauricio Funes in Nicaragua und hat dort die Staatsbürgerschaft erhalten. Hintergrund der Korruptionsvorwürfe gegen die Funktionäre ist der Bezug überhöhter Gehälter. Dies sei laut Ansicht von Expert*innen moralisch anstößig, nach salvadoranischem Recht jedoch keine Straftat.⁽⁸⁾

Abprachen mit den kriminellen Jugendbanden

Durch die Verfolgung der Oppositionspolitiker*innen versucht Bukele sein Image als entschlossener Saubermann, der mit dem Politikfilz der Vergangenheit aufräumt, zu festigen. Dabei steht der Präsident selbst wegen zahlreicher zweifelhafter Vorgänge im Fadenkreuz von Ermittlungen. Demnach besteht der begründete Verdacht, dass Bukele und seine Delegation die vergleichsweise niedrigen Mordzahlen der vergangenen Monate durch Verhandlungen und Zugeständnisse an die Pandillas (kriminelle Jugendbanden) erkaufte hätte.⁽⁹⁾ Angesichts der Kontrolle des Präsidenten über das Justizsystem ist allerdings nicht zu erwarten, dass diese Vorwürfe zu weiteren nennenswerten Ermittlungen führen, geschweige denn juristische Konsequenzen nach sich ziehen werden.

Weniger Morde, aber mehr Verschwundene

Unbeschadet dessen bleibt das Thema der Gewalt in El Salvador weiterhin präsent. Denn während die Mordzahlen scheinbar zurückgegangen sind, fallen immer mehr Personen dem Verschwindenlassen zum Opfer. Neue Untersuchungen zeigen, dass im Jahr 2020 rund 1.500 Personen verschwanden und die Fälle von Verschwundenen damit die Anzahl von Ermordeten übersteigt. Auch für Januar bis März 2021 meldete das Ministerium für Justiz und öffentliche Sicherheit bereits mehr als 300 Fälle von vermissten Personen. 40 Prozent davon wurden lebend, vier Prozent tot aufgefunden. In den restlichen Fällen geht die



Ermittlungen zufolge soll auch Nayib Bukele Absprachen mit den Pandials getroffen haben

Suche weiter.⁽¹⁰⁾ Zum Teil kommt bei diesen Zahlen der Verdacht auf, dass der statistische Rückgang der Mordzahlen sich bei den Zahlen der Verschwundenen niederschlägt, sodass die tatsächlichen Tötungsdelikte also gar nicht zurückgegangen sind.

Zunehmende Bedeutung des Militärs

Diese besorgniserregenden Entwicklungen haben leider auch mehr und mehr problematische Auswirkungen für die sozialen Bewegungen. Bereits im letzten Jahr thematisierten wir die zunehmende Militarisierung des Landes. Mit der Ankündigung Bukeles im Juli, die Truppenstärke der Armee von 20.000 auf 40.000 Soldaten verdoppeln zu wollen, ist nun zu erwarten, dass sich der Trend einer weiteren Bedeutungszunahme der Armee fortsetzen wird.⁽¹¹⁾

Neues Wassergesetz übergeht die Forderungen der sozialen Bewegungen

Auch das Thema Wasser war immer wieder Thema unserer Informationsarbeit. Jahrelang organisierten sich und kämpften die sozialen Bewegungen für ein Allgemeines Wassergesetz. Ziel war es, das Menschenrecht für den Zugang zu Trinkwasser für alle zu gewährleisten.⁽¹²⁾

Leider legte nun die Administration von Nayib Bukele einen Gesetzentwurf vor, der diese zentrale Forderung der sozialen Bewegungen nicht berücksichtigt. Stattdessen werden private Akteure gegenüber den zahlreichen kommunitären Systemen der Wasserversorgung bevorzugt.

Auch wenn der Gesetzentwurf formell keine Privatisierung des Trinkwassers vorsieht, ermöglichen Konzessionen mit einer Laufzeit von bis zu 15 Jahren die umfassende Ausbeute dieser natürlichen Ressource durch die Privatwirtschaft.⁽¹³⁾ Das Gesetz wurde kurz vor Weihnachten verabschiedet.⁽¹⁴⁾

Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel

Aufsehen erregte darüber hinaus die Tatsache, dass El Salvador, als erstes Land der Welt, im August den Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel neben dem Dollar eingeführt hat. Die Regierung erhofft sich durch diesen Schritt mehr Einnahmen durch das „Schürfen“ von Bitcoins zu erzielen. Kritiker befürchten jedoch den Missbrauch des Bitcoins für kriminelle Aktivitäten wie Geldwäsche, Drogen- und Menschenhandel. Des Weiteren stellen die unvorhersehbaren Kursschwankungen ein unkalkulierbares finanzielles Risiko dar. Ein weiterer problematischer Aspekt ist der hohe Energieverbrauch des Gesamtsystems Bitcoin, der vergleichbar dem Energieverbrauch eines Landes wie z.B. Argentinien ist. (Siehe dazu den Beitrag von Julia Evelyn Martinez in unserer digitalen Publikation⁽¹⁵⁾ *Tejiendo Solidaridad* sowie den spanischsprachigen Vortrag unserer Referentin auf YouTube.⁽¹⁶⁾)

Gesetz zur Kontrolle ausländischer Agenten

Immer mehr Länder erlassen Gesetze, um aus dem Ausland finanzierte politische Aktivitäten stärker zu kontrollieren. In diesem Sinne hat auch El Salvador ein Gesetz zur „Regulierung ausländischer Agenten“ vorgelegt. Problematisch an diesem Gesetzesentwurf ist allerdings, dass es nicht nur darum geht, mehr Transparenz hinsichtlich möglicherweise politisch motivierter Geldströme zu erlangen. Stattdessen ist der Plan, 40 Prozent der Gelder, die eine Organisation aus dem Ausland erhält, als Steuern an den Staat abzuführen. Dies würde die internationale Zusammenarbeit wohl zum Erliegen bringen und die Existenz zahlreicher wertvoller Initiativen infrage stellen. Starke internationale Proteste haben jedoch dafür gesorgt, dass dieses Gesetz vorläufig erst einmal wieder von der Tagesordnung verschwunden ist. Das Öku-Büro thematisierte diese Problematik im Rahmen der Veranstaltung mit Omar Flores, El Salvador: Was bringt das neue Wassergesetz.⁽¹⁷⁾

Proteste gegen die Regierung

Trotz oder gerade wegen dieser Probleme gelingt es den sozialen Bewegungen mehr und mehr, ihre Forderungen auf die Straße zu tragen.



Soziale Organisationen kritisieren die Einführung des Bitcoin

In diesem Zusammenhang gab es mehrere Proteste in San Salvador mit Tausenden von Teilnehmenden. Dabei richtete sich der Unmut der Demonstrierenden unter anderem gegen die Einführung des Bitcoin als Zahlungsmittel, gegen die drohende Wasserprivatisierung sowie allgemein gegen den zunehmenden Autoritarismus und den Abbau demokratischer Rechte.⁽¹⁸⁾

Dennoch wissen wir aus Gesprächen mit unseren Kontakten vor Ort, dass die sozialen Bewegungen und die Mobilisierungen auf der Straße noch keineswegs eine einheitliche Linie verfolgen und zum Teil von Widersprüchlichkeiten geprägt sind. Zum einen ist es so, dass es in El Salvador noch relativ viele Basisinitiativen und auch NGOs gibt, in denen Menschen aktiv sind, die sehr viel von den Erfahrungen, dem politischen Bewusstsein und dem Humanismus der historischen Linken in sich tragen.

Daneben gibt es jedoch auch Organisationen, die durch ausländische politische Stiftungen, wie der Open Society Foundation oder der National Endowment for Democracy finanziert werden. Wie die historisch gewachsenen Basisbewegungen stehen diese derzeit in Opposition zur Regierung und treten für Werte wie Demokratie und Menschenrechte ein. Kontakte des Öku-Büros sehen diese Entwicklung jedoch zwiespältig. Fraglich ist, ob es bei diesen Bewegungen darum geht, eine Demokratie zu entwickeln, die von der Basis der Menschen in El Salvador getragen wird, oder ob es eher darum geht, die Interessen einer kleinen Mittel- und Oberschicht sowie deren Finanziers aus den USA und Europa zu bedienen.

Rolle Europas und der USA

Ähnlich verhält es sich mit der Rolle der Regierungen von Europa und den USA. Diese sind zum Teil eine starke Stimme, wenn es darum geht, Korruption oder Rückschritte im Bereich der Demokratie und Menschenrechte anzuprangern. Spürbar war deren Einfluss gegen den Gesetzentwurf zur „Regulierung ausländischer Agenten“. Auch wurden zum ersten Mal Abgeordnete der Partei von Nayib Bukele, Nuevas Ideas, in die von der US-Kongressabgeordneten Norma Torres zusammengestellte Liste von Personen aufgenommen, die laut Ansicht der USA in Korruption beziehungsweise in den Drogenhandel verstrickt sind.⁽¹⁹⁾

In den sozialen Medien sorgte diese Meldung jedoch für eine gewisse Heiterkeit, weil auf dieser Liste keine Abgeordneten der rechtsgerichteten und quasi notorisch korrupten ARENA Partei vertreten sind. Dies nährt den Verdacht, dass es den USA weniger um Korruptionsbekämpfung geht als vielmehr um den Versuch, die Politik El Salvadors im Sinne eigener Interessen zu beeinflussen.

In diesem Beitrag fast unerwähnt blieb die Rolle der linken FMLN. Diese ist nach ihrem verheerenden Wahldebakel zwar im Parlament vertreten, aber als wahrnehmbare politische Stimme quasi nicht existent. Von den sozialen Bewegungen hat sie sich entfremdet und wird derzeit nicht als die Kraft wahrgenommen, die in der Lage sein könnte, die diversen Interessen der Basis zu vereinigen und zu artikulieren.

Ausblick

Das Jahr 2021 war in El Salvador durch die besorgniserregende Machtkonzentration und den Abbau der ohnehin fragilen demokratischen Strukturen des Landes geprägt. Dennoch sollte nicht vergessen werden, dass hinter dieser Situation die weiteren Probleme und Herausforderungen der Vergangenheit weiterbestehen. Diese sind unter anderem die soziale Ungleichheit sowie das Fortbestehen von Armut und extremer Armut. Auch wird weiterhin, wie sich am Falle des Massakers von El Mozote zeigt, von Kreisen der Politik und des Militärs versucht, die Aufarbeitung der Verbrechen des Bürgerkriegs zu verschleppen. Und immer noch sitzen Frauen wegen Mordes im Gefängnis, nur weil sie eine Fehlgeburt erlitten haben.

1) <https://amerika21.de/2021/03/248407/bukele-gestaerkt> <https://www.boell.de/de/2021/03/10/wahlen-el-salvador-2021-eine-wahlpolitische-revolution>

- (2) <https://amerika21.de/2021/02/247624/el-salvador-fmln-attentat-bukele>
- (3) <https://amerika21.de/2021/04/250067/-bukele-entlaesst-unbequeme-mitarbeiterin>
- (4) <https://amerika21.de/2021/05/250244/el-salvador-praesident-verfassungskonflik>
- (5) <https://www.telesurtv.net/news/elsalvador-asamblea-nombre-fiscal-general-20210502-0006.html>
- (6) <https://www.laprensagrafica.com/elsalvador/Sala-de-lo-Constitucional-avala-reeleccion-presidencial-20210903-0100.html>
- (7) <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articulos/que-pasa-en-el-salvador-demokratische-institutionen-unter-druck.html>
- (8) <https://amerika21.de/2021/12/256114/el-salvador-freilassung-gefangene>
- (9) https://elfaro.net/en/202108/el_salvador/25670/Criminal-Investigation-Found-the-Bukele-Administration-Hid-Evidence-of-Negotiations-with-Gangs.htm
- (10) <https://amerika21.de/2021/04/249557/el-salvador-verschwinden-person-anstieg>
- (11) <https://amerika21.de/2021/07/252732/el-salvador-verdopplung-truppen-staerke>
- (12) https://www.oeku-buero.de/files/docs/Factsheets/FactSheet09_WEB.pdf
- (13) <https://www.oeku-buero.de/tejiendo-solidaridad/articulos/in-el-salvador-gilt-das-recht-auf-wasser-aber-fuer-wen.html>
- (14) <https://amerika21.de/2022/01/256347/el-salvador-wasserprivatisierung>
- (15) <https://www.oeku-buero.de/tejiendo-solidaridad/articulos/licht-und-schatten-rund-um-den-bitcoin.html>
- (16) <https://www.youtube.com/watch?v=KkKJJKv4-vY>
- (17) <https://www.oeku-buero.de/details/el-salvador-was-bringt-das-neue-wassergesetz.html>
- (18) <https://amerika21.de/2021/12/255974/el-salvador-proteste-gegen-regierung>
- (19) <https://amerika21.de/2021/05/250821/korruption-liste-usa-zentralamerika>

Aktivitäten zu El Salvador

10.06.2021: ¿Que pasa en El Salvador? Demokratische Institutionen unter Druck, Onlineveranstaltung via Zoom, mit Omar Flores und Claudia Liduvina Escobar

Seit seinem Amtsantritt im Sommer 2019 setzte sich El Salvadors Präsident Nayib Bukele immer wieder über die demokratischen Institutionen des Landes hinweg. Motiviert durch eine komfortable Zweidrittelmehrheit im Parlament entließ er zunächst Claudia Liduvina Escobar, eine kritische Mitarbeiterin des Instituts für den Zugang zu öffentlichen



Informationen (Instituto de Acceso a la Información Pública - IAIP). Am 1. Mai dann entließ das Parlament in einem verfassungswidrigen Verfahren sämtliche Richter*innen des Obersten Gerichtshofs und den Oberstaatsanwalt (siehe Länderbericht Jahresbericht). Bei der Veranstaltung erklärte uns Omar Flores von der Menschenrechtsorganisation FESPAD die Hintergründe und Konsequenzen dieser Beschlüsse für die salvadorianische Zivilgesellschaft. Vertiefend dazu berichtete uns Claudia Liduvina Escobar, welchen Beitrag ihr

ehemaliges Institut für die Entwicklung der Demokratie in El Salvador geleistet hatte und wieso der Präsident so sehr daran interessiert ist, dessen Arbeit zu sabotieren.

Die Aufzeichnungen der Vorträge können auf unserer Website noch einmal angesehen werden. ⁽¹⁾

30.09.2021: Die Rückkehr des Autoritarismus - El Salvador auf dem Weg in eine neue Diktatur?, Ligsalz8, mit José Alberto Avelar und Morena Murillo

José Alberto Avelar war zu Zeiten des Bürgerkrieges in El Salvador Mitglied der Widerstandsbewegung Fuerzas Populares de Liberación (FPL). Nach Abschluss der Friedensverträge engagierte er sich in der linken Partei FMLN. Von 2012 bis April 2021 bekleidete er das Bürgermeisteramt des Landkreises Arcatao, den Präsident Bukele 2020 militarisieren ließ. Morena Murillo ist Direktorin der Gesundheits-NGO Aprosal und Koordinatorin des „Foro Nacional de Salud“. Auf der Veranstaltung berichteten uns die Referent*innen über den zunehmenden Autoritarismus der Regierung El Salvadors und die damit einhergehende Einschränkung zivilgesellschaftlicher und demokratischer Spielräume.

25.10.2021 Bitcoin in El Salvador: Chancen und Risiken der Kryptowährung, Onlineveranstaltung, mit Julia Evelyn Martinez und Randolpho Garcia Sandoval

Seit 7. September 2021 ist der Bitcoin in El Salvador offizielles Zahlungsmittel neben dem US-Dollar. Auf der Veranstaltung erklärte uns die Ökonomin Julia Evelyn Martínez von der Zentralamerikanischen Universität (UCA) die wirtschaftlichen und technischen Grundlagen von Kryptowährungen. Danach ging sie auf die Chancen und Risiken des



Bitcoin als offizielles Zahlungsmittel in El Salvador ein (der spanischsprachige Vortrag von Julia Evelyn Martínez kann auf YouTube noch einmal angesehen werden ⁽²⁾). Ergänzt wurden ihre Ausführungen von dem Gairifunaaktivisten und Sozial-

wissenschaftler Randolfo Garcia Sandoval. Im August 2021 wurde nämlich im Nachbarland Honduras der erste Bitcoin-Automat aufgestellt und die hoch umstrittenen honduranischen Privatstädte (ZEDE) sind eng mit der Kryptowährungsszene verflochten.

25.11.2021: El Salvador: Was bringt das neue Wassergesetz? Onlineveranstaltung, mit Omar Flores (FESPAD)

Seit 2006 kämpfen soziale Bewegungen in El Salvador für die Verabschiedung eines allgemeinen Wassergesetzes. Wasser müsse als Menschenrecht anerkannt und garantiert werden. Im Juni jedoch legte die Regierung mit dem „Allgemeinen Wasserressourcengesetz“ einen Entwurf vor, demzufolge Wasser zwar nicht privatisiert werden sollte, allerdings könnten sich Unternehmen via Konzessionen 15 Jahre Zugriff auf das lebensnotwendige Gut sichern. Omar Flores von der Menschenrechtsorganisation FESPAD berichtetet uns auf der Veranstaltung darüber, welche Folgen die Menschen in El Salvador durch das neue Wassergesetz zu erwarten haben. Angesichts der Aktualität der Ereignisse ging unser Referent ebenfalls auf die Inhalte des geplanten Gesetzes zur Registrierung und Kontrolle von aus dem Ausland finanzierten Organisationen ein.

Beiträge des Öku-Büros zu El Salvador beim Nachrichtenportal amerika21.de

- 6.2., Zwei Tote bei Angriff auf Wahlkampfveranstaltung der linken FMLN in El Salvador⁽³⁾



Wasser verkauft man nicht!

- 14.2., Militarisierung widerständiger Gemeinden in El Salvador⁽⁴⁾
 - 16.4., Journalist und Umweltaktivist in El Salvador festgenommen⁽⁵⁾
 - 29.4., Umstrittene Entscheidung in El Salvador: Präsident suspendiert Transparenz-Kommissarin⁽⁶⁾
 - 3.9., Zunehmender Gebrauch von Kryptowährungen in Lateinamerika⁽⁷⁾
 - 14.12. Erneut massive Proteste gegen die Regierung in El Salvador⁽⁸⁾
 - 23.12. El Salvador: Forderung nach Freilassung politischer Gefangener⁽⁹⁾
- (1) <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas/articles/que-pasa-en-el-salvador-demokratische-institutionen-unter-druck.html>
 - (2) <https://www.youtube.com/watch?v=KkKJJkV4-vY&t=1284s>
 - (3) <https://amerika21.de/2021/02/247624/el-salvador-fmIn-attentat-bukele>
 - (4) <https://amerika21.de/analyse/247502/militarisierung-gemeinden-el-salvador>
 - (5) <https://amerika21.de/2021/04/249693/elsalvador-journalist-festgenommen>
 - (6) <https://amerika21.de/2021/04/250067/bukele-entlaesst-unbequeme-mitarbeiterin>
 - (7) <https://amerika21.de/2021/09/253720/lateinamerika-gebrauch-kryptowachungen>
 - (8) <https://amerika21.de/2021/12/255974/el-salvador-proteste-gegen-regierung>
 - (9) <https://amerika21.de/2021/12/256114/el-salvador-freilassung-gefangene>

Länderbericht

Das Jahr 2021 stand in Nicaragua vollständig im Zeichen der Präsidentschaftswahlen im November. Entschieden war die Wahl aber schon im Sommer, als die Regierung innerhalb weniger Wochen die meisten prominenten Oppositionspolitiker*innen, einige Medienschaffende und zum Schluss auch die Vorsitzenden des Unternehmerverbandes verhaftete und die entscheidenden Oppositionsparteien von der Wahl ausschloss. Die Bedingungen der Wahl am 7. November 2021 mit dem haushohen Wahlsieg der FSLN und der Wiederwahl des Präsidentenpaares Daniel Ortega und Rosario Murillo stießen auf breite internationale Ablehnung. Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) sprach der Wahl die demokratische Legitimität ab, worauf die nicaraguanische Regierung ihren Austritt aus der OAS bekannt gab. Im Land selbst verschärfte sich die Repression ständig.

Sowohl die Regierung als auch die Opposition machten dort weiter, wo sie im Jahr davor geendet hatten. Die Regierung verfolgte zielstrebige gesetzgeberische Aktivitäten zur Vorbereitung des geplanten Wahlsieges und die Opposition mühte sich weiter die angestrebte „nationale Einheit“ zu erreichen.

Wahlvorbereitungen der Regierung Ortega – neue Gesetze

Das wichtigste Gesetz zur Vorbereitung des Wahlsieges, das Gesetz 1055, war schon im Dezember 2020 verabschiedet worden. Darin waren viele neue Gründe festgelegt worden, wegen derer Nicaraguaner*innen nicht gewählt werden können.⁽¹⁾ Damit war die Grundlage gelegt. Im Januar 2021 ging es dann an die Feinarbeit. Das Parlament reformierte mit den Stimmen der FSLN die Strafprozessordnung. In dieser war bisher festgelegt, dass die Zeitspanne zwischen der Verhaftung und der Anklageerhebung maximal 48 Stunden betragen darf. Diese Frist wurde auf 90 Tage verlängert.⁽²⁾ Das bedeutete im Klartext, dass die Justiz ab sofort jederzeit Verdächtige für drei Monate „legal“ aus dem Verkehr ziehen konnte. Im April 2021 brachte die FSLN dann noch eine Reform des Wahlgesetzes auf den Weg. Wer sich bei der Ankündigung dieses Vorhabens hoffnungsvoll an eine Resolution der OAS vom Oktober 2020 erinnerte, in der die nicaraguanische Regierung aufgefordert worden war, bis zum Mai 2021 die Voraussetzungen für die Abhaltung „freier und gerechter Wahlen“ zu schaffen, der lag komplett falsch. Bei der Reform ging es nicht um die Installation einer unabhängigen Wahlbeobachtung, sondern darum, die neuen repressiven Gesetze, wie das

Gesetz 1055, auch im Wahlgesetz zu verankern.⁽³⁾ Daneben hat die Reform aber auch eine wichtige und sehr progressive Komponente. Es schreibt bei der Aufstellung der Kandidat*innen auf allen Ebenen die zahlenmäßige Gleichstellung der Geschlechter vor.

Die Opposition sucht die Einheit und findet viele potentielle Präsidentschaftskandidatinnen

Während die Regierung sich offensichtlich sehr konzentriert auf die Wahlen vorbereitete, zeigte die Opposition ein Bild der Unentschlossenheit und Uneinigkeit. Zwar begann im Januar 2021 eine Gruppe der Opposition zu untersuchen, wie man denn zu einer Allianz gegen Ortega gelangen könnte. Dieser neue Versuch verlief aber genau wie die vorhergehenden, es ging nichts voran. Die beteiligten politischen Parteien und Organisationen⁽⁴⁾ waren sich zwar in zwei Dingen einig, diese waren aber unvereinbar. Sie wollten Ortega und die FSLN bei den Wahlen zwar besiegen, aber von diesem Sieg wollte jede selbst so viel wie möglich profitieren. Die politischen Aussagen beschränkten sich darauf, dass das Land demokratische Wahlen brauche, was absolut richtig ist. Aber welche Politik das Land denn nach einem möglichen Wahlsieg der Opposition zu erwarten habe, das erfuhr das Land nicht. Stattdessen wurde die politische Arena der Opposition von der Suche nach einem Kandidaten oder einer Kandidatin für das Präsidentenamt beherrscht. Eine Parteienallianz gegen die FSLN war nicht in Sicht. Dafür gab es aber elf Namen von Bewerber*innen für die Präsidentschaftskandidatur – für die sich die Bezeichnung Präkandidat*innen fand und deren Wahlchancen in den Medien eifrig diskutiert wurden.

Bezeichnend für die politische Kultur in der nicaraguanischen Opposition ist, dass die Kandidatin, der man am ehesten einen Erfolg gegen Daniel Ortega zutraute, nirgends politisch angebunden war und damit auch keinerlei politische Erfahrung hatte: Cristiana Chamorro. Als Mitherausgeberin von *La Prensa*, der bedeutendsten Zeitung Nicaraguas, bestand ihre wichtigste Qualifikation für die Präsidentschaftskandidatur in ihrer Herkunft. Sie ist die Tochter von Violeta Chamorro, die bei den Präsidentschaftswahlen 1990 Daniel Ortega besiegt hatte. Und so erhoffte sich die Opposition, dass die Tochter es ihrer Mutter nachmachen würde.

Als ihre Hauptkonkurrenten galten die beiden Politiker Félix Maradiaga und Juan Sebastián Chamorro. Die Laufbahnen beider Politiker ähneln sich sehr. Beide begannen ihre politische Karriere in der letzten rechten Regierung unter Enrique Bolaños vor 2007. Félix Maradiaga

war damals *Secretario General* im Verteidigungsministerium, während Juan Sebastián Chamorro verschiedene Ämter innehatte und es bis zum Vizefinanzminister brachte. Auch in den letzten Jahren hatten sie recht ähnliche Posten. Maradiaga wurde 2017 Direktor des *Instituto de Estudios Estratégicos y Políticas Públicas* (IEEPP) und Chamorro leitete die *Fundación Nicaragüense para el Desarrollo Económico y Social* (FUNIDES). Größere politische Prominenz gewannen beide erstmals während der politischen Proteste im Jahr 2018. Juan Sebastián Chamorro war Mitglied der Verhandlungskommission im Nationalen Dialog.

Diese politische Situation – eine uneinige Opposition mit wenig überzeugenden Kandidat*innen – spiegelt sich deutlich in einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts CID Gallup aus dem Februar 2021 wider.⁽⁵⁾ Einzelne Gruppen der Opposition kommen in der Umfrage maximal auf 4 Prozent, die FSLN dagegen auf 25 %. Vor allem aber zeigen 62 % der Befragten Sympathie für gar keine Partei.

Beginn des Wahlprozesses

Als der Oberste Wahlrat Anfang Mai den Terminplan für den Wahlprozess bis zum Wahltag am 7. November bekannt gab, war die Opposition völlig unvorbereitet. Auch hektische Verhandlungen zwischen den beiden Parteien PRD und CxL brachten keine Allianz zustande. Endgültig besiegelt wurde die Wahl für die Opposition dann in den nächsten Wochen, als der Oberste Wahlrat diese beiden Oppositionsparteien von der Wahl ausschloss und das Land von einer beispiellosen Verhaftungswelle überrollt wurde.

Wahlausschluss der Parteien PRD und CxL

Am 18. Mai 2021 gab der oberste Wahlrat CSE bekannt, dass er der PRD die Rechtspersönlichkeit entzogen habe.⁽⁶⁾ Der CSE gab damit einem Antrag statt, den eine Gruppe von elf evangelikalen Geistlichen gestellt hatte. Begründet hatten sie ihren Antrag mit der Behauptung, sie „fühlten sich verletzt durch die Handlungen der Parteiführung“ der PRD. Diese suche Allianzen mit „Personen, die sich allen christlichen Grundsätzen widersetzen“.

Am 6. August wurde dann auch noch die letzte verbliebene echte Oppositionspartei, die CxL, von der Wahl ausgeschlossen.⁽⁷⁾ Dabei konnte sich der CSE wieder auf Unterstützung aus dem rechten Lager verlassen. Die PLC⁽⁸⁾ hatte den Wahlausschluss der Konkurrenz CxL beim Obersten Wahlrat beantragt; zum einen, weil die Parteivorsitzende Kitty Monterrey die doppelte Staatsbürgerschaft (Nicaragua/USA) be-

sitzt, was gegen das Wahlgesetz verstoße, und zum anderen, weil die Partei CxL immer wieder das Gesetz 1055 missachte. Zur Staatsbürgerschaft der Parteivorsitzenden steht in dem von der PLC angeführten Artikel 49 Absatz 6, dass die „gesetzliche Vertreter*in“ einer Partei „Nicaraguaner*in sein muss“.⁽⁹⁾ Der CSE stellte daraufhin innerhalb von wenigen Stunden fest, dass es bei der Ausstellung des Ausweises von Kitty Monterrey Unregelmäßigkeiten gegeben hätte, entzog ihr den Ausweis und schloss die Partei CxL von der Wahl aus. Das bedeutete, dass nur noch die Parteien zur Wahl zugelassen waren, die sich schon seit Jahren mit der FSLN arrangiert haben.

Die Details dieser beiden Wahlausschlüsse zeigen überdeutlich, dass der Oberste Wahlrat und das ganze Wahlsystem in Nicaragua grundlegend reformiert werden müssten.



Complejo Evaristo Vásquez ist ein neues Polizeirevier aus dem Jahr 2019 in dem die meisten politischen Gefangenen einsitzen

Ein beispiellose Verhaftungswelle überrollt das Land

Zum Zeitpunkt des Wahlausschlusses der CxL Anfang August war die politische Aufmerksamkeit in Nicaragua schon mit ganz anderen Dingen beschäftigt. Seit Juni waren politische Verhaftungen fast an der Tagesordnung. Begonnen hat es am 2. Juni, als plötzlich die „Präkandidatin“ Cristiana Chamorro verhaftet wurde. Bis Ende Juni war die Zahl der Verhafteten auf 19 gestiegen, bis Ende Juli auf 29. Am Wahltag, dem 7. November, waren 40 Oppositionelle, Politiker*innen und Medienschaffende neu in Haft. Alle wurden nach der neuen Strafprozessordnung für die maximal möglichen 90 Tage in Untersuchungshaft

genommen. Und bei fast allen wurde untersucht, ob sie gegen das neue Gesetz 1055 verstoßen hatten. Es wurde ihnen „Verschwörung zur Untergrabung der nationalen Integrität“ vorgeworfen. Mehr ins Detail gingen die Kommuniqués der Justiz nicht. Man kann nur vermuten, dass sich der Verdacht auf den einzigen konkreten Teil dieses Gesetzes 1055, den Artikel 1, bezog, der diejenigen mit Strafe bedroht, die „die Verhängung von Sanktionen gegen den Staat Nicaragua und seine Bürger fordern, verherrlichen und beklatschen.“⁽¹⁰⁾ Es muss hier ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass Verstöße gegen das Gesetz 1055 nur dazu führen, dass Schuldige „nicht gewählt werden können“. Da drängt sich sehr der Verdacht auf, dass die Verhaftungen mit der anstehenden Wahl zu tun haben könnten. In einigen Fällen wird bei den Verhafteten auch ein Verstoß gegen das Gesetz 977, das heißt der Verdacht auf Geldwäsche untersucht. Dies ist vor allem der Fall bei Cristiana Chamorro in ihrer Funktion als Vorsitzenden der Stiftung „*Violeta Barrios de Chamorro para la Reconciliación y la Democracia*“. Im August wird sie schließlich auch wegen Unterschlagung angeklagt.⁽¹¹⁾ Auch dem Präkandidaten Juan Sebastián Chamorro wird Geldwäsche vorgeworfen, und zwar im Zusammenhang mit der Stiftung FUNIDES. Beide Beschuldigten bestritten die Vorwürfe.

Wer sind die 40 Verhafteten?

Die meisten Verhafteten waren Politiker*innen. Neben den zwei schon erwähnten Präkandidat*innen Cristiana Chamorro und Juan Sebastián Chamorro wurden noch fünf weitere Präkandidaten verhaftet. Unter den sonstigen Politiker*innen waren sechs Mitglieder der MRS. Damit wurde praktisch die gesamte Parteispitze des *Movimiento Renovador Sandinista*, dieser ehemaligen Abspaltung der FSLN, inhaftiert. Dabei ist diese Partei, die im letzten Jahr ihren Namen in Unamos geändert hat, aktuell völlig bedeutungslos. Neben Politiker*innen sind auch Medienschaffende, Aktivisten der Protestbewegung von 2018 und der Bauernbewegung verhaftet worden. Auch nach Personen wie Sergio Ramirez, der seit Jahren außerhalb des Landes lebt, wurde ostentativ gefahndet. Und eine ganze Reihe von Prominenten der Opposition konnten sich der drohenden Verhaftung gerade noch durch die Flucht ins Exil entziehen, wie zum Beispiel der Herausgeber der Zeitung *Confidencial*, Carlos Fernando Chamorro, und die ehemalige Sandinistin Mónica Baltodano. Auch die Vorsitzende der CxL, Kitty Monterrey, war wohl gut beraten, sofort nach dem Wahlausschluss der CxL das Land zu verlassen. Kurz vor der Wahl wurden dann noch der Präsident und der Vizepräsident



Auch sie mussten ins Exil gehen
Mónica Baltodano und ihre Familie

des Unternehmerverbandes COSEP festgenommen. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Verhafteten den gesamten Teil der Bevölkerung repräsentierten, der dem Sandinismus kritisch bis ablehnend gegenüber steht. Ausgenommen davon war nur die katholische Kirche.

Schließungen von NGOs und Angriffe auf die Presse

Die geschilderten Verhaftungen waren aber nur der Gipfel der Repression. Denn in den Monaten vor der Wahl berichteten die Medien immer wieder von Angriffen auf kritische Aktivist*innen, auf Medien und Nichtregierungsorganisationen. Mindestens 26 NGOs wurde im Laufe des Jahres 2021 die Rechtsfähigkeit entzogen. Ein Hauptangriffsziel der Regierung war die Zeitung *La Prensa*. Nachdem schon einmal für mehr als ein Jahr die Printversion der Zeitung verhindert worden war, wurde im August wieder die Zollfreigabe der importierten Materialien für den Druck nicht genehmigt. Außerdem verhaftete die Polizei den Geschäftsführer der Zeitung und warf ihm Zollbetrug und Geldwäsche vor.⁽¹²⁾ Seither erscheint *La Prensa* wieder nur noch als Online-Zeitung.

Internationale Reaktionen - neue Sanktionen

Wie in den vergangenen Jahren wurde auf verschiedenen Ebenen versucht, auf die nicaraguanische Regierung einzuwirken. Die Interamerikanische Kommission für Menschenrechte (CIDH) forderte Schutzmaßnahmen für politische Gefangene, ihre Angehörigen und Menschenrechtsverteidiger*innen, der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (Corte IDH) lud die nicaraguanische Regierung zur Anhörung vor, die OAS verurteilte die Verhaftungen und forderte die sofortige Freilassung⁽¹³⁾ – die Regierung Ortega reagierte nicht einmal. Verschiedene Länder verhängten Sanktionen gegen Personen aus dem Umkreis des Präsidentenpaares Ortega / Murillo: die USA, Kanada, die EU und die Schweiz. Spanien versuchte mit Nicaragua ins Gespräch zu kommen, erreichte aber nur, dass es wüst beschimpft wurde.⁽¹⁴⁾

Die Wahlen am 7. November 2021

Unter den bisher geschilderten Begleitumständen wählten die Nicaraguaner*innen am 7. November 2021 den Präsidenten und die Abgeordneten der Nationalversammlung. Das Ergebnis konnte niemanden überraschen. Mit 75,87 % wurde Daniel Ortega zum vierten Mal in Folge zum Präsidenten gewählt. Gewählte Vizepräsidentin wird wieder seine Ehefrau Rosario Murillo. Von den 91 Sitzen in der Nationalversammlung hat die FSLN 75 gewonnen. Die größte Oppositionspartei bleibt die PLC mit 10 Sitzen. Die restlichen vier Parteien gewannen jeweils ein oder zwei Sitze.⁽¹⁵⁾ Bezweifelt wurde vor allem die vom Obersten Wahlrat veröffentlichte Wahlbeteiligung von 65.26 %. Nachdem



Rosario Murillo und Daniel Ortega wurden am 7. November 2021 wiedergewählt
Die Wahl wurde weltweit kritisiert

aber wie schon bei den beiden vergangenen Wahlen die Regierung eine unabhängige Wahlbeobachtung abgelehnt hatte, ist es kaum möglich, das veröffentlichte Wahlergebnis zahlenmäßig kritisch zu beurteilen. In Nicaragua selbst gibt es die Organisation *Urnas Abiertas*, die eine inoffizielle, heimliche Wahlbeobachtung gemacht hat und die Wahlbeteiligung nur auf 18.5 % schätzt.⁽¹⁶⁾ Ob dieser geringe Wert der Wahrheit näher kommt, ist kaum zu beurteilen. Er zeigt vor allem, wie unterschiedlich die verschiedenen Akteure in Nicaragua gleiche Ereignisse wahrnehmen.

Weitere Sanktionen nach der Wahl

Die Wahl wurde weltweit kritisiert und wie zu erwarten war, reagierten einige Länder mit neuen und schärferen Sanktionen. Am gravierendsten für Nicaragua könnte die Verabschiedung des Gesetzes RENACER in den USA werden.⁽¹⁷⁾ Dieses Gesetz geht noch viel weiter als der sogenannte Nica Act. Es schafft die gesetzliche Möglichkeit für die US-Regierung, Nicaraguas Finanzierung durch internationale Organisationen weiter zu erschweren und will sogar Nicaraguas Mitgliedschaft am Freihandelsabkommen *DR CAFTA* „überprüfen“. Was ein Ausscheiden aus *DR CAFTA* für die Wirtschaft Nicaraguas bedeuten würde, kann man erahnen, wenn man bedenkt, dass ungefähr die Hälfte aller Exporte Nicaraguas in die USA gehen.⁽¹⁸⁾

Reaktion der OAS

Am 12. November, nur ein paar Tage nach der Wahl in Nicaragua, fand die Generalversammlung der OAS 2021 statt. Dort stand auch die Situation in Nicaragua auf der Tagesordnung. Mit großer Mehrheit (25 dafür, 1 (Nicaragua) dagegen und 7 Enthaltungen) wurde eine Resolution angenommen, deren Kernsatz besagt, dass die Wahlen vom 7. November 2021 „nicht frei, fair und transparent waren und keine demokratische Legitimität besitzen“.⁽¹⁹⁾ Als Reaktion darauf erklärte Nicaragua am 19. November seinen Austritt aus der OAS.⁽²⁰⁾

Annäherung an China

Kurze Zeit später gab Nicaragua eine politische Umorientierung bekannt, die sicher mit der zunehmenden politischen Isolierung des Landes in Lateinamerika zu tun hat. Am 9. Dezember 2021 brach Nicaragua die Beziehungen zu Taiwan ab und nahm einen Tag später diplomatische Beziehungen mit der Volksrepublik China auf.⁽²¹⁾ Was dies



Flaggenwechsel in Managua
Republik China (Taiwan) - Volksrepublik China

für die Zukunft Nicaraguas bedeutet, ist im Augenblick nicht abzuschätzen. Sicher scheint nur zu sein, dass der Schritt gut vorbereitet war. So hat China Nicaragua inzwischen eine Million Impfdosen Sinopharm gespendet und die beiden Länder haben verschiedene Kooperationsabkommen unterschrieben, zum Beispiel ist Nicaragua inzwischen der globalen chinesischen Infrastrukturinitiative der Neuen Seidenstraße beigetreten.⁽²²⁾

Wie geht es weiter?

Während im außenpolitischen Bereich vieles in der Schwebe zu sein scheint, sieht es in der Innenpolitik eher düster aus. So haben manche gehofft, das neue Jahr könnte nach den Wahlen irgendwie zu Verhandlungen zwischen Regierung und Opposition führen. Danach sieht es aber nicht aus, denn inzwischen ist bekannt, dass die Gerichtsverhandlungen gegen die politischen Häftlinge des Jahres 2021 beginnen werden. Am 31. Januar 2022 veröffentlichte die Generalstaatsanwaltschaft ein Kommuniqué, das bekannt gibt, dass einen Tag später, am 1. Februar, unter „striktter Einhaltung der Verfassung“ „mündliche und öffentliche Gerichtsverhandlungen“ stattfinden werden.⁽²³⁾ Das Dokument zählt die Vergehen auf, die den Angeklagten vorgeworfen werden, und setzt mit dem bemerkenswerten Satz fort: „Diese Kriminellen und Straftäter sind erneut straffällig geworden, haben die Rechte des nicaraguanischen Volkes und der Gesellschaft angegriffen und den Frieden und die Sicherheit gefährdet.“ Hat diese Generalstaatsanwaltschaft etwa noch etwas von der Unschuldsvermutung, festgelegt in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, Art. 11 Abs. 1, gehört? Auf ein rechtsstaatliches Verfahren kann man also kaum hoffen.

- 1 Mehr dazu: Siehe den Jahresbericht zu Nicaragua 2020. <https://www.oekuburo.de/jahresbericht-2020/articles/nicaragua-3317.html>
- 2 Ley N°. 1060, aprobada el 2 de febrero de 2021 [http://legislacion.asamblea.gob.ni/Normaweb.nsf/\(\\$All\)/49C912ED7DDE58CE062586760053C890?OpenDocument](http://legislacion.asamblea.gob.ni/Normaweb.nsf/($All)/49C912ED7DDE58CE062586760053C890?OpenDocument)
- 3 Ley N°. 1070, aprobada el 4 de mayo de 2021 <http://legislacion.asamblea.gob.ni/Normaweb.nsf/9e314815a08d4a6206257265005d21f9/4fca1b711015f9af062586ce00762351?OpenDocument>
- 4 Die liberale Partei Ciudadanos por la Libertad (CxL), Partido Restauración Democrática (PRD) – eine evangelikale Partei, Fuerza Democrática Nicaragüense (FDN) – eine Partei, die aus der ehemaligen Contra hervorgegangen ist, Yatama – indigene Partei von der Atlantikküste, die Organisationen Alianza

- Cívica und Unidad Nacional Azul y Blanco (UNAB) – beide aus den Protesten 2018 hervor gegangen, und die Bauernbewegung Movimiento Campesino
- 5 <https://www.confidencial.com.ni/politica/cid-gallup-62-no-simpatiza-con-nin-gun-partido-politico-fsln-tiene-un-25/>
 - 6 https://www.cse.gob.ni/sites/default/files/documentos/cancelacion_prd.pdf
 - 7 https://www.cse.gob.ni/sites/default/files/documentos/cancelacion_cxl.pdf
 - 8 Partido Liberal Constitucionalista (PLC), liberale Partei, einst die Partei Arnoldo Alemán
 - 9 <http://digesto.asamblea.gob.ni/consultas/util/pdf.php?type=rdd&rdd=KrOO9fEc9lE%3D>
 - 10 Ley N°. 1055, Ley de Defensa de los Derechos del Pueblo a la Independencia, la Soberanía y Autodeterminación para la Paz <http://digesto.asamblea.gob.ni/consultas/util/pdf.php?type=rdd&rdd=94OTnl0sPuw%3D>
 - 11 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:119860-conoce-el-ultimo-comunicado-del-ministerio-publico-de-nicaragua>
 - 12 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:119563-comunicado-no-58-del-ministerio-publico-de-nicaragua>
 - 13 http://scm.oas.org/doc_public/spanish/hist_21/cp44215s03.docx
 - 14 Carta del Ministerio de Relaciones Exteriores de Nicaragua a la Canciller de España, 26 de Junio 2021 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:117668-carta-del-ministerio-de-relaciones-exteriores-de-nicaragua-a-la-canciller-de-espana>
 - 15 https://twitter.com/cse_nicaragua/status/1458489115129810948 und <https://www.laprensani.com/2021/11/08/politica/2907196-ortega-se-asigna-75-diputados-en-la-asamblea-nacional-de-un-total-de-90-escaños>
 - 16 <https://urnasabiertas.com/wp-content/uploads/2021/11/Corte-2-UA-Jornada-de-votacion-7N.docx.pdf>
 - 17 Reinforcing Nicaragua's Adherence to Conditions for Electoral Reform Act of 2021 <https://www.govinfo.gov/content/pkg/COMPS-16561/pdf/COMPS-16561.pdf>
 - 18 Exporte im Jahr 2021 <https://www.cetrex.gob.ni/Portalestadistico/reports/PDF>
 - 19 La situación de Nicaragua https://scm.oas.org/doc_public/spanish/hist_21/ag08412s07.docx
 - 20 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:122970-nicaragua-denuncia-carta-de-la-oca-y-ratifica-posicion-digna-y-soberana>
 - 21 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:123654-nicaragua-reconoce-a-la-republica-popular-china-como-unico-gobierno-legitimo>
 - 22 <https://www.laprensani.com/2022/01/10/politica/2934877-ortega-murillo-y-su-hijo-laureano-se-reunen-con-una-delegacion-de-china-previo-a-la-toma-de-posecion>
 - 23 <https://www.el19digital.com/articulos/ver/titulo:124910-comunicado-001-2022-del-ministerio-publico-de-nicaragua>

Aktivitäten zu Nicaragua

17.04.21: 22. Zentralamerikatag der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern: Zentralamerika – wie weiter? Corona-Krise, Hurrikans und Wahljahr, Online-seminar

Wie jedes Jahr beteiligte sich das Öku-Büro auch bei der Organisation und Durchführung des 22. Zentralamerikatags der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern mit dem Thema Zentralamerika – wie weiter? Corona-Krise, Hurrikans und Wahljahr. Aufgrund der pandemischen Situation fand die Veranstaltung als Onlineseminar statt. Nach der Begrüßung durch eine Mitarbeiterin von MissionEineWelt gab unser Nicaragua- und El Salvador-Referent einen Überblick über die Situationen und Herausforderungen in Nicaragua, El Salvador, Honduras und Costa Rica. In der Workshopphase vertiefte dann Enrique Picado von unserer Partnerorganisation *Movimiento Comunal Nicaragüense* diese Thematik bezogen auf Nicaragua. Die beiden Vorträge stehen auf dem YouTube-Kanal von MissionEineWelt zum Nachhören und -sehen bereit.⁽¹⁾

21.10.2021 Der Kampf gegen den Klimawandel als kommunitäre Praxis, Onlineveranstaltung

Gemeinsam mit dem *Movimiento Comunal Nicaragüense* (MCN) und unterstützt durch eine Förderung der Schmitz-Stiftungen haben wir von Februar bis August 2021 ein Projekt zur „Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel in 15 Gemeinden“ im Departement Matagalpa/Nicaragua durchgeführt. Auf der Veranstaltung berichteten Mitglieder des MCN darüber, wie ländliche Gemeinden sich gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels zur Wehr setzen können und dabei selbst einen integralen Beitrag zum Umweltschutz auf kommunaler Ebene leisten. Die Anstrengungen lokaler Organisationen zeigen im Kleinen auf, wie nachhaltige ländliche Entwicklung zum Klimaschutz beitragen kann.



Wiederaufforstung im Departement Matagalpa

Projektförderung in Nicaragua: Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel in 15 Gemeinden von San Ramón, Esquipulas und San Dionisio im Departement Matagalpa

Im Jahr 2021 führten wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation Movimiento Comunal Nicaragüense (MCN) das Projekt „Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel in 15 Gemeinden von San Ramón, Esquipulas und San Dionisio im Departement Matagalpa“ durch. Finanziert wurde das Projekt mit einem Volumen von rund 12.000 € durch einen Antrag bei dem Kleinprojektfonds der Schmitz-Stiftungen. Der dafür notwendige Eigenanteil von 25 Prozent wurde durch Spenden gedeckt.

Ziel des Projektes war es, in drei Landkreisen im Departement Matagalpa/Nicaragua die lokalen Kapazitäten für ein umfassendes Risikomanagement bezogen auf den Klimawandel zu verbessern.

Das Projekt bestand aus mehreren Komponenten. So wurden zum einen auf Landkreisebene und in den Gemeinden Schulungen zu Risikomanagement, Umweltpraktiken und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel durchgeführt. Im Zuge dieser Aktivitäten gründeten sich in den 15 Projekt-Gemeinden kommunale Katastrophenschutzkomitees.

Daneben wurden Informationsveranstaltungen mit Schüler*innen der 5. und 6. Klasse durchgeführt. Im Zuge dessen bildeten die



Umweltgespräche in Esquipulas

Schüler*innen sechs Umweltbrigaden, die sich dem Einrichten von sechs Baumschulen widmeten. In diesen wurden jeweils 1000 Bäume angezogen und am Ende des Projektes verteilt und angepflanzt.

Ein weiterer Teil des Projektes war, das Klimaüberwachungsnetzwerk zu stärken und zu überwachen. Im Klimaüberwachungsnetzwerk führen Ehrenamtliche täglich Wetteraufzeichnungen durch. Diese stellen sie dann unter anderem Institutionen wie dem Centro Humboldt zur Verfügung. Dadurch gelingt es, genauere Vorhersagen über erwartete Niederschlagsmengen sowie über den idealen Tag der Aussaat zu treffen. Dies hilft den Kleinbäuer*innen, ihr Anbauverhalten besser an die sich ändernden klimatischen Bedingungen anzupassen. Im Rahmen des Projektes wurden drei Schulungsveranstaltungen für das Klimaüberwachungsnetzwerk durchgeführt sowie neue Regenmessgeräte angeschafft. Konzipiert und durchgeführt wurde das Projekt von den Mitgliedern und Mitarbeitenden des MCN selbst. Wir vom Öku-Büro übernahmen administrative Tätigkeiten, wie die Antragstellung und Projektabwicklung hier in Deutschland.

- (1) [https://mission-einewelt.de/zentralamerikatag-2021/Projektförderung in Nicaragua: Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen den Klimawandel in 15 Gemeinden von San Ramón, Esquipulas und San Dionisio im Departement Matagalpa](https://mission-einewelt.de/zentralamerikatag-2021/Projektförderung-in-Nicaragua:Stärkung-der-Widerstandsfähigkeit-gegen-den-Klimawandel-in-15-Gemeinden-von-San-Ramón,-Esquipulas-und-San-Dionisio-im-Departement-Matagalpa)



Länderbericht

"Wenn ein Volk mitten in einer Pandemie auf die Straße geht, um zu protestieren, dann deshalb, weil die Regierung gefährlicher ist als das Virus" war der Slogan bei den landesweiten Protesten 2021 in Kolumbien. Es war ein bewegtes Jahr, mit einer neuen und offensichtlichen Konflikt- und Gewalteskalation. Aus diesem Grund wurde die Stimme der Bevölkerung laut und es kam zu Massenprotesten. Der folgende Bericht stellt einige der wichtigsten Ereignisse im Land vor. Der Bericht konzentriert sich auf die Hauptprobleme, die die Friedenskonsolidierung im Land behindern und dadurch mit unseren Aktivitäten in Verbindung stehen.

Kolumbien, zwischen sozialem Aufbruch und der Kontinuität des Konflikts

Der wichtigste Punkt auf der Tagesordnung im Jahr 2021 war das Friedensabkommen zwischen der kolumbianischen Regierung und der ehemaligen FARC-EP-Guerilla, das sich im November 2021 zum fünften Mal jährte. Die Umsetzung des Abkommens zeigte einige positive, aber auch negative Aspekte. Die wichtigsten davon werden im Folgenden hervorgehoben.

Fortschritte und positive Auswirkungen

Die wichtigsten Fortschritte bei der Umsetzung des Abkommens betrafen den Bereich der Übergangsjustiz. Die Ergebnisse der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden (JEP), der Wahrheitskommission (CEV) und der Einheit für die Suche nach Verschwundenen (UBPD), wurden international anerkannt ^[1]. Die JEP erhielt Berichte und Erklärungen von ehemaligen Guerilla- und paramilitärischen Angehörigen, staatlichen Akteuren, Geschäftsleuten und Opfern. Im Jahr 2021 gingen die Ermittlungen weiter und bewirkten, dass manche Angeklagten ihre Schuld anerkannten. Die JEP stellte fest, dass die Zahl der zwischen 2002 und 2008 von der kolumbianischen Armee durchgeführten außergerichtlichen Hinrichtungen 6.400 Fälle übersteigt ^[2]. Dazu erkannten mehrere ehemalige FARC-Kommandeure ihre Verantwortung für Entführungs- und Erpressungsverbrechen an und entschuldigten sich dafür bei den Opfern ^[3].

Das CEV arbeitete an der Ausarbeitung des Abschlussberichts, der 2022 vorgelegt werden soll. Die Kommission führte hunderte von Informations-, Schulungs- und psychosozialen Begleitveranstaltungen durch ^[4]. Die UBPD ihrerseits berichtete, dass bis Ende 2021 fünf als vermisst

gemeldete Personen lebend aufgefunden wurden und das sie in Zusammenarbeit mit Regierungsbehörden und Organisationen der Zivilgesellschaft 289 Leichen in zehn Departements barg, von denen 127 an ihre Familien übergeben wurden. Die UBPD ermittelte bis dahin auch 4.724 Standorte illegaler Leichenbeseitigungen ^[5].

Diese Erfolge der Übergangsjustiz stellen nicht nur einen Fortschritt bei der Suche nach Gerechtigkeit und Friedenskonsolidierung dar. Sie führten auch zu einer größeren Bürgerbeteiligung. Besonders erwähnenswert ist in dem Zusammenhang die Regelung der "Friedenssitze", die trotz der Behinderung durch die Regierung erreicht wurde. Das Verfassungsgericht verpflichtete den kolumbianischen Staat, 16 Sitze für Opfer des bewaffneten Konflikts im Kongress zu genehmigen und einzurichten ^[6].

Von der FARC zur COMUNES-Partei

Die politische Partei Fuerza Alternativa Revolucionaria del Común (FARC), die nach der Demobilisierung der Guerilla durch das Abkommen von Havanna entstanden ist, nannte sich im Januar 2021 im Rahmen ihrer Wahlkampfstrategie für die Wahlen 2022 in Partido COMUNES um. Das Akronym FARC wird nicht nur mit einer gewalttätigen Vergangenheit assoziiert, sondern auch mit den bewaffneten Post-FARC-EP Gruppen, die als "Dissidenten" bekannt sind. Diese Namensänderung eröffnete der politischen Partei neue aber leider nur minimale Räume der Beteiligung und Akzeptanz.



Neues Logo der neu benannten Partei COMUNES

Langsame und sabotierte Umsetzung

Trotz der erzielten Fortschritte und des angeblichen Engagements für die Umsetzung, das die kolumbianische Regierung auf internationaler Ebene zeigte, behindert sie nach wie vor die Umsetzung wichtiger Punkte des Abkommens. Insbesondere derjenigen, die sich auf die ländliche Reform und die gewaltfreie Lösung des Drogenproblems beziehen. So sind die Mittel für Frieden, Versöhnung und ländliche Entwicklung nach wie vor viel niedriger, als jene für Krieg und Sicherheit. Die Einrichtungen der Übergangsjustiz, JEP, CEV und UBPD, arbeiteten im Jahr 2021 mit Budgets, die bis zu 30 % unter der erforderlichen Höhe lagen ^[7].

Die Sicherheit ehemaliger Guerillakämpfer*innen war auch gefährdet. Nach Angaben des Instituts für Entwicklungs- und Friedensstudien (Indepaz) wurden im Jahr 2021 in Kolumbien 43 ehemalige FARC-EP-Guerilla Mitglieder ermordet ^[9]. Diese mangelhafte Umsetzung der vereinbarten Sicherheitsgarantien für die ehemaligen FARC-EP-Angehörige, erklärte das Verfassungsgericht in den ersten Tagen des Jahres 2022 für verfassungswidrig ^[8]. Mit dieser Entscheidung bestätigte das Gericht, dass der kolumbianische Staat seiner Verantwortung bei der Umsetzung des Abkommens nicht nachkommt. Mit Blick auf die fünfjährige Laufzeit des Abkommens forderten auch internationale Organisationen die kolumbianische Regierung dazu auf, gesellschaftliche Führungspersönlichkeiten und die ehemaligen Kämpfer*innen zu schützen, das Friedensabkommen zu implementieren und die strukturellen Ursachen der Gewalt im Land anzugehen ^{[10] [11]}.

Neue Eskalation von Konflikt und Gewalt

Der bewaffnete Konflikt erreichte 2021 einen neuen Höhepunkt. Erneut gab es sehr viele Fälle von Massakern, gezielten Ermordungen, gewaltsamen Vertreibungen und gewaltsamen Verschwindenlassens.

Massaker und gezielte Ermordungen: Die Mordrate war im Jahr 2021 die höchste seit 2014. Indepaz dokumentierte im vergangenen Jahr 96 Massaker ^[13]. Führende Persönlichkeiten aus dem sozialen und ökologischen Bereich in verschiedenen Gebieten des Landes wurden angegriffen. 338 dieser Personen wurden getötet.

Gewaltsames Verschwindenlassen: Nach Angaben der kolumbianischen Regierung wurden im Jahr 2021 122 Personen als gewaltsam verschwunden gemeldet ^[14]. Die Nationale Arbeitsgruppe für Verschwindenlassen der Koordinierungsstelle Kolumbien-EuropaVereinigten Staaten (CCEEU) dokumentierte jedoch schon 770 Fälle von Verschwindenlassen allein zwischen dem 28. April und 24. Mai im Zusammenhang mit den Protesten im Rahmen des Landesstreiks. Von diesen wurden 23 Menschen tot aufgefunden. In diesem Zusammenhang meldete die Staatsanwaltschaft nur 379 Fälle, von denen Ende Oktober 2021 noch 27 Personen



„Siloe widersteht“ – Noch eine Kundgebung in München gegen das Verschwindenlassen hunderte Menschen während der Protesten in Kolumbien

vermisst wurden ^[15].

Gewaltsame Vertreibung: Das Opferregister der Regierung (*Unidad de Víctimas*) verzeichnet 437 Ereignisse mit mehr als 130.000 Opfern ^[17]. Diese letzte Zahl entspricht einem Anstieg von 169 Prozent gegenüber 2020. Am stärksten betroffen waren wiederum Menschen aus afrokolumbianischen und indigenen Gemeinden ^[18].

Antipersonenminen: Obwohl die Minenräumungsprogramme Fortschritte machen, sind 20 % der Gebiete, die von ehemaligen FARC-EP-Mitgliedern nach dem Friedensabkommen gemeldet wurden, noch nicht geräumt. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Kolumbien (CICR) dokumentierte allein in der ersten Hälfte des Jahres 2021 263 Opfer in 10 Departementos des Landes. Davon waren 59 % Zivilisten, 39 % Angehörige der Sicherheitskräfte und 2 % Mitglieder illegaler Gruppen; 21 Opfer waren minderjährig ^[20].

Gleichbleibende Opfergruppen

Der Konflikt hatte schon immer größere Auswirkungen auf Kinder, Frauen sowie auf LGBTIQ+, afrokolumbianische, indigene und bäuerliche Gemeinschaften. Das ist bei der derzeitigen Eskalation des Konflikts so geblieben. Kinder werden wieder als "Kriegsinstrumente" eingesetzt ^[22] und afrokolumbianische, indigene und bäuerliche Gemeinschaften sind am stärksten von Vertreibung und Landminen betroffen. Aus diesem Grund müssen mehr als 3.000 Personen aus indigenen Familien in der kolumbianischen Hauptstadt, auf der Straße oder in öffentlichen Parks leben ^[23].

Das Gleiche gilt für Frauenmorde und Straftaten im Zusammenhang mit Menschenhandel. Die Aufzeichnungen des *Observatorio Femicidios Colombia* zeigen, dass Feminizide und Transfeminizide im Jahr 2018 zunahmen und seither auf diesem Niveau geblieben sind ^[24]. Im Jahr 2021 zählte diese Beobachtungsstelle 605 Feminizide und 17 Transfeminizide. Das Büro des Ombudsmannes meldete seinerseits 21.434 rechtsmedizinische Untersuchungen im Zusammenhang mit sexueller Gewalt und betonte, dass diese Verbrechen von den Opfern nicht angezeigt werden ^[25]. Auch die Zahlen im Zusammenhang mit dem gewaltsamen Verschwindenlassen sind drastisch gestiegen. Von 6 verschwundenen Frauen im Jahr 2017 stieg diese Zahl auf 58 im Jahr 2021, und im Falle von Transfrauen stieg die Zahl von 3 auf 17. Aus diesem Grund wird Kolumbien als Hochrisikoland für Frauen- und LGBTIQ+ Aktivist*innen eingestuft ^[26].

Die illegalen Geschäfte erfinden sich neu

Seit 2018 ist ein leichter, aber stetiger Rückgang der mit Kokasträuchern bepflanzten Fläche zu verzeichnen, die im Jahr 2020 bei 143.000 Hektar lag. Die Kokainproduktion nahm jedoch aufgrund der Technifizierung des Produktionsprozesses zu ^[27]. Einerseits kehrten 2015 und 2016 Hunderte von Landwirten zum Kokaanbau zurück, weil sie auf die im Rahmen des Abkommens angebotenen Vorteile hofften. Doch die vereinbarten Programme funktionierten nicht oder nur halbherzig. Andererseits strukturierte die internationale Mafia ihre Aktivitäten in Kolumbien um und investierte in die Sicherheit und die Verbesserung der Produktion ^[28].



Weiche und harte Drogen werden in großen oder kleinen Mengen über Chatgruppen verkauft, ebenso wie Waffen oder sogar Sex. Die illegale Industrie erfindet sich neu.

Kolumbien hat eine der niedrigsten landwirtschaftlichen Produktionsraten in der Region und ist nach wie vor ein Land, in dem es nicht rentabel ist, von der Landwirtschaft zu leben. Viele Menschen, die auf dem Land wohnen, entscheiden sich für den Anbau von Koka, da sie selbst Kokablätter zu Kokainpaste verarbeiten und diese mit einem Gewinn verkaufen können, der mit anderen landwirtschaftlichen Produkten nicht erzielt werden kann ^[29].

Sprühen aus der Luft mit Glyphosat

Anfang 2021 versuchte die kolumbianische Regierung, das Sprühen von Glyphosat aus der Luft auf Koka-Pflanzen wieder zu legalisieren. Das Verfassungsgericht beanstandete aber die Entscheidung der Regierung mit der Begründung, dass die Grundrechte der betroffenen Gemeinschaften geschützt werden müssen ^[31]. Indigene Gemeinschaften wären wieder einmal am stärksten betroffen, nicht nur wegen der Gesundheits- und Umweltprobleme, sondern auch wegen der kulturellen Auswirkungen. Einige indigene Gemeinschaften verwenden Kokablätter für medizinische Zwecke, für Zeremonien oder zur Herstellung legaler Produkte.



Schlafmohnanbau im Süden Kolumbiens

Das neue Spektrum der bewaffneten Akteure

Die Verschärfung des Konflikts und der Gewalt ist auch eine Reaktion auf die neue Zusammensetzung der am Konflikt beteiligten Akteure. Organisationen wie Indepaz und Insight Crime dokumentieren ihre Strukturen ^[32]. Die wichtigsten Gruppen sind laut ihren Berichten:

Narco-paramilitärische Gruppen

Nach Angaben von Indepaz gibt es 22 Gruppen mit mehr als 8.000 Kämpfer*innen, die mit Zwischenhändlern oder Großhändlern von Drogenkartellen aus Mexiko, Brasilien, Russland, Italien und Albanien zusammenarbeiten ^[33].

Post-FARC-EP-Gruppen

Indepaz verzeichnet 30 Einheiten mit mehr als 5.500 Angehörigen in 4 Gruppen, die in 22 Regierungsbezirken und 123 Gemeinden vertreten sind. Aber von den 13.000 Personen, die das Friedensabkommen unterzeichneten, halten sich 95 % an den Prozess. Das lässt darauf schließen, dass es sich bei diesen Post-FARC-EP-Gruppen um neue Rekruten handelt.

Nationale Befreiungsarmee (ELN)

Älteste Guerillagruppe. Etwa 2.450 Angehörige in 8 Kriegsfronten. Präsenz in 211 Gemeinden des Landes. Sie geraten mit den Post-FARC

Gruppen aneinander, obwohl sie eine gemeinsame politische Ausrichtung haben.

Armut und extreme Armut

Armut und Ungleichheit im Land sind die Ursache für Konflikte, Illegalität und die Ausbreitung bewaffneter Gruppen. Im Jahr 2020 lag die offizielle nationale Armutsquote bei 42,5 Prozent. Bis 2021 wird keine Verbesserung, sondern ein Anstieg des Armutsniveaus erwartet. In Kolumbien leben mehr als 21 Millionen Menschen von weniger als 82 Euro pro Monat, der von der kolumbianischen Regierung festgelegten Armutsgrenze. 7,47 Millionen dieser Menschen leben von weniger als 36 Euro pro Monat, das die Grenze zur extremen Armut im Land darstellt.^[33]

Dem Gini-Koeffizient^[34] zufolge ist Kolumbien das ungleichste Land unter den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die zweitungleichste Volkswirtschaft in Lateinamerika und der Karibik, übertroffen nur von Brasilien.

Auch externe Faktoren beeinflussen diese Zahlen. Schätzungen zufolge leben rund 1,7 Millionen Menschen aus Venezuela in Kolumbien, was etwa 30 Prozent aller venezolanischen Migrant*innen in Lateinamerika entspricht^[35]. In den letzten Jahren sind diese Menschen vermehrt auf die Unterstützung der kolumbianischen Regierung angewiesen. Wenn sie diese nicht erhalten, gehen viele von ihnen illegalen Aktivitäten nach.

Korruption und Intransparenz

Armut und Ungleichheit in Kolumbien werden zum Teil durch die Korruption im Lande verursacht. Bei der Korruptionsbekämpfung sind keine positiven Fortschritte zu verzeichnen. Die Organisation Transparency International veröffentlicht jedes Jahr den Korruptionsindex (CPI). Im Jahr 2021 lag Kolumbien dort auf Platz 87 von 180 Ländern^[36]. Dieses Ergebnis ist die Folge von Korruptionsskandalen, bei denen öffentliche Mittel in Millionenhöhe verloren gingen. Einer der symbolträchtigsten Skandale im Jahr 2021 war der Verlust von rund 16 Millionen Euro bei einem Vertrag des Ministeriums für Informations- und Kommunikationstechnologien, der die Versorgung ländlicher Gebiete Kolumbiens mit Internet vorsah, aber nicht erfüllt wurde. Es gab auch strafrechtliche Entscheidungen, durch die Beamte freigesprochen wurden, denen Korruptionsdelikte oder Verbindungen zu paramilitärischen

Gruppen oder Drogenhändlern nachgewiesen werden konnten. Bei den Ermittlungen sind die Namen von politischen Persönlichkeiten, wie Botschafter, der Präsident selbst oder die Familie der Vizepräsidentin erschienen. Weitere Beamte, die strafrechtlich verfolgt werden, sind ehemalige Präsidenten und Beamte, die mit den Problemen beim Megastaudamm Hidroituango in Verbindung stehen.

Einer der Hauptgründe für den landesweiten Streik und die Proteste im Land, war eine Steuerreform. Sie wurde unter dem Namen Sozialinvestitions-gesetz verabschiedet, aber im Senat nicht ordnungsgemäß erörtert ^[38]. Zur Vervollständigung dieses Bildes sei noch auf die Korruptionsfälle im Justizbereich hingewiesen. Im März 2021 wurde ein ehemaliger Präsident des Obersten Gerichtshofs zu 19 Jahren Haft verurteilt.



Performance bei einer Kundgebung in München gegen Polizei- und Staatsgewalt in Kolumbien. Unterstützung der Protesten im Land.

Unabhängigkeit der Justiz

Alle diese Korruptionsdelikte profitieren von der Machtkonzentration im Präsidentenamte. Im Jahr 2021 gab es mehrere Versuche von unzulässigen Ernennungen von Rechnungsprüfern und Beamten in Kontrollorganen, die dem Präsidenten, regionalen Führern oder ihren politischen Parteien sehr nahestehen. Die Kontrolle und die demokratische Beteiligung werden weiter geschwächt, was zu einem autoritären Szenario im Land führte ^[39].

Das Amt des Generalstaatsanwalts wird seit Jahren von Personen bekleidet, die dem amtierenden Präsidenten sehr nahestehen. So verzichtete beispielsweise im Jahr 2020 der ehemalige Präsident Alvaro Uribe Velez auf seine Immunität als Senator der Republik und wurde anschließend von der Generalstaatsanwaltschaft vor Gericht unterstützt.

Internationale Skandale

Internationale Skandale, in die Kolumbien verwickelt war, waren die Ermordung des Präsidenten von Haiti durch eine Gruppe ehemaliger Soldaten der kolumbianischen Armee im Juli 2021 ^[40], und die Feierlichkeiten zur Internationalisierungswoche einer Polizeischule. Bei dieser Feier wurden Darstellungen verwendet, die auf Nazi-Deutschland anspielten und einige Polizisten trugen Gestapo-Kostüme. Das diplomatische Korps Israels und Deutschlands verurteilten diese Verehrung des Nationalsozialismus ^[41].

Deutschland war aber auch in einen internationalen Skandal verwickelt, bei dem es um den illegalen Verkauf von Waffen an Kolumbien ging. Es wird vermutet, dass diese Waffen in die Hände von Kindersoldaten gerieten. Für die Lieferung dieser Waffen von Deutschland über die Vereinigten Staaten nach Kolumbien wurde die Firma SIG Sauer vom Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe zur Zahlung von mehr als 11 Millionen Euro verurteilt. Der Strafantrag wurde 2014 von der Kampagne "Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel" gestellt ^[42].

Umwelt

Im Jahr 2021 wurden verschiedene Gesetze zum Schutz der Umwelt erlassen. Eines davon war der *Climate Action Act*, der Maßnahmen zum Ausgleich von Treibhausgasemissionen vorsieht ^[43]. Andere Maßnahmen im Zusammenhang mit der Wiederaufforstung ermöglichten die Anpflanzung von mehr als 100 Millionen Bäumen in den am stärksten von Abholzung und illegalem Bergbau betroffenen Gebieten.



Nazi-Darstellung bei einem offiziellen Polizeifeier. Der Tweet wurde gelöscht

Diese Gesetze stehen jedoch in keinem Zusammenhang mit der Realität in Kolumbien. Die Umweltkriminalität nimmt weiter zu, darunter Abholzung, illegaler Bergbau, illegale Fischerei, Öldiebstahl aus Pipelines und illegaler Handel mit seltenen Pflanzen und Tieren.

Kolumbien gehört nun zu den zehn Ländern der Welt, in denen der Regenwald am meisten zerstört wird. Bislang gibt es dazu nur Berichte aus dem ersten Quartal 2021. Obwohl der Regierungsbericht einen Rückgang der abgeholzten Fläche aufzeigt, ist zu bedenken, dass es sich nicht um das gesamte Land, sondern um eine Auswahl von Regierungsbezirken handelt ^[44]. Außerdem wurden im Laufe des Jahres verschiedene Berichte von Umweltorganisationen vorgelegt, in denen die Abholzung der Wälder im Amazonasgebiet und in Naturparks sowie der illegale Bergbau angeprangert wurden. Im Folgenden finden sich zwei Beispiele für soziale und ökologische Ungerechtigkeiten in Kolumbien, mit denen wir uns im letzten Jahr befasst haben.

Hidroituango

Seit mehreren Jahren beobachten wir die Probleme dieses Megastaudamms, der in der Gemeinde Ituango zu sozio-ökologischen Katastrophen geführt hat. Im Laufe des Jahres 2021 wurden u.a. ehemalige Manager von Empresas Públicas de Medellín, die für das Projekt verantwortlich waren, und ehemalige Gouverneure des Regierungsbezirks Antioquia wegen finanzieller und baulicher Fehler angeklagt. Die Versicherer erklärten sich bereit, einen Teil des Schadens zu überneh-



Megastaudamm Hidrosogamoso, der wegen seiner sozialen und ökologischen Auswirkungen ebenfalls stark kritisiert wird

men ^[45]. Ein Gutachten der Firma Pöyry zeigt deutlich, dass ein hohes Risiko für einen katastrophalen Dammbruch besteht. Trotzdem schließt der Bericht mit der Empfehlung, den Damm sofort wieder in Betrieb zu nehmen. Die Bewegung Rios Vivos wies den Bericht des Unternehmens als parteiisch und als Teil der Strategie zur Fortführung des Hidroituan-go-Geschäfts zurück ^[46].

Steinkohlebergbau

Im Januar 2021 wurden in Australien und in der Europäischen Union Beschwerden gegen Glencore, Anglo American und BHP Billiton eingereicht. Den Unternehmen werden Verstöße gegen die OECD-Leitprinzipien für Menschenrechte und Umwelt in der Mine El Cerrejón in Kolumbien vorgeworfen ^[47]. Andererseits verklagte Glencore den kolumbianischen Staat, weil die kolumbianischen Umweltbehörden die Umleitung eines Flusses untersagten. Die Klage wurde mit der Nichteinhaltung der internationalen Investitionsschutzabkommen begründet ^[48].

Die kolumbianische Gesellschaft erwachte und forderte ihre Rechte ein

"Wenn ein Volk mitten in einer Pandemie auf die Straße geht, um zu



Polizei- und Staatsrepression als Reaktion auf Proteste in Kolumbien

protestieren, dann deshalb, weil die Regierung gefährlicher ist als das Virus". Dieser Satz wurde im Rahmen des landesweiten Streiks und der Proteste ab dem 28. April 2021 sehr populär. Der Streik war ursprüng-

lich als Protest gegen eine Steuerreform und anderer Punkte, die bereits in diesem Bericht erwähnt wurden, ausgerufen worden. Dies war der größte soziale Protest seit den 1940er Jahren mit Demonstrationen im ganzen Land. Auch in Deutschland, Österreich, Spanien, Frankreich, Belgien und England fanden Proteste statt. Die Mobilisierung brachten nicht nur die Unzufriedenheit der Gesellschaft zum Ausdruck, sondern auch die Abnutzung des repressiven politischen Modells, das in dem Land seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1810 existierte. Mit der Steuerreform hätte das Haushaltsdefizit des Staates gelöst werden sollen, indem die Steuerlast für Bürger*innen mit geringem Einkommen erhöht und gleichzeitig Einzelpersonen und Unternehmensgruppen mit großem Kapital entlastet werden sollten.

Staatliche Repression und Gewalt

Das Erwachen der Bevölkerung wies die wirtschaftlichen und politischen Eliten in ihre Schranken. Gegenüber der sozialen Mobilisierung reagierte die kolumbianische Regierung mit der Kriminalisierung der Personen und Organisationen, die die Proteste organisierten, und verfolgte die Doktrin der "demokratischen Sicherheit", was zu einer systematischen Verletzung der Grundrechte der Demonstrant*innen führte [49]. Diese Menschenrechtsverletzungen wurden von verschiedenen Organisationen wie dem UN-Menschenrechtsbüro in Kolumbien und Human Rights Watch dokumentiert, die von 63 bzw. 68 im Zusammenhang mit den Protesten getöteten Menschen



Die Polizei setzte auch unkonventionelle Waffen ein, um Proteste im Lande zu unterdrücken.

berichteten. Ihren Berichten zufolge waren 76 % davon auf Schussverletzungen zurückzuführen [50]. INDEPAZ berichtete seinerseits von 80 Toten, 4.687 Fällen von Polizeigewalt, dem Einsatz nicht-konventioneller Waffen durch die Polizei, 2.005 willkürlichen Verhaftungen und 28 Opfern sexueller Gewalt durch die Sicherheitskräfte [51]. Auch die CIDH, internationale Kommissionen und europäische Diplomaten leg-

ten Berichte vor und bestätigten Rechtsverletzungen durch die Polizei und den Staat. Die kolumbianische Regierung wies diese Berichte zurück und begab sich auf eine diplomatische Reise durch Europa, um ihre Reaktion auf die Proteste zu rechtfertigen und Menschenrechtsverletzungen zu leugnen ^[52].

Kooperationsabkommen zwischen Deutschland und Kolumbien

Trotz schwerwiegender Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen durch die kolumbianischen Streitkräfte und die kolumbianische Polizei unterzeichnete die deutsche Regierung im Jahr 2021 ein Kooperationsabkommen zur Stärkung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Bereich der militärischen Verteidigung ^[55]. Trotz mehrerer Auskunftersuchen von Abgeordneten des Deutschen Bundestages und Organisationen der Zivilgesellschaft sind die Einzelheiten des Abkommens noch immer nicht bekannt.

Ausblick für 2022

Für 2022 werden die ersten JEP-Sanktionen und die Übergabe des CEV-Berichts erwartet. Diese Sanktionen und der Bericht der Kommission werden sicherlich neue Diskussionen über die Maßnahmen eröffnen, die die neue Regierung ergreifen muss, um die Umsetzung des Friedensabkommens, die Verringerung der Gewalt und die soziale Entwicklung des Landes fortzusetzen. Die Durchführung dieser Maßnahmen und die weitere Umsetzung des Friedensabkommens werden jedoch vom Ausgang der Wahlen abhängen, die im März für den Kongress und im Mai für den Präsidenten stattfinden. Obwohl die Wahlumfragen von einem Oppositionskandidaten mit progressiver linker Politik angeführt werden, ist mit Wahlfälschungen zu rechnen. Die kolumbianische Wahlbeobachtungsmission meldete das Risiko von Betrug und/oder Gewalt bei den Wahlen in 131 Gemeinden ^[58]. Es wurde bereits über Ungereimtheiten in der Wahlsoftware berichtet, und es wurden internationale Foren und Treffen mit Politiker*innen und Geschäftsleuten aus anderen Ländern abgehalten, um die so genannte "sozialistische Bedrohung" zu stoppen.

Zugleich wächst aber die Ablehnung des Uribismus. Die Kandidaten der Mitte und des rechten Lagers versuchen, sich vom ehemaligen Präsidenten Álvaro Uribe Vélez, dem Vorsitzenden der Regierungspartei, zu distanzieren. Der Kandidat für die Wahlen 2022 seiner rechtsextremen Partei *Centro Democrático* erreicht nur sehr geringe Zustimmungswerte



Militärische Übungen mit schwerer Artillerie an der venezolanischen Grenze. Die kolumbianische Regierung präsentierte ihr militärisches Arsenal an dieser Grenze und in den Städten. Provokation?

te, so dass die *Uribistas* Bündnisse mit anderen Parteien suchten. Es ist auch erwähnenswert, dass dies die zweite und letzte Legislaturperiode ist, in der die politische Partei COMUNES 10 Sitze im Parlament sicher erhält.

All dies bedeutet, dass nach einer ruhigen Wahl im Jahr 2018 jetzt ein turbulenter Wahlkampf bevorsteht. Auch nach den Wahlen wird die Situation nicht einfach sein. Wenn die Opposition an die Macht kommt, besteht die reale Gefahr, dass rechtsextreme Gruppen, einschließlich Paramilitärs, die Regierung angreifen. Und wenn die derzeitige Regierung, d.h. der Uribismo und die mit ihm verbündeten Parteien wieder gewählt wird, was wahrscheinlich auf Wahlbetrug zurückzuführen wäre, wird es wieder zu Protesten kommen, wie wir sie im letzten Jahr erlebten. Die Arbeit der Menschenrechts- und Friedensorganisationen wird deswegen sehr nötig sein.

Referenzen (Links geprüft am 20.02.2022)

- [1] jep.gov.co/Sala-de-Prensa/Paginas/Consejo-de-Seguridad-de-la-ONU-celebraciones-de-la-JEP-en-los-casos-de-secuestro-y-de-falsos-positivos.aspx
- [2] jep.gov.co/Sala-de-Prensa/Paginas/La-JEP-hace-p%C3%BAblica-la-estrategia-de-priorizaci%C3%B3n-dentro-del-Caso-03,-conocido-como-el-de-falsos-positivos.aspx
- [3] jep.gov.co/Sala-de-Prensa/Paginas/Ante-la-JEP-exmiembros-del-Comando-Conjunto-Central-de-extintas-Farc-EP-reconocen-su-responsabilidad-en-hechos-de-secuestro.aspx

- [4] comisiondelaverdad.co/actualidad/noticias/comision-de-la-verdad-colombia-balance-2021
- [5] ubpdbusquedadesaparecidos.co/actualidad/unidad-de-busqueda-de-personas-dadas-por-desaparecidas-compartio-con-la-comunidad-internacional-avances-y-prioridades-de-su-tarea-humanitaria-y-extrajudicial
- [6] corteconstitucional.gov.co/relatoria/2021/SU150-21.htm
- [7] jep.gov.co/Sala-de-Prensa/Paginas/JEP,-preocupada-por-no-aprobaci%C3%B3n--de-recursos-adicionales-en-presupuesto-.aspx, minhacienda.gov.co/webcenter/ShowProperty?nodeId=/ConexionContent/WCC_CLUSTER-140009 und minhacienda.gov.co/webcenter/portal/EntOrdenNacional/pages_presupuestogralnacion/pgn2022/decretopresupuesto2022
- [8] corteconstitucional.gov.co/comunicados/Comunicado%20No.%2001%20Enero%2027%20de%202022.pdf
- [9] indepaz.org.co/lideres-sociales-y-defensores-de-derechos-humanos-asesinados-en-2021/
- [10] kolko.net/krieg-und-frieden/5-jahre-friedensabkommen-kolumbien-menschenrechtsorganisationen-ziehen-gemischte-bilanz
- [11] mailchi.mp/dist/cidh-condena-violencia-en-cauca-e-insta-a-colombia-a-reforzar-desarrollo-de-politicas-que-cambien-las-causas-estructurales-de-la-violencia-en-el-pas?e=8f5ae1ace6
- [13] indepaz.org.co/informe-de-masacres-en-colombia-durante-el-2020-2021
- [14] unidadvictimas.gov.co/es/planeacion-y-seguimiento/publicacion-de-datos-abiertos/161
- [15] coeuropa.org.co/despues-de-un-mes-de-paronacional-continuan-desaparecidas-327-personas und elespectador.com/judicial/que-paso-con-los-desaparecidos-del-paro-nacional
- [17] unidadvictimas.gov.co/es/planeacion-y-seguimiento/publicacion-de-datos-abiertos/161
- [18] codhes.wordpress.com/2021/12/22/2021-el-ano-con-mayor-numero-de-victimas-de-desplazamiento-en-5-anos/
- [20] icrc.org/es/document/colombia-aumento-de-victimas-de-artefactos-explosivos-durante-primer-semestre-de-2021
- [22] insightcrime.org/investigations/in-colombia-child-soldiers-play-many-roles
- [23] bluradio.com/blu360/bogota/indigenas-embera-califican-de-casa-del-terror-lugar-donde-distrito-los-quiere-trasladar-en-bogota
- [24] observatoriofeminicidioscolombia.org/index.php/reportes
- [25] twitter.com/DefensoriaCol/status/1493716086533066752
- [26] amerika21.de/analyse/254990/frauen-kolumbien-selbstschutz
- [27] minjusticia.gov.co/programas-co/ODC/Documents/Publicaciones/Oferta/Censos/CENSO_2020_UNODC_AGOSTO.pdf?csf=1&e=3FrXTf
- [28] infobae.com/america/venezuela/2022/02/13/el-video-que-revela-la-guerra-que-libran-las-disidencias-de-las-farc-y-el-eln-en-territorio-venezolano
- [29] klimasolidaritaet.de/monokultur und klimasolidaritaet.de/illegale-monokulturen
- [31] corteconstitucional.gov.co/relatoria/2021/T-413-21.htm

- [32] indepaz.org.co/wp-content/uploads/2021/10/INFORME-DE-GRUPOS-2021.pdf,
es.insightcrime.org/noticias/por-que-eln-detras-ruta-rio-orinoco-venezuela,
es.insightcrime.org/noticias-crimen-organizado-colombia/comandos-de-la-frontera und
es.insightcrime.org/noticias/actores-nuevos-viejos-cocaina-transforma-hampa-europa
- [33] dane.gov.co/index.php/estadisticas-por-tema/pobreza-y-condiciones-de-vida/pobreza-monetaria und fedesarrollo.org.co/es/content/la-pobreza-se-ubicaria-en-un-40-en-2021-fedesarrollo-noticias-colombia
- [34] datos.bancomundial.org/indicador/SI.POV.GINI?locations=CO
- [35] bancomundial.org/es/events/2021/11/11/integracion-social-y-economica-de-los-migrantes-venezolanos-en-colombia
- [36] transparency.org/en/cpi/2021
- [38] funcionpublica.gov.co/eva/gestornormativo/norma.php?i=170902
- [39] nadioporencimadelajusticia.org/
- [40] amerika21.de/2021/07/252299/haiti-kolumbien-affaere
- [41] amerika21.de/2021/11/255591/polizei-kolumbien-nazismus
- [42] tdh.de/was-wir-tun/themen-a-z/kleinwaffen/
- [43] senado.gov.co/index.php/el-senado/noticias/3567-sancionada-ley-de-accion-climatica
- [44] minambiente.gov.co/bosques-biodiversidad-y-servicios-ecosistemas/reduccion-del-34-en-el-arco-de-la-deforestacion-de-la-amazonia/
- [45] kolkko.net/agrokraftstoffe-ressourcenkonflikte-und-megaprojekte/dossier-deutsche-unternehmen-und-der-hidroituango-staudamm-verletzungen-der-menschenrechte-an-kolumbiens-groesstem-staudamm-unternehmen-verstossen-gegen-die-sorgfaltspflichten/
- [46] riosvivoscolombia.org/la-rentabilidad-del-miedo
- [47] askonline.ch/allgemein/eingabe-beim-schweizer-nationalen-kontaktpunkt-der-occd-gegen-glencore
- [48] woz.ch/2205/glencore-vs-kolumbien/die-moderne-sage-vom-arroyo-bruno
- [49] oas.org/es/CIDH/jsForm/?File=/es/cidh/prensa/comunicados/2021/137.asp
- [50] ohchr.org/SP/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=27967&LangID=S und
hrw.org/es/news/2021/06/09/colombia-brutalidad-policial-contra-manifestantes
- [51] indepaz.org.co/victimas-de-violencia-homicida-en-el-marco-del-paro-nacional/
- [52] oas.org/es/cidh/informes/pdfs/ObservacionesVisita_CIDH_Colombia_SPA.pdf
- [55] bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-873800
- [58] moe.gov.co/mapas-y-factores-de-riesgo-electoral-elecciones-2022/

Aktivitäten zu Kolumbien

2021 war ein ereignisreiches Jahr, nicht nur in Kolumbien, sondern auch in Deutschland und damit auch in unserer Arbeit. In diesem Jahr waren wir an 92 Aktivitäten beteiligt. Mit unseren Aktivitäten erreichten wir 3.614 Personen. Davon nahmen 2.556 Personen virtuell an 54 Aktivitäten teil. 1.058 Personen, 476 davon in München, erreichten wir persönlich mit 38 Aktivitäten. Darüber hinaus hatten wir 1.510 Besucher auf unserer Projektplattform [Klimasolidarität.de](https://www.klimasolidaritaet.de) und mehr als 2.500 Interaktionen auf unseren Social-Media-Beiträgen.

Erfahrungen und Wirkung

Durch diese Maßnahmen ist es uns gelungen, über die Probleme unserer Kontaktpersonen und Partnerorganisationen in Kolumbien zu informieren, sowie Räume für kritische Analyse neuer Perspektiven und Lösungen zu eröffnen. Wir verstärkten auch unsere Beteiligung an vier Netzwerken: die Deutsche Menschenrechtskoordination Kolumbien (MRKK), ein Netzwerk von Initiativen und Kollektiven, die sich in Deutschland für die Friedensförderung in Kolumbien einsetzen, ein Netzwerk zur Unterstützung von Asylsuchenden und das Netzwerk unseres Projektes [Klimasolidarität.de](https://www.klimasolidaritaet.de).

Bei all dem stellten wir ein wachsendes Interesse an unserer Arbeit fest. Im Jahr 2021 erhielten wir vier Bewerbungen für Praktika, von denen wir nur zwei annehmen konnten. Darüber hinaus stiegen die Anfragen zur Unterstützung von Organisationen oder Personen, die sich in Gefahr befinden oder Asyl suchen, sowie Einladungen zur Teilnahme an Veranstaltungen anderer Organisationen. Da unsere Kapazitäten begrenzt sind und wir nicht in allen Bereichen über Experten verfügen, mussten wir viele dieser Anfragen an Personen oder Organisationen weiterleiten.

Unsere Veröffentlichungen fanden auch großen Anklang, sowohl auf unserer Hauptwebsite als auch auf der Seite [Klimasolidarität.de](https://www.klimasolidaritaet.de). Unsere Artikel wurden von anderen Medien oder Radioprogrammen zitiert oder verwendet. Das Publikum schätzte vor allem die Möglichkeit, einen Raum für die Reflexion und Analyse von solidarischen Alternativen zu den Problemen des Klimawandels und der Menschenrechtsverletzungen im globalen Süden mitzugestalten.

Wir konnten uns mit einem Verteidiger indigener Rechte solidarisieren, der einen Raum zum Ausruhen und Lernen erhielt, um seine per-

sönlichen und gemeinschaftlichen Pläne voranzutreiben. Vor allem aber konnte er das Risiko von Angriffen auf sich und sein Team verringern. Wir haben unser Gast noch geholfen, ein zusätzliches Stipendium zu erhalten, um die Verteidigung und Stärkung seiner Gemeinschaft fortzusetzen. Darüber hinaus konnten wir uns auch mit anderen Menschen solidarisieren und sie bei der Suche nach Verringerung ihrer Sicherheitsrisiken unterstützen.



Einer unserer ehrenamtlichen Kollegen in einem Performance bei einer Kundgebung in München

Des Weiteren ist es uns gelungen, einen Beitrag zu leisten, Polizeigewalt und Unterdrückung sozialer Proteste in Kolumbien auf internationaler Ebene sichtbar zu machen. Mitglieder verschiedener politischer Parteien in Deutschland äußerten ihre Solidarität und forderten die Achtung der verfassungsmäßigen Rechte der Kolumbianer*innen. Außerdem richteten wir Petitionen an die kolumbianische Regierung und erhielten konkrete Antworten darauf. Besonders wichtig für uns waren auch die Solidaritätsbotschaften lokaler münchener Institutionen wie dem Münchner Flüchtlingsrat, dem Netzwerk Morgen und dem Migrationsbeirat, die sich gegen die Gewalt und staatliche Repression in Kolumbien äußerten und die Bundesregierung aufforderten, die Asylanträge von Menschen aus diesem Land zu akzeptieren.

Wir erzielten einen Wissensaustausch, der zur Motivation und Stärkung unseres Teams und der Teilnehmenden beitrug. Außerdem

konnten wir andere Perspektiven auf die Situation in Kolumbien kennenlernen und mehr über die Beziehungen zwischen Deutschland und Kolumbien erfahren. Die Teilnehmer bewerteten den Austausch zwischen deutscher Geschichte und der aktuellen Situation in Kolumbien als sehr gut. Darüber hinaus gab uns die Virtualität die Möglichkeit, den Dialog weit über die Grenzen hinaus auszudehnen. Und wir konnten damit auch den Organisationen in Kolumbien die Möglichkeit bieten, eine größere Reichweite zu erzielen.

Wie haben wir es geschafft?

Im Jahr 2021 führten wir zwei große Projekte durch: unsere Teilnahme am Stipendienprogramm der Elisabeth-Selbert-Initiative (ESI) für Personen, die sich für die Menschenrechte einsetzen und die Plattform Klimasolidarität.de, die ergänzt und neu gestaltet wurde. Außerdem wurde eine Reihe von neun Veranstaltungen unter dem Titel "Politische Bildung für Alle" durchgeführt. Insgesamt hielten wir Vorträge und führten Diskussionen, Kommunikations-, Öffentlichkeitsarbeit-, Austausch- und Vernetzungsaktivitäten sowie Advocacy-Maßnahmen durch. Außerdem hielten unsere Gäste aus Kolumbien und Teammitglieder Reden bei öffentlichen Veranstaltungen, die eine große Reichweite und Wirkung erzielten.

Thematisch konzentrierte sich unser Blick auf die Konflikteskalation, Friedensförderung und die Umsetzung des Friedensvertrages. Auch wichtig waren die Unterstützung indigener Gemeinschaften, insbesondere der Inga-Gemeinschaft in Aponte Nariño, und das Konzept der Klimasolidarität und Klimagerechtigkeit. Weitere Themen waren die politische und menschenrechtliche Bildung, polizeiliche und staatliche Gewalt und die Drogenpolitik. Weitere Einzelheiten zu den wichtigsten Aktivitäten und Projekten sind im Folgenden aufgeführt.

Die Elisabeth-Selbert-Initiative

Dieses Stipendienprogramm für Menschenrechtsverteidiger*innen, das vom Institut für Auslandsbeziehungen mit Mitteln des Auswärtigen Amtes gefördert wird, ermöglichte es uns, einen Verteidiger indigener Rechte nach München einzuladen. Die Verwaltung seiner Gemeinde wurde im Jahr 2020 von Personen übernommen, die mit Drogenhändlern in Verbindung stehen und den Schlafmohn in der Gemeinde wieder anpflanzen wollten. Wer sich dem entgegen setzte, musste mit hohen Strafen rechnen oder die Gemeinde verlassen. Das war der Fall unseres Gastes, der zuerst entführt und danach verfolgt und kriminalisiert wurde.

Während des Aufenthalts boten wir unserem Gast persönliche und psychosoziale Unterstützung, sowie Unterstützung bei der Lösung der Probleme in seiner Gemeinde, Schulungen und einen Sprachkurs an. Wir begleiteten ihn auch zu historischen Gedenkstätten des Nationalsozialismus, wo er über die Ähnlichkeiten zwischen der



Psychosozialer Workshop zur Unterstützung unseres ESI-Gastes. Gemeinsam sind wir stärker!

deutschen Kriegsgeschichte und der Ausrottung der indigenen Völker in Lateinamerika nachdachte. Der Gast nahm auch an Austauschveranstaltungen mit anderen ESI-Teilnehmenden sowie mit hochrangigen Repräsentanten der deutschen Regierung teil. Dazu hielt er Vorträge und Diskussionen in verschiedenen Städten Deutschlands und in der Schweiz. Dank dieser Aktivitäten konnte er Unterstützungsbriefe von anderen Organisationen sowie von Mitgliedern des Deutschen Bundestages sammeln, die er für seine politische Arbeit und Öffentlichkeitsarbeit in Kolumbien nutzte. Nach seiner Rückkehr wurde er für die Teilnahme an einem weiteren Stipendium ausgewählt und vom Menschenrechtsbeauftragten der deutschen Botschaft empfangen, der ihm half, seine Advocacy Arbeit beim Innenministerium in Kolumbien zu verstärken. Auch bei der Rechtslage in der Gemeinde wurden Fortschritte erzielt.

Klimasolidarität

Die Plattform existiert nun seit drei Jahren. Sie entwickelt sich in Form, Inhalt und Umfang weiter. Die Plattform verfügt nun über eine benutzerfreundlichere Version mit neuen Einführungs- und Erläuterungstexten. Neue Texte zu den Problemen: Plastik, Müll, Flussverschmutzung und den Auswirkungen illegaler Pflanzungen wurden hinzugefügt. Außerdem gibt es neue Videos, die Ideen für solidarischen Konsum und solidarische Produktion vorstellen und die Umsetzung solidarischer Wirtschaftsmodelle fördern. Die Plattform konnte neue Zielgruppen ansprechen und verbesserte ihre Besucherzahlen.

Reihe: Politische Bildung für Alle

Das Projekt wurde von unserem ehrenamtlichen Kollegen Danny Carvajal konzipiert und geleitet. Er baute eine Kooperation mit der Fakultät für Rechts- und Politikwissenschaften der Universität de Antioquia sowie mit verschiedenen Kollektiven auf. In neun Veranstaltungen wurden die folgenden Themen diskutiert: der soziale Rechtsstaat, das humanitäre Völkerrecht, das Römische Statut, der Internationale Strafgerichtshof, gewaltfreier Widerstand, die Minga Indígena, sexuelle Gewalt als Kriegswaffe, das Interamerikanische Menschenrechtssystem, Solidaritätsnetzwerke und die Folgen des gewaltsamen Verschwindenlassens. Etwa 150 Personen nahmen an diesen Diskussionen teil.

Extraktivismus und Unternehmensverantwortung

Im Rahmen des Projekts Perspectivas Diversas führten wir zusammen mit anderen Organisationen aus der Schweiz und den Niederlanden eine Veranstaltung zum Kampf indigener Gemeinden gegen die Ölindustrie durch: Internationale Schiedsgerichtsbarkeit und Straffreiheit für Multinationale. Erkenntnisse aus dem Energiesektor. An der Podiumsdiskussion nahmen Gäste der Vereinigung der Opfer von Chevron Texaco (UDAPT) sowie Experten aus dem Bereich der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit aus den Niederlanden und Deutschland teil. Das Öku Büro war für die Werbung, Übersetzung und Dokumentation der Veranstaltung in Deutschland verantwortlich. Die Gäste stellten vor allem den Fall von Chevron Texaco vor. Das Unternehmen wurde wegen der Verschmutzung des Amazonasgebiets durch Öl zu einer Geldstrafe von 9 Millionen Dollar verurteilt. Ein internationales Schiedsgericht be-



Ein weiteres Jahr vor dem Bildschirm. Unsere Veranstaltungen fanden hauptsächlich online statt

schloss später die Aufhebung des Verfahrens und forderte die ecuadorianische Regierung auf, eine hohe Summe an das Unternehmen zu zahlen und die Proteste gegen das Unternehmen zu verbieten. Begründet wurde dies mit den Schäden, die dem Konzern durch die Klagen und die Proteste der betroffenen Gemeinden entstanden sind. All dies geschieht im Rahmen eines internationalen Investitionsschutzabkommens.

An zwei weiteren Veranstaltungen zum Thema Extraktivismus nahm Narlis Guzmán Angula teil, Menschenrechts- und Umweltaktivistin und Anführerin der indigenen Wuayúu Gemeinschaft im Norden Kolumbiens. Narlis präsentierte einen aktuellen Bericht über die Lage der Gemeinden, die unter den Folgen des Kohleabbaus im Norden Kolumbiens leiden. Die Veranstaltungen unter dem Namen Still Burning: Coal, Colonialism & Resistance wurden vom Still Burning Network koordiniert und von uns logistisch und finanziell unterstützt. Darüber hinaus wurde unser Kolumbienreferent eingeladen, eine Diskussion über den Film Spears From All Sides zu leiten. Der Film handelt vom Kampf der Waorani-Gemeinschaft gegen die Ölgesellschaften im Amazonasgebiet. Der Film und die Diskussion fanden im Rahmen des Filmfestivals Globale Mittelhessen 2021 statt.

Umsetzung des Friedensabkommens

Im März luden wir die Gruppe PETRA Mujeres Valientes (mutige Frauen) zu einer Diskussion ein. Das Kollektiv arbeitete im letzten Jahr an einem Bericht für die JEP zu Prostitution, Menschenhandel und sexuellem Missbrauch als Folgen des bewaffneten Konflikts. Wir unterstützten die Erstellung des Berichts mit einer kleinen Spende.

Im November beteiligten wir uns an zwei Veranstaltungen, die von der MRKK anlässlich des fünften Jahrestages des Friedensabkommens mit der FARC organisiert wurden. Das erste war ein Fachgespräch, an dem politische Persönlichkeiten, deutsche und kolumbianische NROs, Journalisten und Wissenschaftler teilnahmen. Die zweite Veranstaltung war eine öffentliche Diskussion mit Leitungspersonen verschiedener internationaler Institutionen, darunter INDEPAZ, PCN, JEP und UNHCHR. In beiden Veranstaltungen wurde die Umsetzung der verschiedenen Punkte des Friedensabkommens eingehend erörtert. Ganz allgemein ließ sich feststellen, dass die Umsetzungstatistiken der Organisationen der Zivilgesellschaft, der kolumbianischen Regierung und des KROC-Instituts, das die Umsetzung der Abkommen überwacht, sehr unterschiedlich sind. Die zwei Punkte des Abkommens mit den geringsten Fortschritten sind die Punkte 1 und 4, die sich auf eine

umfassende Landreform und die Lösung des Problems der illegalen Plantagen und Drogen beziehen. Die mangelnde Umsetzung dieser Punkte hat Auswirkungen auf die aktuelle Eskalation des Konflikts und auf die Ermordung sozialer Führungspersönlichkeiten und ehemaliger FARC-Kämpfer*innen.

Unterdrückung von sozialem Protest und staatlicher Gewalt

Auch verschiedene Aktivitäten zur Polizeigewalt und der staatlichen Repression im Rahmen der Proteste fanden statt. Im Mai fand die Veranstaltung Kolumbianischer Frühling - die erste Revolution des 21. Jahrhunderts? statt. An der Veranstaltung nahmen Personen mit Leitungsrollen in den Protesten und Mitglieder der NRO Temblores teil, die über die Menschenrechtsverletzungen und die Polizeigewalt berichteten. Sie erklärten, dass es bei den Protesten zu Fällen von gewaltsamem Verschwindenlassen, Einsatz nicht zugelassener Waffen, Sexualverbrechen und anderen Straftaten durch Angehörige der kolumbianischen Polizei kam.

Reden bei öffentlichen Veranstaltungen

In vier Reden gelang es uns, die dringende Botschaft über die Lage in Kolumbien an mehr als 420 Personen zu übermitteln. Diese Reden wurden bei verschiedenen Terminen mit Mitarbeiter*innen des Auswärtiges Amts, der ehemaligen deutschen Menschenrechtsbeauftragten und



"Colombia mi amor Resiste por favor". Wandbild, das während des Festivals Fette de la Musiquè gemalt wurde, wo wir über die Situation in Kolumbien berichteten.

anderen Teilnehmern des ESI-Programms gehalten. Weitere Redebeiträge hatten bei verschiedenen Aktionen auf öffentlichen Plätzen. Zum Beispiel auf dem Festival Fette de la Musique berichteten unser ESI-Gast und unser Referent vor mehr als 300 Personen ausführlich über die Lage in Kolumbien. Der Stipendiat wurde auch für Radiosendungen, Podcasts und Zeitschriften interviewt.

Teilnahme an MRKK und anderen Netzwerken

In der MRKK beteiligten wir uns an den Treffen selbst, an der Koordination der Veranstaltungen und an der Ausarbeitung von Pressemitteilungen und Petitionen an die deutsche Regierung. Die Teilnahme an der MRKK stärkt uns sehr durch den Kontakt mit den teilnehmenden Organisationen, den Austausch von Informationen und die Möglichkeit, unsere Bedürfnisse, Anliegen und Aktivitäten dort mitzuteilen. Wir nahmen noch an Veranstaltungen des OIDHACO-Netztes und der Coordinación Colombia Europa Estados Unidos - CCEEU teil, wo wir andere Organisationen kennenlernten, die Arbeit des Öku-Büros bekannt machten und uns dank des direkten Informationsaustauschs mit den Menschenrechtsnetzen in Kolumbien fortbilden konnten.

Soziale Medien

Um nicht nur unser Publikum, sondern auch Menschen außerhalb unserer "Blase" zu erreichen, nutzten wir den Facebook-Kanal des Büros, die Webseiten Klimasolidarität.de und oeku-buero.de, sowie den YouTube-Kanal des Projektes Klimasolidarität, für das wir noch einen Twitter- und einen Instagram-Account eröffneten. Insgesamt veröffentlichten wir 301 Beiträge in diesen Netzwerken, die mehr als 65.000 Personen erreichten, von denen 2.600 Personen mit Likes, Kommentare, Klicks oder Shares reagierten. Die besten Ergebnisse haben wir über Instagram und Youtube erreicht.

Kooperationen

Ohne die Zusammenarbeit mit vielen Menschen und Organisationen wäre das nicht möglich gewesen. Wir möchten die Zusammenarbeit mit ihnen würdigen und uns bei ihnen bedanken. Unser Dank gilt vor allem dem Team und den Freiwilligen vom Öku-Büro, dem AK-Kolumbien zusammen mit Aluna Minga, dem Team von Klimasolidarität, dem Team des ESI-Projektes und unseren Praktikanten im Jahr 2021. Und wir bedanken uns bei den Organisationen und Kollektiven mit denen wir Aktivitäten oder Veröffentlichungen teilten: die Organisationen der

MRKK, Columba-Netzwerk, und alle weitere Organisationen mit denen wir zusammen gearbeitet haben, in München besonders das Kulturreferat, der Migrationsbeirat, MORGEN e.V. und der Münchner Flüchtlingsrat. In Kolumbien: die Pastoral Social, das Programm Somos Defensores, und andere Kollektiven.



Rundgang in München mit anderen ESI-Stipendiat*innen und Freunden vom Arbeitskreis Kolumbien und Aluna Minga e.V. Thema: (De-)Kolonialismus

Schlusswort und Pläne für 2022

Dank dieser Ergebnisse und der daraus gezogenen Lehren konnten wir den Arbeitsbereich für Kolumbien, der sich nun im vierten Jahr seiner Tätigkeit befindet, stärken und stabilisieren. Es gibt noch viel Raum für Verbesserungen, vor allem bei der Planung und bei der Stärkung unseres Arbeitskreises Kolumbien, damit wir einen wirkungsvolleren Beitrag leisten können.

Kolumbien befindet sich erneut im Krieg, die Streitkräfte arbeiten selbst mit Drogenhändlern zusammen, gegen zahlreiche Regierungsbeamte wird wegen Verbindungen zu paramilitärischen Gruppen oder zum Drogenhandel ermittelt, und das Justizsystem selbst wird von hohen Beamten der Exekutive manipuliert. Über die Rolle der deutschen Regierung, die die kolumbianische Regierung weiterhin verteidigt, auch mit militärischen Abkommen, ist wenig bekannt. Wir verstehen kaum, warum die deutsche Regierung weiterhin die Asylanträge der wenigen Menschen, denen es gelingt, Kolumbien zu verlassen, unter dem Vorwand ablehnt, es sei ein friedliches und stabiles Land. Wir hoffen, dass wir dank unserer Aktionen und der Aktionen all jener Personen und Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, diese Situation umkehren können und dass insbesondere das Friedensabkommen ordnungsgemäß umgesetzt wird und eine strukturelle Landreform und eine Reform der kolumbianischen Regierung und der Streitkräfte durchgeführt werden.

Um all dies zu erreichen und die Probleme der kolumbianischen Zivilgesellschaft sichtbarer zu machen, wollen wir im Jahr 2022 verschiedene kulturelle und informative Veranstaltungen durchführen. Anfang Februar 2022 nahm unser ehemaliger ESI-Stipendiat bereits an einer Veranstaltung teil, die von unserem Kolumbienreferenten moderiert wurde. Es ging um die sozialen und ökologischen Auswirkungen illegaler Anpflanzungen auf indigene Gemeinschaften. Ebenfalls im Februar beginnt eine neue Reihe der Gespräche „politische Bildung für Alle“. Darüber hinaus werden wir uns zwischen März und Juni an der Koordination eines kostenlosen virtuellen Fortbildungsprogramm für gesellschaftliche Führungspersonen beteiligen. Thematisch geht es um die Herausforderungen des Friedensabkommens und um die deutschen Erfahrungen in der Nachkriegszeit. Damit wollen wir Menschen in Kolumbien, München und Deutschland motivieren und empowern, Veränderungen in ihren Gemeinden und die Friedensarbeit zu fördern. Gleichzeitig ist eine Reise nach Kolumbien geplant, um an einer Wahlbeobachtungsmission teilzunehmen sowie unsere Kontaktpersonen und Partnerorganisationen zu besuchen. Mit der Reise möchten wir die Realität unserer Partner in den Regionen, in denen sie ansässig sind, näher kennen zu lernen. Wir hoffen, dass wir nach diesem Besuch an Diskussionen und Arbeitsgruppen teilnehmen können, um die Erfahrungen der Reise teilen zu können. Im Sommer ist ein Austausch mit Hip-Hop-Künstlerinnen aus Kolumbien und Mexiko geplant. Der Austausch ist eine Kooperation mit der Mexikostelle und mit dem Kulturreferat der Landeshauptstadt München. Dazu sind zwei oder drei Konzerte mit einer Musikgruppe von Umweltaktivisten geplant.

Wir wollen auch die Plattform Klimasolidarität weiterentwickeln und vor allem Räume für den Austausch zwischen den Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen schaffen, die sich an der Plattform beteiligten. Darüber hinaus werden wir unsere Arbeit in den bereits bestehenden Netzwerken fortsetzen und uns weiterhin mit Fragen der Drogenpolitik und indigenen Gemeinschaften befassen. Wir werden uns auch weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Anwälten einsetzen und dringende Maßnahmen ergreifen. Wir haben ein weiteres arbeitsreiches Jahr vor uns.

Aktivitäten zu Brasilien



Vertreterinnen der Schwarzen Koalition für Menschenrechte aus Brasilien prangerten Umweltrassismus an.

Seit 2020 bereichert ein kleiner, ehrenamtlicher Brasilien-Arbeitskreis die Bildungs- und Menschenrechtsarbeit des Ökubüros und setzt verstärkt Akzente zu den Themen Rassismus und Antidiskriminierung. Ein Mitglied des AK nahm 2021 auch an mehreren Gesprächen und Diskussionen zum Thema Dekolonisierung teil. Eine dazu geplante Veranstaltung mit Aktivist*innen aus Lateinamerika mussten wir wegen der COVID-Pandemie jedoch verschieben.

Brasilien und Deutschland sind wirtschaftlich eng verflochten: Rund 45 Prozent der Eisen- und 30 Prozent der Zelluloseimporte Deutschlands stammen aus Brasilien, auch bei Sojamehl, Kaffee und Orangensaftkonzentraten ist der Anteil sehr hoch. Problematisch sind dabei neben der strukturellen Ungleichheit in den Wirtschaftsverhältnissen die hohe Zahl an Menschenrechtsverletzungen, sozialen Konflikten und Umweltzerstörungen, die mit dieser Produktion einhergehen. Das betrifft auch Umweltverschmutzung wie beispielshalber die Verseuchung durch Pestizide, Arbeitsrechtsverstöße in der Landwirtschaft, Arbeitsbedingungen die teilweise an Sklaverei grenzen, Landkonflikte, Entwaldung und Missachtung territorialer Rechte von indigenen und anderen traditionellen Völkern und Gemeinschaften. In diesem Zusammenhang unterstützten wir 2021 die Kampagne „Volk der Arara - Wächter des Iriri“, einer indigene Gruppe, deren Territorium durch extreme Abholzung bedroht ist.

<https://www.oeku-buero.de/nachricht-555/campa%C3%B1a-pueblo-arara-guardianes-de-los-iriri-kampagne-volk-der-arara-w%C3%A4chter-des-iriri.html>

Und wir organisierten drei Veranstaltungen zu Brasilien:

14. März: „Zum Gedenken an Marielle Franco und Berta Cáceres: gegen jede Form von Rassismus, Sexismus und Klassismus“

Im Rahmen der Münchner „Wochen gegen Rassismus“ moderierte Bianca Miranda für das Ökubüro eine Online-Veranstaltung in Kooperation mit dem NordSüdForum, Casa do Brasil, der Gruppe Aruanas und der Gesellschaft für bedrohte Völker. Referent*innen waren Renata Souza (Brasilien) und Berta Zúniga (Honduras). Siehe auch das Kapitel Aktivitäten zu Honduras in diesem Jahresbericht. Die Videoaufzeichnung der Veranstaltung ist veröffentlicht unter

<https://www.facebook.com/100049178917730/videos/284340626548566/>

9. November: KlimaUngerechtigkeit und Umwelt-rassismus – Brasilien und Deutschland im Fokus

In dieser Präsenz-Diskussionsveranstaltung wurde der Zusammenhang zwischen Klima(Un)gerechtigkeit und Umwelt-rassismus verdeutlicht und verschiedene Perspektiven beleuchtet. Dabei ging es auch darum, die Verbindung zum globalen Süden und die Verantwortung des globalen Nordens herauszustellen. Zwei Aktivistinnen, Eliete Paraguassu und Thaís Santos, beide Vertreterinnen der Schwarzen Koalition für Menschenrechte in Brasilien (Coalizão Negra pelos Direitos), berichteten von ihren täglichen Kämpfen und kamen mit Christian Russau, Autor und Vorstandsmitglied des Dachverbands der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, ins Gespräch. Thaís Santos schilderte die Situation im in der nordöstlichen Peripherie der Megametropole São Paulo. Vor 15 Jahren war sie Mitbegründerin der NGO „Comunidade Quilombaque“, einer „politisch-ethnisch-kulturellen“ widerständigen Gruppe, seit Oktober 2021 ist sie Mitglied des WWF-Rats für Brasilien. Dreißig Jahre lang wurde die Hälfte des gesamten Mülls von São Paulo nach Peru transportiert. Dort gibt es auch eine Zementfabrik, die massive Atemwegserkrankungen bei den mehrheitlich Schwarzen Einwohner*innen verursacht. Mülldeponien, Verkappung gefährlicher Substanzen in Flüssen, fehlende Abwasserentsorgung und Wasserknappheit – alles Umwelt-rassismus, der dort stattfindet, wo die Schwarze Bevölkerung lebt.



Thais Santos und Eliete Paraguassu.

Eliete Paraguassu ist eine feministische Aktivistin aus der Ilha da Maré, südlich der Metropole Salvador da Bahia. Als Führungsperson der Fischer*innen und Flussanwohner*innen hat sie die vom Petrobras-Konzern verursachte Umwelt- und Gewässerverschmutzung in ihrer Heimat

Klage eingereicht, die auch international für Aufsehen sorgte. Sie berichtete, dass die Gemeinde Jahrhunderte alt ist, aber erst seit den 1960er Jahren einen Hafen besitzt. Kürzlich wurden seitens der Hafentreiber fünf Hektar Mangrovensumpf gerodet, der nicht nur die Bucht von Aratu, sondern die gesamte „Allerheiligenbucht“ („Bahia de Todos os Santos“) ernährt, denn alle Gemeinden leben vom Fischfang. Der Hafen von Aratu wird noch immer ohne Umweltgenehmigung betrieben, der Umweltrassismus folgt einem genozidalen Modell, so die Referentin.

10. November: Sichtbarkeit, Teilhabe und Chancengerechtigkeit

In dieser Veranstaltung mit Eliete Paraguassu und Thaís Santos ging es um einen Erfahrungsaustausch und Netzwerkaufbau zwischen verschiedenen Akteur*innen aus dem Globalen Süden und Norden, die sich für eine demokratische Gesellschaft mit mehr Sichtbarkeit, Teilhabe und Chancengerechtigkeit der BIPoC einsetzen. Die Schwarze Koalition für Menschenrechte, der die beiden Referentinnen angehören, ist ein Netzwerk von mehr als 200 Initiativen, Organisationen und Kollektiven in Brasilien. Eliete und Thaís teilten Erfahrungen mit dem Münchner Teilnehmenden und reflektierten mit ihnen über Instrumente für die politische Arbeit zwischen globalem Süden und Norden sowie mögliche gemeinsame Aktionen.

<https://www.oeku-buero.de/details/sichtbarkeit-teilhabe-und-chancengerechtigkeit.html>



Unsere Plattform Klimasolidaritaet.de

Unsere Website und die ergänzenden Social-Media Kanäle rund um das Thema Klimasolidarität erreichten ihr drittes Lebensjahr. Im Jahr 2021 aktualisierten wir das Design der Website, um sie verständlicher zu machen. Wir fügten auch neue Inhalte in Form von Texten, Grafiken und Videos hinzu.



Die Plattform und das Konzept der Klimasolidarität ist aus langjährigen Diskussionen, Veranstaltungen und Projekten des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit hervorgegangen. Sie stellt kurze Videos und Texte vor. Die Videos zeigen solidarische Trends für die Klimagerechtigkeit. Hierbei ist eines unserer zentralen Ziele, darüber zu informieren, welche Initiativen hier in Deutschland und Europa Nahrungsmittel, Energie und Mobilität auf solidarischer Basis anbieten, ohne dabei Korruption, Menschenrechtsverletzungen oder Umweltprobleme in anderen Ländern zu fördern. Die Texte berichten über die Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden, die von bestimmten Sektoren verursacht werden. Dabei tauchen häufig dieselben Akteure

auf, die auch die globale Erderwärmung vorantreiben. Unter anderem sind dies die Kohle-, Bergbau-, Öl-, Stromerzeugungs- und Mobilitätsindustrie sowie industrielle Plantagen (Monokulturen) und der illegale Pflanzen- und Drogenanbau.

Im Jahr 2021 haben wir vier Texte über die Auswirkungen der Industrie auf die Flüsse in Mexiko, illegale Monokulturen und die Plastikproduktion sowie über das Abfallproblem in Deutschland hochgeladen. Darüber hinaus stellten wir in fünf Videos Alternativen für eine lokale ökologische und solidarische Produktion vor. Dazu gehören verpackungsfreier und solidarischer Handel, die Perspektive solidarischer Aktionäre, die von den Unternehmen einen Wechsel des Produktionsmodells fordern, und ein ganz besonderes Video über den Klimawandel und die Hindernisse für einen Systemwechsel aus der Sicht einer indigenen Gemeinschaft. Wir wurden auch als Referent*innen von Veranstaltungen anderer Organisationen eingeladen, um über Klimasolidarität und Klimagerechtigkeit zu informieren.

Dank dieses Projekts konnten wir mit unseren Themen unterschiedliche Zielgruppen außerhalb unseres sonstigen Aktionsfeldes erreichen. Dies war vor allem dank der neuen Kommunikationskanäle möglich. Unsere Website erhielt 1.510 Besucher*innen, und über unsere Social-Media-Kanäle erreichten wir mehr als 40.000 Menschen. Die Interaktion durch "Klicks", "Likes", "Views" oder "Shares" betrug 10,5 Prozent.

Wir sind auch sehr dankbar für das Interesse von verschiedenen Organisationen und Medien, die nicht nur die Idee, sondern auch die Texte und Videos auf der Plattform geteilt haben. In Suchmaschinen und sozialen Medien gewinnt der Begriff der Klimasolidarität zunehmend an Bedeutung. Ohne Solidarität können wir nicht über Klimagerechtigkeit sprechen. Wir danken allen Personen, Kollektiven und Organisationen, die den Ausbau dieses Projekts unterstützt haben.

Im Jahr 2022 wollen wir ein großes Treffen zwischen allen Personen veranstalten, die direkt oder indirekt an der Plattform beteiligt waren. Wir freuen uns auch auf weitere Videos und Texte, ergänzendes Material und vor allem auf weitere Diskussionen und Wissensaustausch über Klima- und soziale Gerechtigkeit.

Virtuelle Veranstaltungsrundreise „Tejiendo Solidaridad - Solidarische Allianzen, Für die Verteidigung der Gemeingüter, Selbstbestimmung und ein Gutes Leben für alle“



Eigentlich hatten wir gehofft, im Jahr 2021 wieder Gäste aus Zentralamerika zu einer Veranstaltungsrundreise nach Deutschland einzuladen zu können. Aufgrund der unvorhersehbaren Lage rund um Corona und die nach wie vor diskriminierenden Einreisebestimmungen für Personen, die nicht mit einem von der EU anerkannten Impfstoff geschützt sind, haben wir uns schweren Herzens dazu entschieden, unser Projekt „Tejiendo solidaridad - Solidarische Allianzen, Für die Verteidigung der Gemeingüter, Selbstbestimmung und ein Gutes Leben für alle“ auf ein Onlineformat umzuplanen. Dieses bestand aus sechs Abendveranstaltungen und zwei Onlineseminaren.

Dieses bestand aus sechs Abendveranstaltungen und zwei Onlineseminaren.

- 21.10.21 Der Kampf gegen den Klimawandel als kommunitive Praxis
- 25.10.21 Bitcoin in El Salvador: Chancen und Risiken der Kryptowährung
- 09.11.21 KlimaUngerechtigkeit und Umweltrassismus – Brasilien und Deutschland im Fokus
- 10.11.21 Sichtbarkeit, Teilhabe und Chancengerechtigkeit
- 25.11.21 El Salvador: Was bringt das neue Wassergesetz?
- 21.12.21 Expulsados – Vertrieben
- 09.10.21 Tejiendo solidaridad - Solidarische Allianzen
- 13.11.21 Honduras: Privatstädte und „libertäre“ Netzwerke - Entwicklungschancen für wen?

Begleitend zu dieser Reihe erstellten wir eine digitale Begleitpublikation. In dieser wurden ausgewählte Themen des Gesamtprojekts *Perspectivas Diversas* von Expert*innen aus El Salvador, Mexiko, Honduras und Deutschland vertieft und ergänzt.

Die Publikation kann kostenlos auf unserer Website heruntergeladen werden.⁽¹⁾ Den Auftakt dieser virtuellen Rundreise bildete unser gleichnamiges Onlineseminar mit Referent*innen aus Honduras, El Salvador und Kolumbien.

Jessica Fernández Norales, Aktivistin der Garífuna-Organisation OFRANEH aus Honduras und Wissenschaftlerin an der Universität Lissabon, sprach dabei über die Auswirkungen der neoliberalen Modellstädte auf das Leben der Garífuna-Gemeinden und den Widerstand in der Gemeinde Vallecito.

Rosa Isabas und Susana Castro von RACDES (Red de Ambientalistas Comunitarios de El Salvador – Kommunitäres Umweltnetzwerk El Salvador) aus El Salvador berichteten über bedrohte Gemeingüter angesichts neuer Investitionsformen und demokratischer Rückschritte in El Salvador. Konkret thematisierten sie dabei die sozialen Proteste rund um den historischen Park in der Gemeinde Cuisnahaut. Dieser sollte entgegen dem Wunsch der dortigen Bevölkerung einem Einkaufszentrum weichen.⁽²⁾

Der indigene Menschenrechtsverteidiger Carlos Leandro Janamejoy Guerrero aus Kolumbien sprach über die schwierige Situation der indigenen Bevölkerung. Diese leidet unter Konflikten und Menschenrechtsverletzungen, verursacht durch das Zusammenspiel von illegalen bewaffneten Gruppen, Drogenanbau sowie der Ausbeutung von Bodenschätzen durch transnationale Unternehmen.

Das Onlineseminar war gut besucht. Auch freut es uns, dass es uns durch den Einsatz von Simultandolmetscher*innen gelungen ist, die Veranstaltung konsequent zweisprachig durchzuführen. Dies ermöglichte auch zahlreichen Zuhörer*innen aus Lateinamerika die Teilnahme. Die inhaltlichen Beschreibungen der übrigen Veranstaltungen sind in den jeweiligen Länderkapiteln dieses Jahresberichts zu finden.

(1) <https://www.oeku-buero.de/tejiendo-solidaridad.html>

(2) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-504/el-salvador-repression-gegen-partnerorganisation-des-%C3%B6ku-b%C3%BCros-zerst%C3%B6rung-des-parks-von-cuisnahuat-vorl%C3%A4ufig-gestoppt.html>

Flucht nach Deutschland: Kein Schutz trotz Lebensgefahr

An einem heißen Sommertag erreicht uns im Ökubüro ein Anruf: Eine junge Trans*Aktivistin aus Kolumbien warte vor dem Ankunftszentrum für Geflüchtete in der Münchner Maria-Probst-Straße. Ein Security-Mann habe sie angeschrien, rausgeworfen und lasse sie nun nicht wieder zurück. Wir machen uns auf den Weg und aus einer kurzen Begegnung, voll Tränen, Lachen, Kummer und Hoffnung, wird ein gemeinsamer Weg für den Rest des Jahres und darüber hinaus: Maria Victoria Leguizamo Parales, eine der bekanntesten Menschenrechtsverteidiger*innen für die Rechte von Transgender-Personen, hat sich entschlossen, in Deutschland Asyl zu suchen. Nach dem Hochgefühl des One Young World Summit, zu dem sie eingeladen war, folgen bittere Erfahrungen von Diskriminierung, Bullying durch Sicherheitskräfte, Schutzlosigkeit, Gewalt, Retraumatisierung, zuerst in München, dann im Camp im niedersächsischen Oerbke.



Bekannte Trans*Aktivistin in Kolumbien – schutzsuchend in Deutschland: Maria Victoria Leguizamo Parales

Aber Maria Victoria ist eine Kämpferin, sie gibt nicht auf. In ihrem Heimatdepartement Arauca hat sie aus dem benachbarten Venezuela geflüchtete Trans*Frauen begleitet, empowert, für sie und mit ihnen für ihre elementaren Rechte gekämpft, Verbrechen angezeigt, der Polizei die Stirn geboten. Zuvor war sie die erste Trans*Frau in Kolumbien, die ihren korrekten weiblichen Namen im Pass eingetragen bekam. Auch das wollte erkämpft sein. Dann arbeitete sie als erste Trans*Frau in einer öffentlichen Verwaltung –

in der Hauptstadt Bogotá, weithin sichtbar und mit Erfolg. Als sie mit gerade mal 25 Jahren nach Deutschland kommt, hat sie schon ein ganzes Leben gelebt: im Bürgerkrieg mit der Familie vom Land in die Stadt vertrieben, dort vom Stiefvater verstoßen, als Straßenkind von Sexarbeiterinnen aufgenommen und beschützt, ihre Beschützerinnen ermordet gefunden. Mit Unterstützung der Großmutter Schule und Abitur erkämpft. In Häusern reicher Leute geputzt und schließlich an der Abend-Uni mehrere Semester Jura studiert. In Arauca wird María Victoria von Bewaffneten bedroht. In ganz Kolumbien ist sie als Trans*Frau und Menschenrechtsaktivistin potentiell Ziel von politischer Verfolgung, Attentaten und Hassverbrechen gleichermaßen. Wie oft schon haben wir den Satz gehört: „Ich will nicht die nächste sein.“ So auch von ihr. 35 Trans*gender Personen wurden allein 2021 in Kolumbien umgebracht. ⁽¹⁾

Wegen der zwangsweisen Verteilung von Geflüchteten auf verschiedene Bundesländer ist es unmöglich, dass Maria Victoria bei uns in München bleibt, unmöglich, ihr einen sicheren Ort zu bieten. Nach ihrem Antrag auf Asyl erwartet sie das nächste „Camp“. Ein ehemaliges britisches Militärlager in der niedersächsischen Heide, eingezäunt und abgeschottet im Nirgendwo zwischen verfallenen Industriebauten und dunklen Waldstücken: Tag für Tag das Gefühl von Ohnmacht und Entrechtung. Schließlich achteinhalb Stunden Asylanhörung, 20 Minuten Mittagspause, Fragen über Fragen. Weit mehr als wir uns in der Anhörungsvorbereitung gemeinsam mit Arrival Aid München überhaupt nur vorstellen konnten. Nach sieben Stunden schwimmen in der Erschöpfung und Kälte (der emotionalen Kälte der Dolmetscherin und der physischen, weil wegen COVID die Fenster auch im November offen bleiben müssen) die Grenzen zum Verhör: Wenn Sie in Arauca nicht sicher leben können, dann könnten Sie ja in Bogotá leben? Wenn Sie nicht in Bogotá leben können, dann könnten Sie ja in Medellín leben? Wenn Sie nicht in Medellín leben können, dann könnten Sie ja in Cartagena ... Wenn Sie nicht in Cartagena, dann ... Wenn Sie nicht ... Wenn Sie nicht ...

Begründen Sie ... Begründen Sie ...

Danach wieder Camp-Alltag: Sicherheit vor Gewalt? Fehlanzeige. Ausreichende medizinische Versorgung? Fehlanzeige. Reiseerlaubnis, um mit der Anwältin in München zu sprechen? Fehlanzeige.

Maria Victoria musste 2021 an Körper und Seele erleiden, wie die Bundesrepublik mit internationalen menschenrechtlichen Verpflichtun-

gen umgeht, wenn es um Geflüchtete geht: Ist beispielshalber die Istanbul-Konvention zur Verhütung von Gewalt gegen Frauen am 1.2.2018 hierzulande etwa doch nicht in Kraft getreten? Oder gibt es ganz einfach rechtsfreie Zonen, in denen das Abkommen nicht umgesetzt werden muss? Zum Beispiel, weil das strukturell in einem Camp sowieso nicht möglich ist? ⁽²⁾

Und wie steht es eigentlich um Maria Victorias Chancen als Kolumbianerin in Deutschland überhaupt Asyl zu bekommen? Mit diesem Thema hatte sich das Ökübüro schon zu Jahresbeginn intensiv auseinandergesetzt.

Die Illusion vom Frieden in Kolumbien

Erbitterte Kämpfe bewaffneter Gruppen um Territorien sowie tödliche Angriffe auf soziale Führungspersonlichkeiten zwingen immer mehr Kolumbianer*innen zur Flucht, auch nach Deutschland. Die Menschenrechtslage verschlechterte sich seit 2018 konstant. Dennoch hoffen die Schutzsuchenden fast immer vergeblich auf Asyl oder zumindest subsidiären Schutz, so unser Fazit im März 2021.

„Wir haben den Eindruck, dass Kolumbianer*innen, die ein Recht auf Schutz haben und ihn dringend brauchen, Gefahr laufen, ihn nicht zu bekommen“, konstatierte Alejandro Pacheco, Kolumbienreferent des Ökübüros. Europaweit werden Kolumbianer*innen, offenbar ähnlich wie Bürger*innen aus Moldau, Nordmazedonien, Albanien oder der Ukraine, wie Menschen aus vermeintlich sicheren Herkunftsländern behandelt, und deren Asylverfahren werden „mit wenig Chancen auf Erfolg“ lediglich als eine „Belastung für die Asylsysteme“ angesehen. ⁽³⁾

Laut Zahlen des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) stammen aus Kolumbien nach Venezuela die zweitmeisten lateinamerikanischen Asylanträge in der Bundesrepublik. In den Jahren 2018-2020 wurden beim BAMF insgesamt 951 neue Asylanträge von Kolumbianer*innen gestellt. In nur vier Fällen wurde politisches Asyl zuerkannt, 39 Personen wurde subsidiärer oder anderweitiger Schutz gewährt.

Die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Heike Hänsel bestätigte Ende März diesen Trend. 2019 entschied das BAMF über 252 Anträge von Kolumbianer*innen: Zwei bekamen politisches Asyl bzw. subsidiären Schutz. 2020 fielen 549 Entscheidungen: Keine einzige zugunsten der Geflüchteten. Das gleiche Bild zeigt sich in der nächsten Instanz. Von insgesamt 44 Entscheidungen von Verwaltungsgerichten fiel 2019 eine einzige zugunsten subsidiären Schutzes für die Kläger*in aus. 2020 entschieden die Gerichte 98



„Kolumbien ist ein Massengrab“ schrieben Demonstrierende im Februar 2021 auf ihr Banner. Das BAMF sieht das offensichtlich anders.

mal – ausschließlich gegen den Schutz der klagenden Geflüchteten. ⁽⁴⁾

Begleitende Organisationen stellen bei der Analyse der Ablehnungen, speziell von Menschen, die ernsthaft bedroht und verfolgt sind, zwei – aus unserer Sicht unhaltbare – Gründe fest: Zum einen die (trügerische) Illusion vom Frieden in Kolumbien und zum anderen die Annahme, das kolumbianische Schutzsystem sei für alle verfügbar und effizient und es gebe sichere, inländische Fluchialternativen. Daten aus Kolumbien und von internationalen Organisationen zeigen ein anderes Bild: So wurden laut der NGO Indepaz seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens im November 2016 mehr als tausend Vertreter*innen der Zivilgesellschaft und mehr als 240 indigene Anführer*innen getötet. Und: „Obwohl Kolumbien in der Theorie eines der umfassendsten Schutzsysteme in der gesamten Region hat, ist dieses System unwirksam, da die Behörden sich weigern, präventiv zu handeln, um die strukturellen Ursachen der kollektiven Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen anzugehen“, sagt Erika Guevara-Rosas, Direktorin der Region Américas bei Amnesty International. ⁽⁵⁾

Auf die Frage, warum BAMF und Verwaltungsgerichte im Fall Kolumbien die Realität des Landes zwar durchaus zu kennen scheinen ⁽⁶⁾, aber dennoch weitgehend immun gegen menschenrechtliche Argumente sind, geben interessanterweise die Ablehnungsbescheide selbst Auskunft. Dort wird im Schlussteil mit identischen Textbausteinen per Copy Paste immer wieder auf die guten wirtschaftlichen Beziehungen

zwischen Deutschland und Kolumbien hingewiesen, auf die als positiv eingeschätzte wirtschaftliche Entwicklung des Landes und dessen Ressourcenreichtum.

Begleitung und Prozessbeobachtung

Auch für verfolgte Honduraner*innen ist es nicht leicht, in Deutschland Schutz zu erhalten. 2021 begleiteten wir gemeinsam mit Mitgliedern der Rostocker Gruppe unseres Netzwerks HondurasDelegation Darwin Sánchez und Tatiana Hernández, zwei Führungspersonen der Studierendenbewegung aus Choluteca, bei ihrem Versuch, vor dem Verwaltungsgericht in Greifswald ihr Recht auf Asyl durchzusetzen und unterstützten eine Pressekonferenz der beiden.

2022 gilt es weiter zu begleiten und einzelnen Personen zur Seite zu stehen. Das ist inzwischen ein bedeutender, zeitaufwändiger, schöner und kräftezehrender Teil unserer hauptamtlichen Arbeit im Ökubüro. Wir müssen aber auch, gemeinsam mit anderen, drastische Veränderungen einfordern. Unsere Solidarität mit Geflüchteten und Menschen mit Migrationserfahrung muss sich in Zukunft stärker denn je auch in Advocacy-Arbeit und Aktionen zeigen.

- (1) https://www.swissinfo.ch/spa/colombia-violencia_denuncian-que-35-mujeres-transg%C3%A9nero-han-sido-asesinadas-en-colombia-en-2021/47206986
- (2) Vgl. „Zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Bezug auf geflüchtete Frauen und Mädchen in Deutschland“ https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/220111_BHP_PA_Parallel_Grevio_deutsch.pdf
- (3) <https://www.oeku-buero.de/nachricht-508/deutschland-und-die-illusion-vom-frieden-in-kolumbien.html>
- (4) Drucksache 19/27803 - Deutscher Bundestag <https://dserver.bundestag.de/btd/19/278/1927803.pdf> Vgl. auch: <https://www.proasyl.de/news/trotz-lebensgefahr-kein-asyl-fuer-gefluechtete-aus-kolumbien/>
- (5) Weitere Daten und alle zugehörigen Nachweise und Quellen wie oben unter: <https://www.oeku-buero.de/nachricht-508/deutschland-und-die-illusion-vom-frieden-in-kolumbien.html>)
- (6) Siehe z.B. Entscheiderbrief 10-2021 <https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Behoerde/Informationszentrum/Entscheiderbrief/2021/entscheiderbrief-10-2021.html?nn=283288>

Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit

Veranstaltungsreihe „Perspectivas Diversas“

2021 hatten wir erneut die Möglichkeit, den Münchner*innen basisbewegte und solidarische lateinamerikanische Perspektiven näherzubringen. Mit internationalen Referent*innen erreichten wir online diverse Publika, darunter auch Studierende und Menschen verschiedenster Sprachen und Herkünfte. Näheres zu dieser Reihe findet sich im Extra-Kapitel des Jahresberichtes und in der neu eingerichteten Rubrik: <https://www.oeku-buero.de/perspectivas-diversas.htm>



Unsere Radio-Produktion

Radio war auch 2021 eine gute Ressource, um über unsere Arbeit zu berichten, Informationen über die Menschenrechtssituation in den Ländern, zu denen wir arbeiten, mitzuteilen und vor allem, um die Stimmen von Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und lokalen Basisorganisationen in El Salvador, Honduras, Nicaragua, Mexiko und Kolumbien hier hörbar zumachen. Dabei haben wir in München in Radio Lora aber auch in Nürnberg in Latinotopia und Radio Z berichtet.

„En la Linea“ – Unsere Sendung bei Radio Lora München

Jeden ersten Montag im Monat gestalten wir von 17 bis 18 Uhr eine Radiosendung beim freien Münchner Radio Lora 92,4. Während wir normalerweise meist live aus dem Studio senden, haben wir 2021 fast alle Sendungen aufwändig vorproduziert.

Homepage

Auf unserer Homepage www.oeku-buero.de geben wir einen aktuellen Einblick in unsere Arbeit. Wir publizieren ausgewählte Nachrichten aus unseren Schwerpunktländern sowie Urgent Actions, Hintergrundberichte und Spendenaktionen. Die Besucher*innen der Seite finden Informationen zu unseren Veranstaltungen und können unsere Publikationen herunterladen.

YouTube-Kanäle „Oeku Buero“ und „Klimasolidarität Jetzt!“

Auf unserem YouTube Kanal „Oeku Buero“ veröffentlichen wir immer wieder Clips von Aktionen, Veranstaltungen und Interviews mit unseren Referent*innen. Seit 2019 haben wir unser Angebot durch den zweiten YouTube-Kanal „Klimasolidarität Jetzt!“ erweitert, der im letzten Jahr 986 Aufrufe erreicht hat.

Social-Media Plattformen

Unser Kanal fb.com/oeku.buero ergänzt das Informationsangebot unserer Website. Mit Informationen zu unseren Schwerpunktländern und mit der Ankündigung unserer Veranstaltungen erreichten wir über 50.000 Personen, von denen 1.400 auf die Informationen mit "Gefällt mir", "Teilen" oder "Klicken" reagierten. Außerdem haben wir im vergangenen Jahr drei neue Kanäle für die Klimasolidarität und für die Länder Kolumbien und Mexiko ausprobiert. Mehr als 1.100 zusätzliche Personen nahmen diese drei neuen Kanälen an.

Mailverteiler & Newsletter

Während unserer Veranstaltungen oder über unsere Homepage können sich Interessierte in verschiedene, thematisch gegliederte E-Mail-Verteiler eintragen. Sie bekommen dann von uns E-Mails mit Informationen sowie Einladungen, unsere Menschenrechts-Eilaktionen zu unterstützen. Darüber hinaus machen wir über unseren monatlichen elektronischen Newsletter auf kommende Veranstaltungen in München und deutschlandweit aufmerksam.

Medienpräsenz

Wir vermittelten Medien und freiberuflichen Kolleg*innen Hintergrundinformation beziehungsweise Interviews und Kontakte mit unseren Gästen und in unseren Partnerländern. Zum Teil werden wir auch selbst als Gesprächspartner*innen angefragt. Wir veröffentlichen Beiträge bei amerika21 und in Zeitschriften oder geben Interviews.

Pressemitteilungen & Eilaktionen

Bei wichtigen Ereignissen in unseren Schwerpunktländern oder im Falle von schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen übersetzen wir Eilaktionen unserer Partnerorganisationen oder schreiben gemeinsame offene Briefe und Pressemitteilungen, um Entscheidungsträger*innen

und Öffentlichkeit zu informieren und zum Handeln aufzufordern. Näheres dazu siehe unsere jeweiligen Länderaktivitäten.

Kooperation und Vernetzung

In München, Deutschland und Europa existieren eine Vielzahl von Organisationen, die sich mit dem Thema Nord-Süd befassen. Durch Kooperation und Vernetzung gewinnt unsere Arbeit an Qualität und Wirksamkeit. Hier einige Beispiele:

BUKO

Die BUNdesKOordination Internationalismus ist ein bundesweites Netzwerk, dem über 120 Eine-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Weltläden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehören. Der Ursprung der BUKO lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden. Gedankenaustausch, Vernetzung und Verständigung über internationalistische linke Politik und Aktion stehen hier im Vordergrund. Das Ökumenische Büro ist Mitglied der BUKO und unterstützt deren Fortbestehen und Weiterentwicklung.

HondurasDelegation, Red EU Lat und Internationales Forum für Menschenrechte Honduras

Die überregionale Arbeitsgruppe HondurasDelegation ist aus der Honduras-Delegationsreise 2010 hervorgegangen, die das Ökumenische Büro organisierte. Seither sind wir integraler Bestandteil dieses Arbeitszusammenhangs. Die meisten unserer Aktionen zu Honduras finden in Zusammenarbeit oder enger Abstimmung mit diesem Netzwerk und insbesondere der Berliner Gruppe Menschenrechtskette Honduras - Cadena de Derechos Humanos Honduras (CADEHO) statt. Das Ökumenische Büro vertritt die HondurasDelegation zudem als eine von 38 Gruppen und NGOs im Brüsseler Advocacy-Bündnis Red EU-LAT und im Internationalen Forum für Menschenrechte in Honduras (Foro Internacional de DDHH Honduras) zu dem sich zahlreiche Organisationen aus Honduras und anderen Ländern 2020 zusammengeschlossen haben.

Deutsche Menschenrechtskoordinationen Mexiko und Kolumbien

Wie seit vielen Jahren engagierten wir uns auch im Jahr 2020 in der Arbeit der Deutschen Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM). Unsere wichtigsten Aktivitäten zu Mexiko (siehe Mexiko Länderbericht) entstanden und entstehen in enger Kooperationen mit der DMRKM.

Im Rahmen unserer Arbeit zu Kolumbien sind wir ebenfalls Teil der Deutschen Menschenrechtskoordination Kolumbien.

Runder Tisch Zentralamerika

Gemeinsam mit 20 Organisationen und Initiativen sowie einige Einzelpersonen sind wir seit 2013 Teil dieser Vernetzung. Wir arbeiten eng mit der Koordination zusammen, nahmen vor der COVID-Pandemie regelmäßig an Ländergesprächen im Auswärtigen Amt teil und beteiligen uns an der Programmgestaltung und Durchführung der bisher zweijährigen Tagung des Runden Tisches und weiteren gemeinsamen Initiativen.

Mission Eine Welt der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern (ELKB)

Mit der protestantischen Landeskirche verbindet uns eine langjährige gute Zusammenarbeit. Alljährlich beteiligen wir uns an der Vorbereitung und Durchführung des Zentralamerika-Tags der ELKB in Nürnberg.

Netzwerk München e.V.

Das Ökumenische Büro ist schon seit der Gründung des Netzwerks München e.V. Mitglied. Das Netzwerk München e.V. setzt sich in München für selbstverwaltete Strukturen ein und vergibt Zuschüsse oder zinslose Darlehen für Projekte, Veranstaltungen und selbstverwaltete Betriebe.

Nord Süd Forum München e.V.

Das Nord Süd Forum e.V. ist ein Zusammenschluss von über 50 Münchner Gruppen, Organisationen und Einzelpersonen, die im entwicklungspolitischen Bereich aktiv sind, darunter das Ökumenische Büro. Ziel ist es, in den Industriestaaten des „Nordens“ durch Bildungs-, Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit, die Anliegen der Menschen des „Globalen Südens“ zu thematisieren.

Portal **amerika21.de**

Das Lateinamerika-Nachrichtenportal mit Sitz in Berlin hat sich als aktuellstes und umfangreichstes deutschsprachiges Medium mit Nachrichten zu Lateinamerika etabliert. Für a21 verfassen wir regelmäßig Beiträge, gelegentlich arbeiten wir anderen Autor*innen mit aktuellen Informationen aus erster Hand zu.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Seit mehreren Jahren arbeiten wir mit dem Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre e.V. zusammen. Da die Tätigkeiten deutscher Konzerne in unseren Schwerpunktländern und deren Auswirkungen auf die Menschenrechte zunehmend in den Fokus unserer Arbeit rücken, beschlossen wir 2015, dem Verband beizutreten. Mit insgesamt 25 weiteren Mitgliedsorganisationen beobachtet der Dachverband die Aktivitäten von börsennotierten Unternehmen wie Adidas, Bayer, Daimler, Deutsche Bank, RWE, Siemens, ThyssenKrupp und anderen. Die kritischen Aktionär*innen beteiligen sich an Hauptversammlungen und melden sich mit eigenen Kampagnen zu Umweltschutz, Arbeits- und Menschenrechten, Transparenz und einem Stopp der Rüstungsproduktion zu Wort.



Bildcredits

S. 10	Norma Trujillo (Archiv)
S. 14	Red Ya Basta
S. 19, 23	Consortio Oaxaca
S. 35, 37	Comunicación Libre
S. 38, 41, 55	LaCofradía
S. 42	flickr CC01.0
S. 44	ProHondurasNetwork
S. 45	@PRESIDENCIA_HN
S. 46	Giorgio Trucchi
S. 47	ReportarSinMiedo
S. 48	@esquipulasoficial
S. 51, 54	COPINH
S. 52	Bernardo Guerreiro/ Mídia NINJA, CC-BY-NC-SA
S. 57	Sua Martínez (MOSO)
S. 59	Produktion Dassaev Aguilar
S. 64	twitter edwinlibertad
S. 64	guapinolresiste
S. 66	airways.com
S. 71	Presidencia El Salvador
S. 73	Salvador Melendez
S. 75	Casa Presidencial
S. 77	Arpas
S. 81	Quince Creative
S. 82	RACDES
S. 86	Confidencial
S. 88	Mónica López Baltodano facebook
S. 89	Flickr/SICA (CC BY-NC-ND 2.0)
S. 90	Wikimedia
S. 94, 95	Movimiento Comunal Matagalpa
S. 98	COMUNES
S. 101	Screenshot Signal
S. 102	Leandro
S. 105	Twitter (inzwischen gelöscht)
S. 106	klimasolidaritaet.de
S. 107	Privat
S. 108	Screenshot eines Videos
S. 110	Noticias Uno
S. 125	Christian Russau
S. 134	colombiainforma

Alle anderen: Öku-Büro

Ökumenisches Büro



**Lateinamerika • El Salvador
Honduras • Kolumbien • Mexiko • Nicaragua
Internationalismus • emanzipativ • kritisch
Menschenrechte • Kultur • solidarisch • Bildung**

www.oeku-buero.de

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die uns unterstützt haben, für ihren Beitrag zu einem gelungenen Jahr 2021 und freuen uns über Rückmeldungen zu diesem Bericht.

Wir sind offen für tatkräftige Unterstützung.
Das Team des Ökumenischen Büros

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.

Pariser Straße 13
81667 München
Tel. ++49-89-448 59 45
Fax ++49-89-48 76 73
e-Mail: info@oeku-buero.de

Spendenkonto:
Konto-Nr. 5617 62 58
Stadtsparkasse München
BLZ: 701 500 00
IBAN: DE65 7015 0000 0056 1762 58
SWIFT: SSKMDEMM